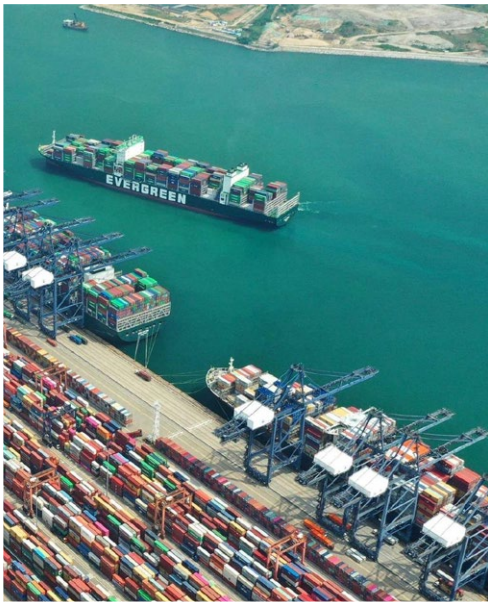
DISS Journal

► DISScourse
► DISSagree
► DISSorder

#46
Nov 2023



Vielfachkrise

DISS-Journal #46

Nov 2023

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG

DISS Journal

IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
info@diss-duisburg.de

Homepage: www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Guido Arnold
Wolfgang Kastrup
Helmut Kellershohn
Anna-Maria Mayer
Benno Nothardt
Jobst Paul

LAYOUT

Guido Arnold

HEFT-BESTELLUNG

info@diss-duisburg.de
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder
des DISS-Förderkreises

Inhalt

4 **VORWORT**

5 **MIT DEM BÜRGERGELD IN DIE HÄNGEMATTE – KONTINUITÄT UND WANDEL BEIM „SOZIALMISSBRAUCH“**
Von Ursula Kreft und Hans Uske

17 **NEU IN DER EDITION DISS – DER KRIEG IN DER UKRAINE. WELTORDNUNGSKRIEG UND „ZEITENWENDE“**
Von Wolfgang Kastrup und Helmut Kellershohn

19 **VOM KRIEG IN DER UKRAINE ZUR NEUEN BLOCKKONFRONTATION**
Von Wolfgang Kastrup

26 **WAS IST FALSCH IN DER REDE VON LARS KLINGBEIL?**
ZUR „GRUNDLEGENDE(N) NEUPOSITIONIERUNG SOZIALDEMOKRATISCHER AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK“
Von Wilfried Schollenberger

31 **MATERIELLE UNGLEICHHEIT UND VERÄNDERUNGEN POLITISCHER TEILNAHME**
SEKUNDÄRE ANPASSUNGEN AN ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN
Von Peter Höhmann

35 **DAS EUROPAKONZEPT DER AFD 2023**
Von Helmut Kellershohn

40 **RELIGION UND MACHT**
EIN DISS-GUTACHTEN ZUM CHRISTLICHEN FUNDAMENTALISMUS TRÄGT ALARMIERENDES ZUSAMMEN.
Von Jobst Paul

42 **VERTEIDIGUNG EINER ILLUSION**
Von Nadja Kutscher

45 **KÖRPERLICHE SELBSTBESTIMMUNG – FÜR WEN?**
DER FEMINISTISCHE DISKURS UM ABTREIBUNG
Von Hannah Kaufmann

48 **„ZAHRAAS ERWARTUNGEN IN IHREM TRAUMLAND“**
VON KRIEG, MUT UND HOFFNUNGEN: EIN INTERVIEW MIT EINER SYRERIN, DIE NACH DEUTSCHLAND GEFLOHEN IST
Von Berivan Slemann

52 **DIE NOTWENDIGKEIT DES „DEGROWTH-KOMMUNISMUS“ – KOHEI SAITO NEUES BUCH „SYSTEMSTURZ“**
Rezension von Wolfgang Kastrup

54 **„DIE GEGENWART ALS WERDEN ERFASSEN“**
Rezension von Wolfgang Kastrup

56 **LESETIPPS ZUM UKRAINEKRIEG**
FREERK HUISKEN: FRIEDEN. EINE KRITIK & FELIX JAITNER: RUSSLANDS KAPITALISMUS
Von Wolfgang Kastrup

58 **EINLADUNG ZUM JAHRESKOLLOQUIUM**

59 **NEUES AUS DEM INSTITUT**

Vorwort

Das neue DISS-Journal wurde im Juni konzipiert. Die bedrückenden Ereignisse in Israel konnten wir nicht erahnen, seit Januar dominierten die Proteste gegen die geplante Justizreform das Bild und beschäftigten hierzulande die Medien. Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober mit seinen barbarischen Exzessen hat seitdem alles verändert und selbst den Ukrainekrieg aus den Schlagzeilen verdrängt. Das Recht Israels auf Selbstverteidigung steht außer Frage, über die Form wird debattiert und auf die Notlage der Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen hingewiesen; andererseits wächst die Furcht vor einer Internationalisierung des Konflikts. Der Iran droht mit Intervention, die Hisbollah bereitet sich auf die Errichtung einer zweiten Front im Norden Israels vor, die USA schicken zwei Flugzeugträger in das östliche Mittelmeer und von Seiten der deutschen Regierung wird an die Rede Angela Merkels von der deutschen Staatsräson, der bedingungslosen Unterstützung Israels, erinnert.

Wie gesagt, davon konnten wir im Juni nichts wissen. Deshalb steht in diesem Heft weiterhin der Ukrainekrieg im Mittelpunkt. *Wolfgang Kastrup* ergänzt seine Analyse aus dem vorigen Heft, indem er den Blick über den Ukrainekrieg hinaus auf die drohende – wirtschaftliche und militärische – Blockkonfrontation zwischen dem „Westen" und China richtet. *Wilfried Schollenberger*, alter Sozialdemokrat, kritisiert anhand der Rede des SPD-Co-Vorsitzenden Lars Klingbeil zur „Neupositionierung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik" in der „Zeitenwende" den neuen Geschichtsrevisionismus in der SPD. Und wir erlauben uns den Abdruck der Einleitung aus dem demnächst erscheinenden Ukrainebuch in der Edition DISS.

Zu den Themen, die traditionell im DISS-Journal abgehandelt werden, gehören die diversen Facetten des Rechtspopulismus und -extremismus. Die jüngsten Erfolge der AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen haben die Auffassung, die AfD sei hauptsächlich ein ostdeutsches Phänomen, kräftig erschüttert. Umso dringender ist die Auseinandersetzung mit den Zielen der AfD, in diesem Heft konkret mit ihrem europapolitischen Vorstellungen, und mit den gesellschaftlichen Ursachen ihres Aufstiegs. *Peter Höhmann* untersucht am Beispiel Nordrhein-Westfalens den Zusammenhang zwischen der zunehmende Ungleichheit in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Bundeslandes und stellt hierauf beziehbare Folgen am Beispiel politischer Teilnahme (Wahlverhalten) dar, wodurch die AfD begünstigt werde. *Jobst Paul* stellt sein Gutachten (im Rahmen des CoRE-Netzwerks) zum wachsenden Einfluss christlich-fundamentalistischer Gruppierungen und Ideenkonglomerate in der rechten Szene vor (u.a. auch in der AfD) und *Nadja Kutscher* analysiert das bekannte Narrativ des „Großen Austauschs".

Eingeleitet aber wird das neue DISS-Journal durch einen ausführlichen und luziden Beitrag von *Ursula Kreft* & *Hans Uske* zu einem brisanten innenpolitischen Thema, das immer wieder, vor allem durch Kampagnen der BILD-Zeitung, medial bearbeitet wird, aktuell anhand der von der CDU und der AfD aufgeworfenen Frage der Verbindung von Bürgergeld und Arbeitspflicht. „Wer keine Arbeit findet, muss eine gemeinnützige Tätigkeit aufnehmen", zitiert die WELT den CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann (DIE WELT v. 16.10.23). Kreft & Uske untersuchen diese Forderung vor dem Hintergrund des in den Medien seit Jahrzehnten fest verankerten Diskurses zum „Sozialmissbrauchs" und fragen nach Kontinuitäten und Veränderungen in der Struktur desselben. Eine spannende Lektüre!

Zu guter Letzt: Das nächste *DISS-Kolloquium* findet am 18. November in der Duisburger Jugendherberge statt und wird sich mit „gesellschaftlichen und politischen Aspekten der Vielfachkrise" befassen *(siehe S. 58)*. Vieles von dem, was in diesem DISS-Journal angesprochen wird, werden wir mit interessanten ReferentInnen vertiefen. Liebe Leserinnen und Leser, betrachten Sie unser Heftcover als Einladung!

Helmut Kellershohn

Mit dem Bürgergeld in die Hängematte

KONTINUITÄT UND WANDEL BEIM „SOZIALMISSBRAUCH“

Von Ursula Kreft und Hans Uske

„Sozialmissbrauch“ ist seit Jahrzehnten ein häufig erwähntes, zentrales Thema in Debatten und Medien-Berichten über den Sozialstaat, aktuell auch bei der Einführung und der Erhöhung des „Bürgergelds“. Wir nehmen dies als Anlass für einen kleinen Rückblick auf Kontinuität und Wandel populärer Vorstellungen über den Sozialstaat und den immer wieder vermuteten Missbrauch, verbunden mit einem kleinen Ausblick.

I. WELCHE ARGUMENTATIONSFIGUREN KENNZEICHNEN DIE REDEWEISE VOM „SOZIALMISSBRAUCH“?

Bei Äußerungen über „Sozialmissbrauch“ fallen bestimmte Argumentationsfiguren besonders auf, weil sie in den Medien wie in politischen Reden über Jahrzehnte hinweg immer wieder auftauchen. Wir wollen zunächst zwei zentrale Argumentationsfiguren anhand von Beispielen aus früheren Jahren skizzieren, um dann darzustellen, was sich im Diskursstrang zum „Sozialmissbrauch“ verändert hat und was nicht.

1. DICHOTOMIE ALS BASIS: „WIR“ ALS OPFER, „SIE“ ALS TÄTER

„Sozialmissbrauch“ setzt ein Gegensatzpaar voraus: Die einen missbrauchen, die anderen werden missbraucht. Es gibt ein gutes, missbrauchtes „Wir“ und ein böses, missbrauchendes „Sie“. Die dichotome Konstruktion der Welt erfolgt in der Regel über Narrationen, in denen Täter und Opfer eindeutig unterscheidbar sind, wie im folgenden Beitrag (1981) von Norbert Blüm, ein Jahr später Bundesarbeitsminister:

> *„Wer unter dem Schutzdach der deutschen Sozialversicherung unter den Palmen von Bali in der Hängematte liegt, der betreibt Ausbeutung. Nämlich Ausbeutung derjenigen, die für ihn arbeiten.“*[1]

Neben der Argumentationsfigur „Sie als Täter“ (faul) versus „Wir als Opfer“ (arbeitsam) enthält der Beitrag von Norbert Blüm weitere Elemente, die zum Standard-Repertoire der Debatten über „Sozialmissbrauch“ gehören: Kollektivsymbole wie „Schutzdach“ (positiv) und „Hängematte“ (negativ) sowie die „Palmen von Bali“. Während das „Schutzdach“ später kaum noch auftauchte, machte die „Hängematte“ zunächst eine steile Karriere und gehörte zu den beliebtesten Kollektivsymbolen, wenn ein Faulenzerleben auf Kosten des „Wir als Opfer“ assoziativ auf den Punkt gebracht werden sollte. Aktuell ist die „Hängematte“ verblasst und wird nur selten reproduziert.

Bemerkenswert ist auch der Schauplatz, den Norbert Blüm für seine Narration gewählt hat: Die Hängematte schaukelt „unter den Palmen von Bali“. Ferne Länder mit subtropisch-tropischem Klima und exotischen Genüssen dienten häufig als Schauplätze für „Sozialmissbrauch“. Wir werden später zeigen, dass „Sozialmissbrauch“ auch in weniger luxuriösen Kulissen erzählt werden kann.

In den Narrationen der Boulevard-Presse erhalten „Sie als Täter“ häufig einen einprägsamen Namen, während „Wir als Opfer“, die das Luxusleben finanzieren, nicht explizit erwähnt werden. In Florida lebt zum Beispiel „Miami-Rolf“: „Bei 32 Grad, mildem Wind und Nichtstun.“ (BILD-online, 3.9.2003) Das Sozialamt zahle ihm „eine schöne Wohnung am Strand von Miami“. (BILD-online, 18.8.2003). Die Ausbeutung des „Wir“ geschieht aber auch mitten in Deutschland, wie in der Narration über „Viagra-Kalle“. Er wird vom Sozialamt mit Sex-Stimulanzien versorgt: „Für jeden Tag eine Tablette mit der höchstmöglichen Dosierung: ca. 4500 €uro im Jahr.“ (BILD-online, 13.8.2003)

Solche Narrationen zum „Sozialmissbrauch“ folgen einem Grund-Muster. Auf Seiten des „Sie“ findet man kollektivsymbolische Merkmale für Nichtstun / Arbeitsscheu (z. B. in der Sonne liegen, täglich Sex) in Kombination mit Merkmalen, die eine Privilegierung gegenüber dem Durchschnittsverdiener feststellen (z. B. Wohnung am Strand, Segelyacht, teures Auto). Das Grund-Modell kann mit unterschiedlichen Accessoires immer wieder reproduziert und zu einem lebendig wirkenden Bild ausstaffiert werden. Dabei genießen „Sie“ immer das, was „Wir“ zurzeit nicht oder nie erreichen können. Diese fest veran-

1 Norbert Blüm, Referat im Arbeitskreis II beim CSU-Parteitag 1981, hekt. Ms., Juli 1981, zit. nach: Hans-Dieter Bamberg: Der Muntermacher, Aufstieg und Aussichten, Aktivitäten und Ansichten des Norbert Blüm, Marburg 1987, S. 143.

Das „Soziale Netz“: Varianten eines Kollektivsymbols

Durch Haie bedroht.
REVIER-Zeitung für das Ruhrgebiet, August 1981

Zur Hängematte gemacht.
STERN, 10. März 1988

kerte Kombination „Arbeitsscheu plus Privilegierung“ macht die Narrationen zu exemplarischen Geschichten, die über den individuellen Fall hinausweisen. So wie beim Eisberg die größte Masse unsichtbar unter Wasser liegt, lauern hinter den exemplarischen Geschichten bisher unentdeckte Massen weiterer Miami-Rolfs und Viagra-Kalles, die „Sozialmissbrauch“ auf Kosten des „Wir“ betreiben. Der Einzelfall ist ein narratives Exemplum; er steht exemplarisch für eine ganze Gruppe.

Die Kombination aus Arbeitsscheu und Privilegierung beim „Sie“ wirkt zugleich als Skandal, da sie nicht-normal erscheint. Als normal gilt die Kombination „Arbeitsscheu führt zu Armut“, aber auch die Kombination „Arbeitsamkeit führt zu Privilegien“. Die Sozialhilfe wird in den Narrationen skandalös, da sie Privilegien verschenkt, die das arbeitsame „Wir“ nicht erhält. Das „Wir“ muss in diesen exemplarischen Geschichten nicht als fiktive oder reale Person erscheinen, da die Adressaten der Narration die Leerstelle ohne weiteres füllen können – mit sich selbst. Das „Wir“ wundert sich: Ein Arbeitsloser wohnt in Miami wie die Privilegierten, mitten unter Reichen? Wie ist sowas möglich? So wird das „Wir“ zum Opfer von Missbrauchern, die den Sozialstaat ausplündern.

Bemerkenswert ist die Rolle der Sozialämter, deren Verhalten in den Narrationen zumindest intransparent und schwer nachvollziehbar, wenn nicht regelwidrig wirkt. Ratlosigkeit entsteht: Ist es denn nach den deutschen Gesetzen korrekt, wenn Sozialämter Viagra und Wohnungen in Miami finanzieren? Falls das Herumliegen unter Palmen „Ausbeutung“ ist: Warum zieht das Sozialamt dem Ausbeuter nicht die Hängematte unterm Hintern weg? Oder ist Ausbeutung erlaubt? Möglicherweise werden die Sozialämter belogen, wie in der Geschichte von „Yacht-Hans“. Er hat dem Sozialamt seine Segelyacht verschwiegen, wurde aber erwischt. (BILD-online, 9.9.2003) Der Düsseldorfer Express (27.2.1996) berichtet ebenfalls über verschwiegene Einkünfte. Die Narration schildert „das goldene Leben eines Düsseldorfer Arbeitslosen: Über 2000 Mark kassierte ein 40jähriger Schweißer jeden Monat vom Staat (Alu, Sozialhilfe) – und verdiente nebenbei nochmal rund 9000 DM monatlich als Prospektverteiler“.

Im folgenden Bericht werden mehrere kurze narrative Elemente aufgereiht und zu einer Gruppen-Narration verbunden, um die Beweiskraft zu steigern. Die Gruppe, der hier „Sozialmissbrauch“ bescheinigt wird, sind Arbeitslose, deren Bewerbungen von Arbeitgebern abgelehnt wurden:

„Da kommen Leute, die ‚soeben eine Tbc überstanden‘ haben, unter ‚schweren Depressionen‘ leiden oder gegen gewisse Tätigkeiten hochgradig ‚allergisch‘ sind – Leiden, die sich bei einer späteren Prüfung als frei erfunden erweisen. Sekretärinnen ‚bewerben‘ sich mit einem Probediktat, das von absichtlichen Fehlern nur so wimmelt, andere geben an, unter Kleptomanie zu leiden. Aufsehen erregte auch jener Fall einer Arbeitslosen, die ihre Großmutter zum Arbeitgeber schickte. Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt.“ (Rheinischer Merkur, 6.3.1981)

Die Frage „Was ist denn eigentlich Sozialmissbrauch?“ lässt sich mit Hilfe dieser Narrationen nicht eindeutig beantworten. Es gibt vielmehr eine Fülle unterschiedlicher Möglichkeiten, zum „Sie“ und damit zum Täter / zur Täterin zu werden. Nichtstun in exotischer Kulisse kann ebenso kritikwürdig sein wie eine mit Fleiß ausgeübte (aber verheimlichte) Tätigkeit oder die Ablehnung einer vom Arbeitsamt vorgeschlagenen Arbeitsstelle. „Sozialmissbrauch“ kann überall entdeckt werden, wenn sich Kollektivsymbole für „Nichtstun / Arbeitsscheu“ mit solchen für „Privilegierung“ verbinden. Wer seinen Urlaub in einem Hinterhof in Gelsenkirchen-Ückendorf auf einem Campingstuhl verbringt, kann durchaus zum privilegierten Täter werden. Die entsprechende Narration könnte so beginnen: „Camping-Kalle – beim Doppelkopf mit netten Damen verzockt er Hartz 4 und Kindergeld. Sein Motto: Arbeit lauf weg, ich komm. Den Kühlschrank fürs eiskalte Bier stellt das Jobcenter zur Verfügung.“

Bei Narrationen über „Sozialmissbrauch“ sind der Phantasie tatsächlich keine Grenzen gesetzt, wie auch das folgende kuriose Exemplum zeigt. Im SPIEGEL ritt 1978 ein Stellungsuchender „hoch zu Ross“ zum Arbeitgeber: „Vom Pferd herab reichte er dem Firmenchef, der gerade das Werk betrat, das Formular des Arbeitsamtes. Dann trabte er, mit dem unterschriebenen Formular und natürlich ohne Job, wieder davon.“ (Der Spiegel, 27.11.1978) So viel romantische Poesie ist nun doch etwas fragwürdig. Könnte es möglich sein, dass ein Journalist die sprichwörtliche Redensart „hoch zu Ross“, die ein Firmenchef benutzte, wörtlich genommen und daraus eine Narration gebastelt hat, weil er den Sinn der Redensart (mit arroganter Miene) gar nicht kannte? Sei’s drum. Das Grund-Muster ist erfüllt, die Argumentation funktioniert: Während „Wir“ zur Arbeit ins

Werk gehen, genießen „Sie“ das arbeitslose Leben bei einem (luxuriösen) Hobby und sehen arrogant auf uns herab.

Ein häufig genutztes Beweismittel in Berichten über „Sozialmissbrauch“ sind Zeugen. Es gibt viele Zeugen, sie sind kompetent und können unglaubliche und vor allem unzählige Geschichten erzählen: „Tolldreiste Geschichten über ‚Faulpelze‘ und ‚Sozialparasiten‘ wissen die Personalchefs vieler Unternehmen gleich im Dutzend zu erzählen.“ (Der Spiegel, 27.11.1978, S. 100) Auch das freiwillige Zeugnis und Beicht-Bekenntnis zum „Sozialmissbrauch“ gibt es.[2] Zum Beispiel erzählt uns der STERN (22/2000) die Geschichte des Arbeitslosen Ernst: „Sein Lebensziel ist es, ‚Deutschlands längster Arbeitsloser‘ zu werden.“

Arbeitslose können außerdem durch einen einfachen Test Zeugnis ablegen. Als Ende der 1990er Jahre gefordert wurde, Arbeitslose sollten Laub fegen oder Spargel stechen, stellte die BILD-Zeitung fest: „Arbeitslose flüchten von Spargelfeldern“ und fragte: „Sind wir zu fein uns zu bücken?“ (BILD online, 19.5.1998) Die Narration fordert zum Selbsttest auf: Sind Wir bereit uns zu bücken? Oder sind Wir arbeitsscheu? Das „Wir“ ist hier offenbar unter einen bösen Verdacht geraten: Möglicherweise sind „Wir“ zu „fein“ zum Arbeiten, also ein vom Luxus verwöhntes „Sie als Täter“. Wie konnte eine derartige Verwechslung von „Wir“ und „Sie“ passieren? Ist denn 1998 die dichotome Welt aus den Fugen geraten? In den folgenden Kapiteln erläutern wir, wie es zu diesem Wandel kam.

2. BEDROHUNG DES GLEICHGEWICHTS: ARBEIT OHNE GERECHTIGKEIT UND VERSUCHUNG ZUR FAULHEIT

Die Dichotomie von „Wir und Sie“ ist eng verbunden mit einer weiteren Argumentationsfigur, die Transferleistungen als latente oder manifeste Störung des sozialen Gleichgewichts und als ungerecht oder bedrohlich beschreibt. 1991 urteilte zum Beispiel der STERN: „Ein Familienvater mit zwei Kindern, der in seinem Job 2900 Mark brutto verdient, ist im Grunde genommen blöde, wenn er einer geregelten Arbeit nachgeht.“ (Der Stern, 26.9.1991) Die Narration vom exemplarischen Familienvater kritisiert nicht einen zu geringen Lohn, sondern einen zu geringen Abstand zur Sozialhilfe, die der Familienvater laut STERN ohne jede Arbeit erhalten könnte. Die Reportage des STERN heißt „Jagd auf die Sozialschmarotzer“ und präsentiert neben dem Familienvater Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, die anscheinend ohne Erwerbsarbeit gut zurechtkommen.

Die Argumentation, das Sozialsystems sei im Kern ungerecht, da es ein Leben ohne Arbeit begünstige, bestimmt auch eine Sammlung von Narrationen in BILD AM SONNTAG (18.2.1996). Mehrere Vertreter/innen des „Wir“, die als fleißige Werktätige präsentiert werden, kommen hier zu Wort. Alle äußern sich zufrieden über ihre Arbeit und den Lohn, können aber offenbar den geringen Abstand zur Sozialhilfe nur schwer akzeptieren. „Der Koch (2600 DM)“ berichtet zum Beispiel: „Ich bin zufrieden, aber es gibt zu viele faule Hunde, die nur auf dem Sofa liegen.“ Nicht die Hängematte unter Palmen, sondern die steigende Zahl von (vermuteten) Faulenzern wird nun zum Kennzeichen des „Sozialmissbrauchs“. „Die Friseurin (1837 DM)“ betont: „Sozialhilfe wäre mir peinlich“. Sozialhilfe scheint das „Wir“ auch mit moralisch-ethischen Problemen zu konfrontieren. „Der Autoschlosser (2328 DM)“ kritisiert, es sei „nicht gerecht, dass Sozialhilfeempfänger, die nicht arbeiten, vom Staat sogar den Kühlschrank bezahlt bekommen.“ Der Abstand zwischen niedrigen Löhnen und Sozialhilfe steht zur Debatte. „Die Küchenhilfe (2304 DM)“ formuliert Systemkritik: „Wenn jemand in meiner Situation mehr bekommt als ich, ohne einen Finger dafür zu rühren – dann muss an unserem System etwas verkehrt sein.“

In den Narrationen wird deutlich, dass mit der Argumentationsfigur der ungerechten Störung des Gleichgewichts durch Sozialhilfe eine latente Gefahr verbunden wird. Falls der Lohn des exemplarischen Familienvaters mit 2 Kindern tatsächlich so niedrig ist wie die Sozialhilfe, könnte die Versuchung unwiderstehlich sein: Er könnte aufhören „blöde“ zu sein und das Recht auf Faulheit fordern. Tatsächlich entstehen aus dieser Argumentationsfigur Narrationen, in denen die Gesellschaft unmittelbar bedroht ist, weil die Ungerechtigkeit des angeblich vom Sozialstaat geförderten „Sozialmissbrauchs“ das Gleichgewicht ins Wanken bringt.

Besonders beliebt waren solche Narrationen und Berichte vom drohenden Untergang in den 1990er und Nuller-Jahren. Und besonders eindrucksvoll hat Guido Westerwelle diese Entwicklung in einem Beitrag für DIE WELT (11.02.2010) geschildert. Westerwelle beginnt mit der üblichen Narration vom Familienvater, der 2010 auch eine Familienmutter sein kann: „Wer kellnert, verheiratet ist und zwei Kinder hat, bekommt im Schnitt 109 Euro weniger im Monat, als wenn er oder sie Hartz IV bezöge“. Wenn es so ungerecht zugeht, ist bald das soziale Gleichgewicht gestört. Westerwelle betont: „Es scheint in Deutschland nur noch Bezieher von Steuergeld zu geben, aber niemand, der das alles erarbeitet.“

Zur Argumentationsfigur gehört das Bild der Waage: In einer Waagschale liegen Massen von Transfer-Beziehern, die andere ist fast leer. Da muss alles ins Rutschen kommen. Eine Erhöhung der Hartz-IV-Sätze führt bei Westerwelle schließlich zur Katastrophe: „Die Mittelschicht in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren von zwei Dritteln auf noch gut die Hälfte der Gesellschaft geschrumpft. Damit bröckelt die Brücke zwischen Arm und Reich. Eine Gesellschaft ohne Mitte fliegt auseinander. […] wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein.“

II. DER WANDEL DER SICHTWEISE UND DIE KONTINUITÄT DER BILDER

1. DER WANDEL DER ARBEIT

Als Mitte der 1970er Jahre Massenarbeitslosigkeit nach einer langen Phase der Vollbeschäftigung wieder zum Problem wurde, sah der Arbeitsmarkt noch völlig anders aus. Man konnte „in die Fabrik“ gehen und dort nach einer Anlernzeit „arbeiten“.

2 Dass Arbeitslose sich manchmal selbst als clevere Ausnutzer darstellen, liegt auch daran, dass sie auf diese Weise vermeiden, als „ökonomische Versager“ missachtet zu werden (vgl. Uske 2000).

Anlerntätigkeiten waren die Grundlage für eine tayloristisch organisierte Arbeitswelt, in der die meisten Erwerbstätigen eine Teil-Tätigkeit zu verrichten hatten, die das Management ihnen vorgab.

Vor diesem Hintergrund waren die Lösungskonzepte für die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in den 1970er Jahren denkbar einfach. Man konnte, wie Ökonomen und Unternehmerverbände verlangten, die Arbeit preiswerter machen, damit mehr Leute eingestellt wurden. Man konnte, wie die Gewerkschaften, für die 35-Stunden-Woche streiken, damit die Arbeit gerechter verteilt wurde. Oder man konnte einen Teil der Angelernten („die Ausländer") entlassen und stattdessen Arbeitslose („die Deutschen") einstellen. Alle diese Konzepte setzen voraus, dass es um austauschbare „Arbeit", also Anlerntätigkeiten geht.

Heute gibt es kaum noch Anlerntätigkeiten. Die Facharbeit ist Grundlage der Wirtschaft geworden. Der Arbeitsmarkt hat sich segmentiert und ist weitgehend vom Arbeitslosenmarkt abgekoppelt. Arbeitslose ohne Ausbildung und mit geringer Schulausbildung haben wenig Chancen.

Deshalb ändern sich die Lösungskonzepte. Im Mittelpunkt steht jetzt der „Fachkräftemangel", der mit der Massenarbeitslosigkeit nur noch lose verbunden wird. Denn es scheint aussichtslos, aus den Arbeitslosen, von denen viele „Langzeitarbeitslose" geworden sind, durch Qualifizierungsangebote Facharbeiter zu machen. Stattdessen wird im Ausland nach Fachkräften gesucht, was dann aber zu Integrationsängsten führt. Arbeitszeitverkürzung wird immer noch gefordert, aber jetzt vor allem aus Humanisierungsgründen.

Arbeitslose kommen in diesen Debatten kaum noch vor. Über sie wird nun anders geredet und das hat nicht nur Gründe in der veränderten Struktur der Wirtschaft.

2. DIE NORMALISIERUNG DER MASSENARBEITSLOSIGKEIT

Die „Wiederherstellung der Vollbeschäftigung" war bis in die 1980er Jahre eine Forderung, die sich alle politischen Parteien und auch die Medien zu Eigen machten, auch wenn sich die Lösungskonzepte unterschieden. Heute ist dagegen der „Fachkräftemangel" ein Grund zur Besorgnis. Was ist geschehen?

Mitte der 1970er Jahre ist die bundesdeutsche Gesellschaft von der Massenarbeitslosigkeit (man zählte 1 Million!) überrascht worden. Vollbeschäftigung war die Normalität, ihre Wiederherstellung oberste politische Priorität. Arbeitslosigkeit galt als Skandal, hervorgerufen durch die Ölkrise und falsche Wirtschaftspolitik. Aber auch die Arbeitslosen gerieten schnell unter Verdacht, Faulenzer und Drückeberger zu sein.[3]

In den 1980er Jahren wurde dann der Skandal zur Normalität. In Politik und Medien wurde über „Sockelarbeitslosigkeit" diskutiert, von der sich eine „De-fakto-Vollbeschäftigung" (Helmut Kohl, Bundestagsrede, 5.9.1989) abhob. Die Arbeitslosen waren jetzt in der Regel nicht mehr arbeitsunwillige Drückeberger, die man mit allerlei Zwangsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt zurückbringen wollte, sondern „Problemgruppen": Alte, Behinderte, Qualifikationslose, die für die Ansprüche der Wirtschaft ungeeignet schienen.

Gleichzeitig verschwand eine Sorge, die noch Ende der 1970er Jahre die Öffentlichkeit beunruhigte und die Teilnehmenden eines ganzen Soziologentages fragen ließ, ob sich die Arbeitsgesellschaft in der Krise befand. Was, fragte Ralf Dahrendorf (1982), sollen wir tun: „Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht". Computer und Roboter schienen den Menschen zu ersetzen. Tatsächlich entstanden aber neue Jobs. Der „Job-Killer" Computer schien zum „Job-Knüller" zu werden und die Gewissheit, dass technischer Fortschritt zu Arbeitslosigkeit führen muss, verschwand zunächst aus den öffentlichen Debatten. Arbeitslosigkeit musste andere Gründe haben.

Ein vermuteter Grund für Massenarbeitslosigkeit lag Anfang der 1990er Jahre auf der Hand. Mit der Wiedervereinigung stiegen die Arbeitslosenzahlen in bisher nicht gekannte Höhen. Gleichzeitig änderte sich der Umgang mit diesen Zahlen. Zwar gab es immer noch Versuche, sie zu relativieren und kleinzureden[4], aber es gab nun auch im Regierungslager Kritik über „allerlei mauschelnde Rechnereien" (FAZ, 8.5.1991) bei der Arbeitslosenstatistik. Die „schonungslose Wahrheit" müsse her. Arbeitslose, die man in den 80er Jahren aus der Statistik entfernt hatte, wurden nun hinzugerechnet. Mitte der 1990er Jahre wurden auf dem Titelbild des SPIEGEL (Nr. 4/96) 6 Millionen Arbeitslose prophezeit. Werner Stumpfe, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, ging sogar von 8 Millionen aus. (Der Spiegel, 3/96, S. 28). Sie alle wurden nun in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu Indikatoren für den Verfall, für eine „neue deutsche Lethargie" (Die Zeit, 8.8.97), zu Anzeichen der „sozialen Wehleidigkeit" (FAZ, 18.4.96). Nicht nur die Arbeitslosen gerieten nun unter Faulenzerverdacht, sondern auch fast alle anderen. Der SPIEGEL (Nr. 6/97) präsentierte die Titelgeschichte: „Wie die Alten die Jungen ausplündern". Im FOCUS (Nr. 43/96) erschienen in der Titelgeschichte „Das süße Leben der Sozialschmarotzer" ganze Bündel von Missbrauchern. Neben Rentnern, Arbeitslosen, Kranken, Asylbewerbern und Sozialhilfe-Empfängern wurden auch Studierende und Familien mit Kindern erwähnt. „Ohne Gewissensbisse würde die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger jede staatliche Leistung in Anspruch nehmen, auf die sie ein Recht hat", meinte der FOCUS und zitierte den damaligen Sprecher des CDU-Wirtschaftsrates Rüdiger von Voss: „Missbrauch beginnt schon da, wo die Bürger überproportional Gebrauch von den Leistungen machen, die ihnen das Sozialsystem zugesteht."

Während es vorher in Narrationen und Debatten darum ging, Fälle von *Missbrauch* innerhalb des Sozialsystems aufzudecken, konnte nun jeder *Gebrauch* von Sozialleistungen als missbräuchlich und schädlich bewertet werden.[5] Anscheinend la-

3 Vgl. dazu Uske 1995.

4 Ein beliebtes Mittel dafür ist die „Erblast", die dazu führt, dass der versprochene „Aufschwung" auf sich warten lässt. In den 80er Jahren war es die „Erblast 13jähriger sozialliberaler Misswirtschaft". Anfang der 90er Jahre die „Erblast 40jähriger kommunistischer Misswirtschaft" und Ende der 90er Jahre „das schwere Erbe von 16 Jahren Kohl-Regierung", aktuell der „Stillstand" der Merkel-Jahre.

5 Ausführlich hierzu Kreft / Uske 1998 und Kreft 2000.

gen Ende der 1990er Jahre fast alle im sozialen Netz wie in einer Hängematte. Bundespräsident Herzog formulierte diese Anklage in seiner berühmten „Ruck-Rede“:

> *„Vorteilssuche des einzelnen zu Lasten der Gemeinschaft ist geradezu ein Volkssport geworden. Wie weit sind wir gekommen, wenn derjenige als clever gilt, der das soziale Netz am besten für sich auszunutzen weiß. Der Steuern am geschicktesten hinterzieht oder der Subventionen am intelligentesten abzockt“.* (Herzog 1997, S. 354)

Durch Deutschland sollte „ein Ruck“ gehen (Herzog), um „der im Korsett des Sozialstaates sich dem Kreislaufkollaps nähernden Gesellschaft Luft zu verschaffen.“ (FAZ, 29.6.1996)

In den Nuller-Jahren war es dann soweit. Hartz 4 wurde zum Kern einer „Reformgesetzgebung“, bei der nicht nur Langzeitarbeitslose zu Sozialhilfeempfängern wurden, sondern auch schwerbehinderte Sozialhilfeempfänger zu Arbeitslosen, wenn sie drei Stunden am Tag arbeiten konnten. Plötzlich gab es knapp 400.000 Arbeitslose mehr. Diese Arbeitslosen sollten nun im Zuge einer „aktivierenden Arbeitsmarktpolitik“ wie auf einem Trampolin in den Arbeitsmarkt geschleudert werden. Das „soziale Netz“, das zuerst vom „Sie“, dann vom „Wir“ als „Hängematte“ missbraucht worden war, wurde nun in ein kollektivsymbolisches „Trampolin“ verwandelt. Elemente aus dem Diskursstrang des Sports, der Fitness und der sportlichen Ertüchtigung wurden in Debatten über die Zukunft des Sozialstaats eingefügt.

Man komme durch Hartz 4 „vom Sicherheitsnetz zum Trampolin, von der vielgescholtenen sozialen Hängematte zu Programmen, die den einzelnen nicht nur auffangen, sondern zurückfedern in das Arbeitsleben“, meinte damals der SPD-Politiker Bodo Hombach (1998, S.199f). Dieses Konzept war kollektivsymbolisch überzeugend, führte aber bei der Umsetzung absehbar zu Problemen.

3. HARTZ 4 UND DER EIERTANZ UM DEN SOZIALEN ARBEITSMARKT

Seit 20 Jahren geht eine Gewissheit um: Der Reformstau ist beseitigt und zwar durch das „Hartz-4-System, das zum deutschen Beschäftigungswunder der vergangenen 17 Jahre beigetragen hat, zur Halbierung der Arbeitslosenquote“, stellte der SPIEGEL 2022 fest. „Hartz 4 – hat uns wieder flott gemacht“. (Der Spiegel, 12.11.2022)

Wie Hartz 4 dieses „Beschäftigungswunder“ bewirken konnte, bleibt nicht nur im SPIEGEL ein Geheimnis. Wer diese interessierte Evidenz belegen will, muss auf jeden Fall alle Faktoren beiseitelassen, die ansonsten bei Wirtschaftsdebatten für das Auf und Ab des Arbeitsmarktes ins Feld geführt werden: die schwankende Konjunktur, den veränderlichen Außenhandel, die Entwicklung der Weltwirtschaft, die Folgen der Globalisierung.

Die Arbeitslosen sind jedenfalls nicht verschwunden, auch wenn ihre Zahl zurückgegangen ist. Geblieben sind vor allem Langzeitarbeitslose, die man durch die „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ in den Arbeitsmarkt katapultieren wollte. Da halfen weder Beratung noch Arbeitsgelegenheiten (1-Euro-Jobs) oder Sperrzeiten. Für Arbeitslose, denen das Jobcenter „Arbeitsmarktferne“ bescheinigt, bleibt der 1. Arbeitsmarkt verschlossen.

Natürlich gibt es Ausnahmen, Erfolgsgeschichten, zufriedene Unternehmer. Dennoch wurde immer deutlicher, dass die „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“ für einen Großteil der Kundinnen und Kunden des Jobcenters nicht funktioniert. Man brauchte eine Idee, um auch Langzeitarbeitslose in Beschäftigung zu bringen, einen „sozialen Arbeitsmarkt“. Mit dem Bundesprogramm „Soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt“ von 2015 bis 2018 sowie dem anschließenden Teilhabechancengesetz sind dazu von der damaligen Koalition Ansätze gemacht worden, allerdings ohne wirklich eindeutig zu sagen, was man will. Geht es um Freiwilligkeit oder Arbeitszwang? Geht es um soziale Teilhabe oder Wege in den 1. Arbeitsmarkt? Offensichtlich war man sich in der Koalition nicht einig – eine Problematik, die zu rhetorischen Eiertänzen führte, wie bei SPD-Arbeitsminister Heil: „Deshalb bereiten wir mit diesem Gesetz den Weg in den sozialen Arbeitsmarkt. Es geht um Perspektiven auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Aber es geht auch um Perspektiven auf einen sozialen Arbeitsmarkt.“ (Heil, Bundestagsdebatte, 11.10.2018)

Aus Rücksicht auf den Koalitionspartner CDU / CSU blieb der soziale Arbeitsmarkt an den allgemeinen, den 1. Arbeitsmarkt gekettet, obwohl schon damals klar war, dass dieses Konzept nicht funktioniert. So konnte der Unionsabgeordnete Stephan Stracke den 1. Arbeitsmarkt zum Erfolgsindikator machen. Man müsse sehen, urteilte Stracke, ob das Gesetz „den Menschen hilft, im Arbeitsleben Fuß zu fassen und in den ersten Arbeitsmarkt zu gelangen. Das kann dann auch weiterlaufen. Alles andere muss und darf nicht weiterlaufen.“ (Stracke, Bundestagsdebatte, 11.10.2018)

Szenen einer Kampagne gegen „Sozialmissbrauch“ in den 90er Jahren

Der SPIEGEL, 13.05.1996

Focus, 23.10.1995

Diese unterschiedlichen Betrachtungsweisen des sozialen Arbeitsmarktes ziehen sich auch quer durch die verschiedenen Jobcenter. In dem Beitrag „Drei Jahre Teilhabechancengesetz – ein Blick zurück und nach vorn aus Sicht der IAB-Forschung" beschreiben Labato / Dietz (2022) wie ein Teil der Jobcenter das Instrument als Sprungbrett in den 1. Arbeitsmarkt begreift, ein anderer dagegen die soziale Teilhabe fördern möchte. Dies hat dann Auswirkungen auf die Auswahl der Geförderten.

Der soziale Arbeitsmarkt könnte, wenn er nicht wieder mit Zwang verbunden wird, ein Ausweg aus dem Dilemma sein, dass einerseits eine Integration in den 1. Arbeitsmarkt für viele Langzeitarbeitslose nicht mehr erreichbar ist, aber andererseits die Teilhabe am sozialen Leben für viele Arbeitslose über gemeinsame Arbeit gestaltet wird. Der soziale Arbeitsmarkt verspricht außerdem keineswegs jenes „süße Leben in der sozialen Hängematte", weil er an Arbeit gebunden ist, nicht immer die angenehmste, in der Regel zu geringem Lohn, häufig bei sozialen Trägern. Gleichwohl sind solche Jobs nicht das, was die „aktivierende Arbeitsmarktpolitik" erreichen wollte: Man wollte „echte" Arbeit, Arbeit, die zählt, Lohnarbeit auf dem 1. Arbeitsmarkt, nicht bei Caritas, Diakonie und AWO, sondern bei „richtigen" Arbeitgebern. Die widersprüchliche Akzeptanz des sozialen Arbeitsmarktes entspricht der widersprüchlichen Arbeitsmarktpolitik, die bis heute an Zielen festhält, von denen die Akteure wissen, dass sie nicht erreichbar sind.

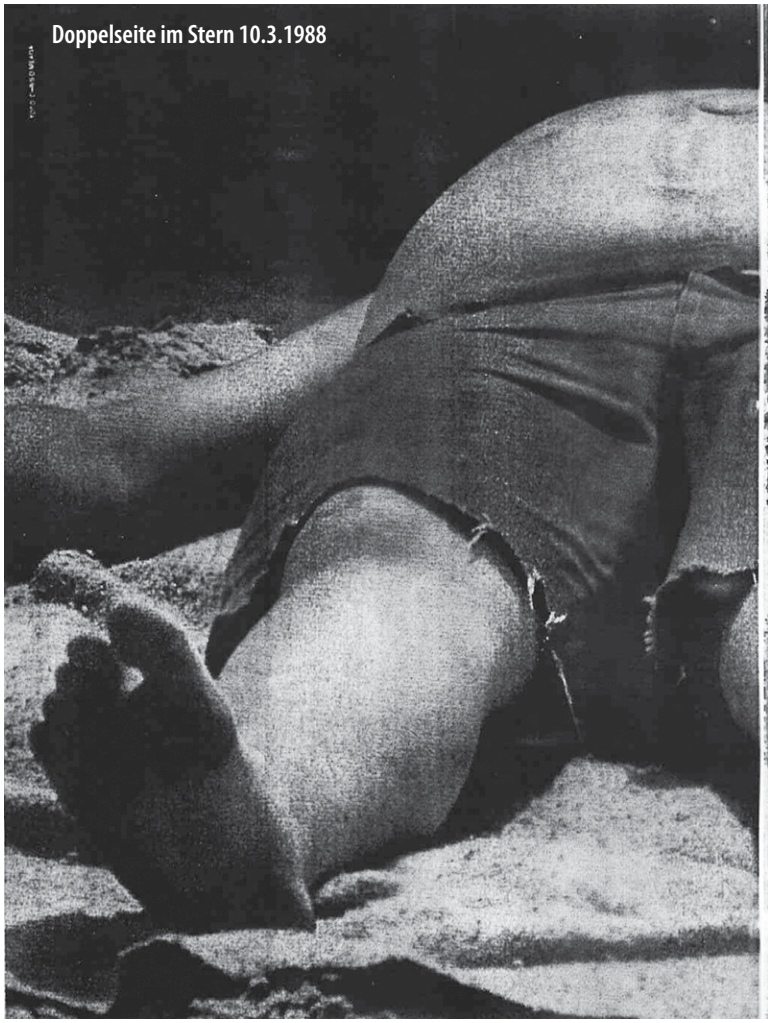
4. DAS BÜRGERGELD UND DIE GERECHTIGKEIT

Hartz 4 gilt zwar als Erfolg, wurde aber wegen seiner „sozialen Härte" auch kritisiert. Die SPD sah darin einen Grund für Wahlniederlagen. Zum 01.01.2023 hat daher das „Bürgergeld" das Arbeitslosengeld 2, also Hartz 4 abgelöst. Bürgergeldempfänger bekommen jetzt etwas mehr Geld (Alleinstehende zunächst 502 €) und haben ein Jahr „Karenzzeit", bis sie ihr Erspartes, das „Schonvermögen", zum Lebensunterhalt einsetzen müssen.

Dadurch sind aber – den bekannten Argumentationsfiguren folgend – wieder einmal die kollektivsymbolische „Waage" und das schutzbedürftige arbeitsame „Wir", also Gerechtigkeit und Gleichgewicht bedroht: hier das Schonvermögen der Nicht-Arbeitenden, dort die Beiträge der hart arbeitenden Steuerzahler. In Narrationen zum Bürgergeld konstruiert man außergewöhnliche Fälle und erhält zum Beispiel im SPIEGEL einen Einblick in das luxuriöse Leben der Langzeitarbeitslosen:

> *„Ein kinderloses Paar etwa dürfte künftig bis zu 90.000 Euro auf dem Sparbuch haben, plus eine private Altersversorgung, plus eine selbstgenutzte Eigentumswohnung, plus zwei Autos. Das Jobcenter würde dennoch jeden Monat den vollen Betrag überweisen. Bis zu zwei Jahre lang, finanziert von Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, die womöglich viel weniger besitzen."* (Der Spiegel, 12.11.2022)

Hermann Gröhe von der CDU reicht das nicht. Er errechnet ein „Schonvermögen bei einer Bedarfsgemeinschaft von 150.000 Euro" und folgert: „Die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kann von einem solchen Vermögen nur träumen." (Gröhe, Bundestagsdebatte, 10.11.2022)



Doppelseite im Stern 10.3.1988

Noch fantastischer wird die Rechnung beim Abgeordneten Kleinwächter von der AfD. Er weiß von einem „Einfamilienhaus im Münchener Nobelvorort mit 140 Quadratmeter Wohnfläche und einem Wert von über 1 Million Euro", das der Arbeitslose behalten dürfe, „zulasten derer, die jeden Morgen zur Arbeit gehen" (Bundestagsdebatte, 10.11.2022). Ungerechtigkeiten gibt es aber auch zwischen den Bürgergeldbeziehern. So klagt WAZ-Leser Andre Chlench im Leserbrief (24.11.2022): „Der nach 30 Jahren Arbeit unverschuldet arbeitslos gewordene Familienvater erhält i.d.R. nach einem Jahr das gleiche Bürgergeld wie der Langzeitarbeitslose, der sich seit Jahren ‚in Hartz IV eingerichtet' hat."

Wie schon früher durch Hartz-4-Leistungen ist nun durch das Bürgergeld wieder das gesamte gesellschaftliche Gefüge unmittelbar bedroht, weil alles aus dem Gleichgewicht gerät. „Der Arbeitskräftemangel ist riesig – und die kleiner werdende berufstätige Bevölkerung soll bald auch das großzügige Bürgergeld bezahlen", meint etwa Harald Martenstein (WELT online, 20.11.2022). Bürgergeld wird zum „Epochenbruch", zur „Verhöhnung von Arbeit, Fleiß und Leistungsethos" (Der Spiegel Nr.46/2022), zur „staatlich alimentierten Bequemlichkeit" (FAZ online, 22.11.2022). In der BILD (23.11.2022) kommt der seit den 1970er Jahren bewährte anonyme Experte als Zeuge zu Wort: „Ein Job-Center Mitarbeiter klagt an: ‚Unser kaputtes System belohnt Nicht-Arbeit'". Der neue CDU Generalsekretär Carsten Linnemann vermisst „im Bürgergeld eine Pflicht zur Leistung". Linnemann stellt fest: „Bürgergeld hat da etwas ins

Rutschen gebracht, schon der Begriff ist irreführend" (WAZ, 31.07.2023).

Natürlich dürfen in der Debatte um das Bürgergeld die altbekannten, bewährten Ressentiments nicht fehlen. Bürgergeld bedeute die „höchste Sozialhilfe für Asylzuwanderer" in der EU, meint die WELT (20.11.2022). Die neue Regelung komme „den berüchtigten Clan-Familien in Großstätten wie Berlin und Köln" zugute, stellt BILD (17.9.2023) fest.

5. MIGRATION, ARBEITSLOSIGKEIT UND FACHKRÄFTEMANGEL

Migration spielte im Diskursstrang zur Massenarbeitslosigkeit schon seit den 1970er Jahren eine bedeutende Rolle. Allerdings änderte sich im Laufe der Zeit die Blickrichtung. Bei Beginn der Massenarbeitslosigkeit, Mitte der 70er Jahre, zählten die „Gastarbeiter" häufig zu den „unechten Arbeitslosen", die eigentlich nicht auf den deutschen Arbeitsmarkt gehörten und deshalb in der Statistik nicht mitgerechnet werden dürften. Die Vorstellung vom Vorrang für deutsche Beschäftigte war nicht nur mehrheitsfähig, sondern auch gesetzlich geregelt. Die Parole „Deutsche Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer" blieb zwar den Rechtsradikalen vorbehalten, aber in einer Soft-Variante – möglichst menschenfreundlich und im Einklang mit den Opfern – wurde die teilweise Rückführung tatsächlich organisiert. Bei Bundesarbeitsminister Blüm wurde die „Rückkehrförderung" sogar zur Wohltat:

> *„Arbeitslosigkeit ist überall schlimm, am schlimmsten so glaube ich jedenfalls, ist Arbeitslosigkeit in der Fremde. Wer zu Hause ist, eingebunden in die Familie, die in den Herkunftsländern häufig noch eine Großfamilie ist, wird mit der Arbeitslosigkeit manchmal besser fertig als jemand, der fernab von der Heimat ist, verlassen in Bahnhofshallen und Großstadtunterkünften. Heimatlos und arbeitslos zu sein ist des Schlechten zu viel. Deshalb knüpft unsere Rückkehrförderung an die Arbeitslosigkeit, an bestimmte Kriterien der Arbeitslosigkeit an. Ich glaube, dass das auch im Sinne unserer ausländischen Kollegen ist."* (Blüm, Bundestagsrede, 10.11.1983)

Grundlage für den Rückkehrwunsch der Regierung waren Gewissheiten, die damals noch galten und erst in späteren Jahren ins Wanken gerieten: *1.* Deutschland ist kein Einwanderungsland, *2.* Arbeit ist austauschbar und *3.* der demografische Wandel und der Fachkräftemangel sind noch weit weg. „Ausländerpolitik" ist seitdem durch „Integrationspolitik" ersetzt worden, „Arbeit" durch „Facharbeit", die nun gesucht wird, weil wir immer weniger und älter werden. „Kinder statt Inder"[6] funktioniert nicht mehr, wenn die Wirtschaft IT-Fachkräfte aus Indien benötigt. Ohne Pflegekräfte aus aller Welt künftig keine Altenpflege. Ganze Branchen würden zusammenbrechen ohne qualifizierte Fachkräfte, deren Eltern oder Großeltern „Gastarbeiter" waren.

In den aktuellen Debatten geht es deshalb nicht mehr wie früher um die missbräuchliche *An*wesenheit der Migranten auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Es geht immer häufiger um ihre *Ab*wesenheit, allerdings immer gepaart mit der Sorge, dass die Falschen kommen: Wir haben Facharbeiter gerufen, aber es kamen Flüchtlinge. Nach einer weit verbreiteten Vorstellung wollen „Sie" nur das eine: „Statt der Einwanderung in den Arbeitsmarkt fördert Deutschland die Einwanderung in die Sozialsysteme." (FAZ online, 22.11.2022) BILD online schreibt:

> *„Die Wahrheit über das Bürgergeld. Immer mehr Ausländer erhalten Stütze". Während wir die Heizung runterdrehen, haben „Sie" es mollig warm: „Sie zeigen keine Motivation weniger zu heizen, kommen aus meist wärmeren Gefilden, zum Beispiel aus dem Mittleren Osten"* (BILD online, 23.11.2022).

Die alten Stereotype werden immer noch genutzt, allerdings vor einem anderen Hintergrund. Die völkische Sortierung der früheren „Ausländerpolitik" gibt es zwar weiterhin, aber sie hat sich verschoben, wird flexibler, ist nicht mehr das absolute Kriterium. Die Trennlinie verläuft jetzt vor allem zwischen den beiden Polen „nützlich" versus „nicht nützlich". Zum „Wir" gehören dann alle „nützlichen", in den Arbeitsmarkt integrierbaren Migranten. Die anderen lässt man nicht rein, schiebt sie ab oder gewährt ihnen prekäre Aufenthaltstitel inklusive möglicher Schlupflöcher, um es einigen, die sich als „nützlich" erwiesen haben, doch noch zu erlauben, ins „Wir" aufgenommen zu werden. Wer künftig als integrierbar gilt und wer nicht, entscheidet sich dann im Zusammenspiel der Debatten um Fachkräftemangel, Asyl, demografischen Wandel, Wohnungsnot, Pflegenotstand und Umfang von Sozialleistungen.

6 CDU-Spitzenkandidat Jürgen Rüttgers im NRW Wahlkampf 2000.

Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.)
Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien
Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen

ISBN 978-3-89771-773-2
Unrast-Verlag, 2019
Seiten: 160, Reihe: Edition DISS Band: 44

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert. Die Autor*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff im Spannungsfeld von extremer Rechten, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extreme Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

»In der Tradition des DISS immer sehr präzise und akademisch genau belegt, in der Konsequenz nicht immer gerade einfach zugänglich, aber unbedingt lesenswert.« – Jörn Malik, Lotta

» … höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.« – Nina Rink, der rechte rand

III. EIN PAAR SCHLUSSFOLGERUNGEN

1. DIE ENTWICKLUNG DES ARBEITSMARKTES

Wie werden sich die Arbeit, der Arbeitsmarkt und die Arbeitslosigkeit künftig entwickeln? Neben Konjunkturverlauf, Weltwirtschaft und dem Wandel von Produktionskonzepten sind es vor allem der demografische Wandel und technische Innovationen, die mit Arbeitsmarkteffekten in Zusammenhang gebracht werden.

Bereits in den Achtzigerjahren war klar, dass die Zahl der erwerbsfähigen Personen schrumpfen und die Zahl der Rentnerinnen und Rentner steigen wird.[7] Dass hat zur Folge, dass der Fachkräftemangel immer größer und Gegenmaßnahmen immer dringlicher werden. 1,5 Millionen Zuwanderer im Jahr seien nötig, um die Arbeitskräftelücke zu schließen, so die „Wirtschaftsweise" Monika Schnitzler (SZ, 03.07.2023). Aber vielleicht könnten Digitalisierung, künstliche Intelligenz und Automatisierung Fachkräfte ersetzen oder gar zu neuer Arbeitslosigkeit führen. In einer Umfrage der Beratungsgesellschaft Boston Consulting Group (BCG) gaben in Deutschland knapp 40 Prozent der Befragten an, dass ihr Job durch KI künftig wahrscheinlich nicht mehr existieren wird. (Handelsblatt, 18.07.2023)

Wir haben oben gesehen, wie sich die technischen Prognosen der 1980er Jahre an der Wirklichkeit blamiert haben. Der Computer war nicht der befürchtete Job-Killer, hatte allerdings Anteil am Wandel der Arbeit und damit an der Verteilung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Ähnliche Befürchtungen gab es vor 10 Jahren. Die neuen Job-Killer hießen Digitalisierung und Industrie 4.0. In einer viel beachteten amerikanischen Studie prophezeiten Frey / Osborne (2013), die Hälfte aller Arbeitsplätze werde wegfallen. Auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung IAB (Dengler / Matthes 2015) ging von einer hohen Substituierbarkeit vieler Arbeitsplätze aus, wobei nicht nur Helferberufe, sondern auch Fachkräfte gemeint waren. Gabelstapler, so meinte man damals, sollten schon bald alleine durch die Lagerhallen fahren. LKW-Fahrer würden dank fahrerloser LKWs nicht mehr benötigt. 10 Jahre danach suchen Unternehmen Gabelstapler- und LKW-Fahrer.

Inwieweit die vermuteten Effekte später einmal Wirkung zeigen, lässt sich nicht abschätzen.[8] Es lässt sich nicht sagen, wie schnell und ob überhaupt Digitalisierungskonzepte und Industrie 4.0 Arbeitsmarkteffekte erzeugen, welche Arbeiten wegfallen und welche durch den Einsatz neuer Technologien entstehen. Das gilt auch für die aktuelle Diskussion um die Folgen des Einsatzes von Künstlicher Intelligenz (KI). Das heißt nicht: Alles halb so schlimm. KI wird arbeitsmarktpolitische Effekte haben. Man weiß nur nicht welche. Und man weiß nicht, welchen Einfluss die Arbeitsmarktentwicklung auf die darauf bezogenen Diskursstränge haben wird.

7 Zwar hat die Union lange Jahre Wahlkämpfe mit der Furcht vor Einwanderung von Ausländern gewinnen können. Aber parallel dazu waren einige sich wohl bewusst, dass es ohne sie schwierig würde. Bereits 1988 hat zum Beispiel Wolfgang Schäuble in einem Aufsatz „Älter und weniger" vor den Folgen des demografischen Wandels gewarnt und Einwanderungspläne diskutiert.

8 War man am Anfang der Diskussion über Industrie 4.0 noch überzeugt davon, dass eine zeitnahe Umwälzung der Wirtschaft bevorsteht – Unternehmensberater konfrontierten Mittelständler mit der Drohung „Change or die" – werden aktuell deutlich vorsichtigere Prognosen erstellt. In einer Expertise des Forschungsbeirats der Plattform Industrie 4.0 – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech 2022) heißt es nun, es gebe für kleine und mittlere

Szenen einer BILD-Kampagne gegen die Erhöhung des Bürgergelds August / September 2023

Bürgergeld steigt schneller als Mindestlohn

Lohnt Arbeiten in Deutschland überhaupt noch?

Bürgergeld-Irrsinn ++ Chef klagt an

Mein Mitarbeiter kündigt, weil er lieber Stütze kassiert!

Linnemann kritisiert Bürgergeld-Aufschlag

Das Stütze-System ist UNGERECHT!

Die bittere Wahrheit

So viele Bürgergeld-Empfänger arbeiten schwarz

Gunnar Schupelius – Mein Ärger

Bürgergeld höher als Rente – ist das gerecht?

Wirtschaft sauer über sattes Stütze-Plus

Bürgergeld? „Brauchen keine geförderte Faulenzer-Kultur!“

2. FORMEN DES MISSBRAUCHS UND DER EINFLUSS DER DISKURSSTRÄNGE

Die zurzeit populären Vorstellungen über „Sozialmissbrauch“ sind verbunden mit aus der Vergangenheit tradierten Elementen, darunter auch sprichwörtliche Redensarten, und nicht-medialen Narrationen, die das Alltagsbewusstsein mehr oder weniger stark prägen. Früher häufig reproduzierte Überzeugungen wie „Jeder ist seines Glückes Schmied“ oder „Wer Arbeit sucht, findet auch welche“ werden zwar seltener offen vertreten. Aber jeder / jede kennt aus der Familie und der Nachbarschaft einschlägige Geschichten: von Hartz-4-Beziehern, die schwarzarbeiten, von Jugendlichen, die die Arbeit nicht erfunden haben, von cleveren Steuerhinterziehern mit dicken Autos.

Solche alltäglichen, privat wirkenden Narrationen sind die Grundlage für den Erfolg von Nachrichten zum „Sozialmissbrauch“ in Medien und Politik. Bisweilen kommt es sogar zu regelrechten Missbrauchskampagnen, bei denen plötzlich fast alle Massenmedien, TV-Sender und ein Presse-Organ nach dem anderen tolldreiste Geschichten erzählen, Politiker täglich empört auf den Tisch hauen und Kommentatoren Veränderungen verlangen. Dann ebbt die Welle des Skandals ab, es kehrt wieder Ruhe ein. Nur ab und zu werden, gern in der BILD, noch Geschichten erzählt, die daran erinnern, dass unser Gemeinwesen von Missbrauch bedroht ist.

Wer die Missbraucher sind, hängt ab von Veränderungen der Arbeitswelt und von der Entwicklung verschiedener Diskursstränge. Dass Arbeitslose Drückeberger sind und nicht arbeiten wollen, war vor allem eine Vorstellung der 1970er und 1980er Jahre, als der Arbeitsmarkt noch nicht so stark segmentiert war wie heute. Heute dominiert eher die Vorstellung, dass Langzeitarbeitslose nicht arbeiten können und daher auch keine übertriebenen Ansprüche an den Sozialstaat stellen sollten – eine vermutete Übertreibung beim Gebrauch von Leistungen kann dann als Missbrauch gewertet werden.

Auch die Gruppenzugehörigkeit kann darüber entscheiden, wer sich unrechtmäßig auf dem Arbeitsmarkt aufhält und wer „Sozialmissbrauch“ begeht. Hier spielen neben dem Diskursstrang zur Arbeitslosigkeit auch andere Diskursstränge eine bedeutende Rolle. Bis in die 1960er Jahre galt es zum Beispiel als selbstverständlich, dass Frauen ins Haus an den Herd gehören und dass sie Männern nicht die Arbeit wegnehmen dürfen. Lehrerinnen verließen den Schuldienst sofort nach der Heirat. Noch Mitte der 1980er Jahren hatte der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß die Idee, „die Statistik nicht so global zu machen, dass man sagt: wir haben zwei Komma soundso viel Arbeitslose, sondern wir haben als alleinverdienende, als Ernährer der Familie soundso viel und als arbeitslos gemeldete Ehefrauen soundso viel.“[9] Und noch Ende der 1980er Jahre stellte der Unionsabgeordnete Schemken (2.6.1989) im Bundestag fest, „die Statistik sähe völlig anders aus, hätten wir nicht seit 1980 eine so große Zahl von Frauen, die sich auf den Arbeitsmarkt drängten.“

Heute wird stattdessen beklagt, dass Frauen nicht genug „drängen“, weil sie häufig nur Teilzeit arbeiten oder zu Hause die Kinder betreuen. Ehegattensplitting und Witwenrente werden deshalb kritisiert, ebenso die kostenlose Mitversicherung eines nicht-arbeitenden Ehepartners. Diese Regelungen werden zwar noch nicht „Sozialmissbrauch“ genannt, ihre Darstellung als unzeitgemäße, extrem teure Privilegien lässt aber schon den Missbrauchsverdacht als Lesart zu.

Bestimmte Vorstellungen können also absterben, weil sich gesellschaftliche Debatten und Diskursstränge verändern. Vorstellungen können sich auch verschieben. Migrantinnen und Migranten bleiben unter Missbrauchsverdacht, auch wenn sie an anderer Stelle als Fachkräfte umworben werden, wobei sich die Bewertungsmaßstäbe schnell verändern können. Zu Anfang des Krieges in der Ukraine waren die Ukrainerinnen eine bevorzugte Migrantengruppe - junge europäische Frauen statt islamisch geprägter junger Männer. Aber die Maßstäbe änderten sich schnell: Schon Ende 2022 klagte Friedrich Merz, man erlebe einen „Sozialtourismus“ bei ukrainischen Flüchtlingen.

Unternehmen nachvollziehbare Gründe für die Zurückhaltung, zum Beispiel die mangelnde Rentabilität digitaler Lösungen, aber auch ein fehlender Startimpuls, eine fehlende Digitalisierungsaffinität im Management, fehlender Leidens- und Wettbewerbsdruck, fehlende Fachkräfte mit digitalem Kompetenzprofil sowie insgesamt eine wenig ausgeprägte Digitalkultur.

9 Zit. nach Wolfgang Held, stellvertretender Generalsekretär der CSU, in der Zeitschrift METALL, 9.8.1985

Bild MEDIATHEK Bild+

2 VON 3 SEIT 2015 ZUGEWANDERTEN HABEN KEINEN JOB

Wieso kommen so viele Migranten, aber so wenig Fachkräfte?

Der Migrationsexperte Ruud Koopmans (62) erklärt im BILD-Interview, ob durch die Fachkräfte-Pläne der Ampel womöglich illegale Migration LEGAL werden könnte

Foto: action press, picture alliance / ASSOCIATED PRESS

Von: ZARA RIFFLER
24.04.2023 - 13:32 Uhr

Die WELT kritisierte im Juni 2023: „In Deutschland geht nur eine Minderheit der Ukraine-Flüchtlinge einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach – viel weniger als in Nachbarländern. Experten sehen etwa den Anspruch auf Bürgergeld als Grund." (WELT-online, 03.06.2023)

3. DER SOZIALSTAAT ALS „SOZIALES NETZ"

Eine weitere Grundlage für Vorstellungen über „Sozialmissbrauch" sind Kollektivsymbole, die in die Narrationen eingebunden sind oder sie aufrufen. Zentral für den Diskursstrang zum Sozialstaat ist das „soziale Netz".

Mit dem „sozialen Netz" lassen sich sozialpolitische Argumente in aussagekräftige Bilder verwandeln. Man kann stolz sein auf das soziale Netz, weil es Armut verhindert und den sozialen Frieden sichert. Man kann das aber auch bezweifeln. Dann besteht das Netz aus zu großen Löchern, man kann durchfallen, es kann reißen, man kann daran die Axt anlegen oder es durch Raubfische[10] zerstören. Und man kann es missbrauchen. Dann lädt es zum Ausruhen ein, ist zu engmaschig geknüpft, wird zur „sozialen Hängematte", zum Fangnetz[11] oder zur „Sänfte", in die man sich „zur Erholung in Urlaub nach Mallorca oder sonst wohin tragen lässt" [12]. Bei der Einführung von Hartz 4 wurde es, wie wir oben gezeigt haben, zum „Trampolin".

Allerdings haben auch Kollektivsymbole schwankende Konjunkturen. Die Hängematte kommt zurzeit nur noch selten zum Einsatz, was jedoch nicht bedeutet, dass die damit verbundenen Vorstellungen verschwunden sind (siehe oben die Diskussion ums Bürgergeld). Und natürlich kann das Kollektivsymbol auch wieder zu Diensten sein. Zum Beispiel im letzten Sommer als die BILD-Zeitung warnte, junge Leute hätten „wenig Bock auf Arbeit". Sie bildeten eine „Generation Hängematte". (BILD online, 5.7.2023)

4. BEDINGUNGSLOSES GRUNDEINKOMMEN ALS KONZEPT GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT?

Welche Konzepte gegen Arbeitslosigkeit sind überhaupt sinnvoll? Und welche Rolle spielt die Vorstellung vom „Sozialmissbrauch" bei der Entwicklung solcher Konzepte?
Arbeitszeitverkürzung, also eine andere Verteilung der Arbeit, hilft vielen Arbeitslosen nicht weiter, weil ihnen die nötige Qualifikation fehlt. Qualifizierungskonzepte sind auch nur bedingt tauglich – nicht jeder kann zum gesuchten IT-Fachmann werden. Insbesondere gilt dies für viele Langzeitarbeitslose, die häufig keine oder nur als niedrig eingeschätzte Schulabschlüsse haben, die ohne Berufsausbildung sind und/oder andere Vermittlungshemmnisse (Krankheit, Alter) aufweisen. Öffentlich geförderte Arbeit bei sozialen Trägern, wie beim Teilhabechancengesetz, kommt nur einem Teil der Arbeitslosen zu Gute. Sie ist in der Regel auf bestimmte Tätigkeitsbereiche beschränkt, wird schlecht bezahlt und führt damit nicht aus der Armutsfalle, die Arbeitslosigkeit bis ins Alter bedeutet – statt Rente gibt es dann Grundsicherung. Dass sich dennoch viele Langzeitarbeitslose für eine solche Tätigkeit interessieren, zeigt, wie sehr soziale Teilhabe für viele Menschen an Arbeit gekoppelt ist, vor allem wenn Alternativen dazu nicht vorhanden sind.

Eine Alternative, die seit einiger Zeit häufiger diskutiert wird, ist das „Bedingungslose Grundeinkommen", eine Entkoppelung von Einkommen und Arbeit. Mittlerweile werden solche Konzepte auch auf den Seiten des Instituts für Arbeits- und Berufsforschung (IAB) diskutiert. „Das bedingungslose Grundeinkommen passt nicht in unsere Arbeitsgesellschaft" heißt dort etwa ein Debattenbeitrag von Markus Promberger (2023). Bedingungsloses Grundeinkommen sei schon deswegen nicht praktikabel, weil Arbeit eine „anthropologische Notwendigkeit" sei, „ein Grundelement der menschlichen Existenz".

Menschen, die nicht arbeiten, weil sie genügend Vermögen besitzen, müssten folglich am Arbeitsmangel leiden. Die Tatsache, dass ältere Beschäftigte häufig die Tage zählen, bis sie endlich in Rente gehen können, muss dann so erklärt werden, dass nicht die real existierende Arbeit, sondern eine humanisierte Arbeit der Zukunft gemeint ist. Man müsse die Arbeit verändern, die Arbeitsbedingungen verbessern. Bedauerlich ist, dass die Forderung nach besseren Arbeitsbedingungen seit Jahrzehnten erhoben wird, ohne dass die Beschäftigten nun zufriedener mit ihrer Arbeit sind.

Neben solchen anthropologischen Einwänden gibt es selbstverständlich noch andere Vorbehalte, etwa von Seiten der Gewerkschaften. Selbst bei sozialen Varianten eines Grundeinkommens werden aus gewerkschaftlicher Sicht immense Abgabensätze zur Finanzierung nötig sein. Das Grundeinkom-

10 So eine Titelbildgestaltung von Siegried Jäger: „Haie im sozialen Netz" in der Zeitschrift REVIER Nr.8, August 1981.

11 „Hat das soziale Netz die Einsatzfreude und den Arbeitswillen eingefangen?" (Der Spiegel, 27.11.1978)

12 Erich Riedl (CSU), Bundestagsrede, 2.6.1981

men sei daher schlicht nicht finanzierbar. Zu befürchten sei zudem ein verstärkter Druck auf Löhne und soziale Rechte sowie ein radikalisierter Neoliberalismus. Von Seiten der Gewerkschaften wird außerdem befürchtet, dass dann keine gewerkschaftliche Gegenmacht mehr existiert.

Ohne auf die inhaltlichen Kontroversen zum Grundeinkommen näher einzugehen, wollen wir an dieser Stelle lediglich auf die diskursiven Rahmenbedingen verwiesen, die ein solches Konzept zu beachten hätte. Wenn schon das Bürgergeld, also die etwas aufgehübschte Sozialhilfe, in der Öffentlichkeit mit Missbrauchsverdacht belegt wird, um wieviel heftiger wäre die Diskussion bei einem bedingungslosen Grundeinkommen von 1200 Euro? Dann wollen in BILD wahrscheinlich alle Armen übers Mittelmeer zu uns rudern. Wer – ruft die FAZ – will bei solchen Wohltaten überhaupt noch arbeiten? Alle wollen doch nur verdienen und keiner will mehr dienen. Und welche Reichtümer lassen sich im FOCUS und im SPIEGEL dann errechnen – zum Beispiel bei kinderreichen Langzeitarbeitslosen oder „migrantischen Clanfamilien"? Und „Wir" sind dann wieder die Dummen. Die Schlagzeilen und ihre Wirkungen sind vorhersehbar.

Einen kleinen Vorgeschmack bot die Erhöhung des Bürgergeldes auf 563 Euro Ende August / Anfang September 2023. Die gesamte Palette der Argumentationsfiguren zum „Sozialmissbrauch" kam zum Einsatz. „Wir" sind diesmal hart arbeitende Mindestlohnbezieher, „Sie" erhalten ohne Arbeit Bürgergeld. Am 30.8. fragt BILD: „Lohnen sich Aufstehen und Arbeiten noch?" „Für viele Geringverdiener ist das Bürgergeld DIE große Ungerechtigkeit in Deutschland". Einen Tag später findet Leserbriefschreiberin Sylke Viertler: „Das ist ein Schlag ins Gesicht für jeden Bürger, der sein Einkommen mit dem Mindestlohn erarbeitet." (BILD, 31.8.2023)

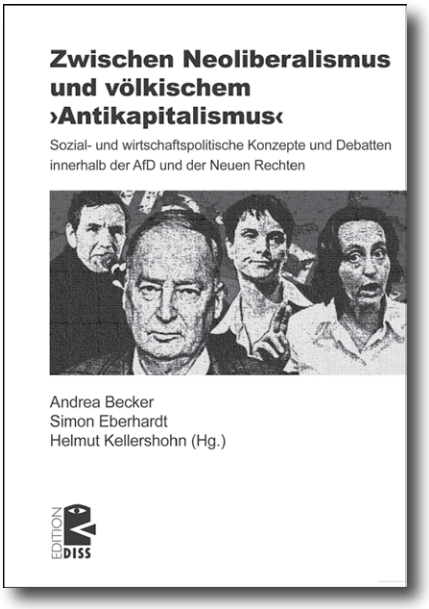
Ein paar Tage später werden Zeugen benannt: Zunächst beklagt Speditions-Chef Horst Kottmeyer den „Bürgergeld-Irrsinn": „Mein Mitarbeiter kündigt, weil er lieber Stütze kassiert." (BILD online, 4.9.2023) Dann deckt Professor Friedrich Schneider, laut BILD „Arbeits-Experte", eine „bittere Wahrheit" auf: „Ich schätze, dass rund ein Drittel der erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher schwarz dazuverdienen." BILD rechnet nach, macht 1,3 Millionen. (BILD-online, 6.9.2023) Schließlich fordert „Brummi-Chef Prof. Dirk Engelhardt": Wir „brauchen keine geförderte Faulenzer-Kultur". (BILD online 13.9.2023)

Natürlich darf das Migranten-Argument nicht fehlen. Hier reichen nackte Zahlen, die Leserinnen und Leser können das zu Ende denken: „Während 5,3 Prozent der Deutschen im März 2023 Bürgergeld erhielten, waren es 65,6 Prozent der Ukrainer in Deutschland, 55,1 Prozent der Syrer, 47,1 Prozent der Afghanen, 41,7 Prozent der Iraker und 16,2 Prozent der Türken." (BILD online, 18.8.2023)

Die Folgen für die Gesellschaft erklärt dann die bekannte Kollektivsymbolik: „Die Einführung des sogenannten ‚Bürgergelds' hat in Deutschland etwas ins Rutschen gebracht," meint CDU-Generalsekretär Linnemann. Es „drohen wesentliche Pfeiler unserer Sozialen Marktwirtschaft wie Dominosteine umzufallen". Immerhin habe die CDU beim Bürgergeld im Vermittlungsausschuss „einen defacto Systemwechsel hin zu einem bedingungslosen Grundeinkommen verhindern" können. (FOCUS online, 4.9.2023)

Allerdings: Die Kampagne gegen das Bürgergeld wurde diesmal nur von einem Teil der Medien getragen. Die meisten Medien haben nicht mitgemacht und ausgewogen berichtet. Das war früher anders, kann sich aber auch schnell wieder ändern.

Welche Möglichkeiten zur Intervention zum Problem Arbeitslosigkeit gibt es unter diesen Umständen? Realistisch betrachtet bleiben zurzeit nur Konzepte, die zwar unbefriedigend sind, aber immerhin Teillösungen anbieten. Hier bahnen sich kontroverse Positionen an, in die man vielleicht eingreifen kann. Gelingt es, einen sozialen Arbeitsmarkt zu etablieren, der für einen Teil der Arbeitslosen, die dies wollen, soziale Teilhabe ermöglicht? Die Job-Angebote sollten dann mit besseren Konditionen verbunden sein, als es zurzeit der Fall ist. Andererseits könnten politische Akteure wieder verstärkt versuchen, Arbeitslose durch Zwang, Sperrzeiten,



Andrea Becker,
Simon Eberhardt,
Helmut Kellershohn (Hg.)

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹ – Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD

ISBN 978-3-89771-772-5 , Unrast-Verlag, 2019, Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Ausstattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, - Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologiepolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

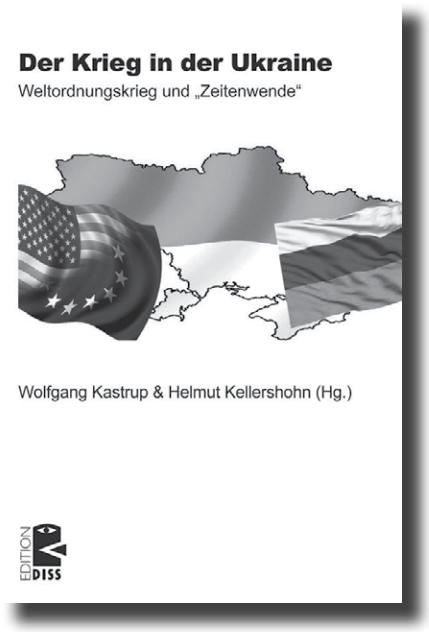
Kürzungen und andere Schikanen auf einen 1. Arbeitsmarkt zu orientieren, den die meisten gar nicht erreichen können. Gelingt es dann, die wenigen Verbesserungen, die das Bürgergeld einigen Arbeitslosen und anderen in Not geratenen Menschen gebracht hat, zu erhalten oder sogar auszuweiten? Oder wird künftig jede Verbesserung wieder zurückgenommen? Und schließlich muss man fragen: Gelingt es, dass Arbeitslosigkeit und Armut überhaupt noch als gesellschaftliches Problem gesehen wird oder verschwinden sie in den Debatten als akzeptierter Teil der Normalität?

LITERATUR

- acatech (2022): Forschungsbeirat der Plattform Industrie 4.0/acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (Hg.): Blinde Flecken in der Umsetzung von Industrie 4.0 – identifizieren und verstehen, 2022, DOI: 10.48669/fb40_2022-1.
- Dahrendorf, Ralf (1982): Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht, in: Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg 1982, S. 25-37.
- Dengler, Katharina / Matthes, Britta (2015): Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt. Substituierbarkeitspotenziale von Berufen in Deutschland. IAB-Forschungsbericht 11, Nürnberg.
- Frey, Carl Benedikt / Osborne, Michael A. (2017): The future of employment: How susceptible are jobs to computerization? In: Technological Forecasting & Social Change 114, S. 254-280 (zuerst 2013).
- Herzog, Roman (1997): Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Rede des Bundespräsidenten in Berlin im Hotel Adlon am 26.4.1997, in: Bulletin 33/1997, S. 353-358.
- Hombach, Bodo (1998): Aufbruch. Die Politik der neuen Mitte, München.
- Kreft, Ursula (2000): Bedrohte Mitte – gelähmte Gesellschaft: aktuelle Krisenszenarien in der Presse, in: SOWI – Sozialwissenschaftliche Informationen 4/2000, S. 248-256.
- Kreft, Ursula / Uske, Hans (1998): Skandal und Normalität. Massenarbeitslosigkeit in den 90er Jahren, in: Hans Uske / Hermann Völlings / Jochen Zimmer / Christof Stracke (Hg.): „Soziologie als Krisenwissenschaft". Festschrift zum 65. Geburtstag von Dankwart Danckwerts, Münster, S. 96-126.
- Lobato, Philipp Ramos / Dietz, Martin (2022): Drei Jahre Teilhabechancengesetz – ein Blick zurück und nach vorn aus Sicht der IAB-Forschung; https://www.iab-forum.de/drei-jahre-teilhabechancengesetz-ein-blick-zurueck-und-nach-vorn-aus-sicht-der-iab-forschung/
- Promberger, Markus (2023): Das bedingungslose Grundeinkommen passt nicht in unsere Arbeitsgesellschaft. Ein sozialphilosophischer Einwurf, in: IAB-Forum, 10. Juli 2023; https://www.iab-forum.de/das-bedingungslose-grundeinkommen-passt-nicht-in-unsere-arbeitsgesellschaft-ein-sozialphilosophischer-einwurf/
- Schäuble, Wolfgang (1988): Älter und weniger. Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung in unserem Land, in: Die politische Meinung, Januar/Februar 1988, S. 37-44.
- Uske, Hans (1995): Das Fest der Faulenzer. Die öffentliche Entsorgung der Arbeitslosigkeit, Duisburg (DISS-Verlag).
- Uske, Hans (2000): „Sozialschmarotzer" und „Versager". Missachtung und Anerkennung in Diskursen über Massenarbeitslosigkeit, in: Ursula Holtgrewe / Stephan Voswinkel / Gabriele Wagner (Hg.): Anerkennung und Arbeit, Konstanz, S. 169-192.

Ursula Kreft, M.A. Germanistin, war lange Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) an der Universität Duisburg-Essen.

Dr. Hans Uske, Sprach- und Sozialwissenschaftler ist Forschungsgruppenleiter im Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) an der Universität Duisburg-Essen.



Der Krieg in der Ukraine
Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«
ISBN: 978-3-89771-780-0
Edition DISS 52

Helmut Kellershohn, Wolfgang Kastrup (Hg.)

Erscheinungsdatum November 2023
196 Seiten | 19,80 €

Der Krieg in der Ukraine evoziert binäre Deutungsstrategien, die in Schwarz/Weiß- bzw. Gut/Schlecht-Zuweisungen münden. Vor allem die ›westlich‹ orientierten Länder betrachten ihr Wertesystem als angegriffen. Auch wenn sie offiziell nicht Kriegspartei sein wollen, de facto sind sie es: Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht. Die Ziele der ehemals betriebenen Entspannungs- und Friedenspolitik lösen sich in einer weitreichenden ›Zeitenwende‹ auf. Doch kritische Analysen zu diesem Krieg und dem diesbezüglich herrschenden Diskurs sind bisher wenig präsent und vielfach unerwünscht.

Mit dieser Problematik setzt sich der jüngste Band des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung (DISS) kritisch auseinander: Die Beiträge unterschiedlicher Provenienz analysieren den Einmarsch Russlands in die Ukraine vor dem Hintergrund hegemonialer Weltordnungspositionen und untersuchen, inwieweit er tatsächlich als weltpolitische Zäsur gesehen werden muss. Neben der Rolle und Verantwortlichkeit der drei Kriegsparteien wird nicht zuletzt vor dem Hintergrund des eskalierenden Konkurrenzkampfes zwischen den USA und China darüber hinaus untersucht, welche Rolle China im Ukraine-Krieg einnimmt und wie sie von westlicher Politik und westlichen Medien gedeutet wird.

Neu in der Edition DISS

DER KRIEG IN DER UKRAINE. WELTORDNUNGSKRIEG UND „ZEITENWENDE“

Hrsg. von *Wolfgang Kastrup* und *Helmut Kellershohn*

EINLEITUNG DER HERAUSGEBER

Seit dem 24. Februar 2022 führt Russland einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf dem Territorium der Ukraine. Für die Politik und die massenmediale Öffentlichkeit steht damit fest: Der Täter ist Russland, das Opfer die Ukraine. Insbesondere die Bezeichnung Angriffskrieg weckt eindeutige Assoziationen, wer in diesem Krieg das Gute und wer das Böse verkörpert. Die entsprechenden Narrative bestimmen das Denken und Sprechen, und wer sie nicht teilt, macht sich verdächtig, Russlands Position einzunehmen und seine Kriegsverbrechen zu rechtfertigen.

Im vorliegenden Buch wollen wir uns diesem Muster entziehen und fragen stattdessen nach Erklärungen für diesen Krieg, nach Gründen für den Angriffskrieg, nach der Vorgeschichte des Krieges, aber auch nach geopolitischen Tendenzen, die über den Krieg hinausweisen. Wir wollen untersuchen, welche Rolle die drei beteiligten Kriegsparteien einnehmen: Russland als Angreifer mit dem Überfall auf die Ukraine, die Ukraine, die um ihre nationale Souveränität ringt und deren militärische Macht auf der des Westens beruht, und drittens die NATO mit der Führungsmacht USA, die an erster Stelle die Ukraine militärisch, politisch, ökonomisch und humanitär unterstützen und die Chance sehen, ihre weltpolitische Rolle im Sinne eines „Supermachtmonopols“ (*Jürgen Link in diesem Buch*) auszubauen.

Offiziell wollen die westlichen Länder aus verständlichen Gründen keine Kriegsparteien sein, de facto sind sie es aber. Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht, weil sie den Anspruch Russlands, den Verlust des Sowjetimperiums ein Stück weit wieder rückgängig zu machen, nicht akzeptieren wollen und die Gunst der Stunde nutzen wollen, um das Gebiet der EU und der NATO weiter auszudehnen. Insofern ist der Krieg nicht nur ein Kampf um die nationale Souveränität der Ukraine, sondern auch ein Weltordnungskrieg, in dem die Gewichte zwischen den indirekt oder direkt beteiligten Mächten (darunter auch Deutschland und die EU) neu verteilt werden (*s. dazu den Beitrag von Wolfgang Kastrup*).

Alle drei Kriegsparteien verfolgen eine Eskalation des Tötens oder nehmen sie in Kauf, die mit einem unendlichen Leid für die ukrainische Zivilbevölkerung und der Zerstörung und Verwüstung der Ukraine einhergeht. Mit dem Vorherrschen der Kriegslogik werden Forderungen nach diplomatischen Verhandlungen desavouiert und geraten in einen Rechtfertigungszwang. Dies zeigt sich vor allem auch in Deutschland, das in bedeutender Weise politisch, militärisch, ökonomisch und humanitär von diesem Krieg betroffen und intensiv involviert ist. Aufgrund der westlichen Sanktionen („Wirtschaftskrieg“) gegen Russland musste besonders in Deutschland die gesamte Energieversorgung umgestellt werden, was zu einem massiven Anstieg der Energiepreise geführt hat, den im Besonderen die Bevölkerung und die energieintensiven Unternehmen zu spüren bekommen und der als Nebeneffekt die Akzeptanz der Klimapolitik in der Bevölkerung schmälert.

Wenn wir wie viele andere von einem Weltordnungskrieg sprechen, muss sich der Blick weiten auf den vielschichtigen Konflikt zwischen China und den USA um eine unipolare oder multipolare Weltordnung. Deren Beziehungen mit Russland und Europa sind für die aktuellen geopolitischen Diskussionen und Frontstellungen von großer Relevanz. Eine neue Blockbildung der G7-Staaten gegenüber Russland und China zeichnet sich ab. Wobei China als politischer und ökonomischer Systemkonkurrent für die USA von besonderer Bedeutung und Herausforderung ist. Es muss geprüft werden, inwieweit der Krieg in der Ukraine als „Generalprobe“ (*Uwe Hoering*) oder als „Katalysator“ für eine drohende militärische Auseinandersetzung in der Asien-Pazifik-Region gesehen werden kann. Die immense Aufrüstung in diesem Raum steigert jedenfalls die Kriegsgefahr. Für die ökonomische Seite des Konflikts steht die Rede vom „Great Decoupling“, die eine wirtschaftliche Abkopplung der westlichen Länder von dem neuen Ostblock propagiert, in dem China die hegemoniale Rolle einnimmt. Moderater wird mittlerweile von einer De-Risking-Strategie gesprochen (z.B. von der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen), mit der der Westen sich von China wirtschaftlich unabhängiger machen will, ohne den wirtschaftlichen Austausch insgesamt zu gefährden. Gleichwohl scheint auch dieses Konzept einen Wirtschaftskrieg gegen China unter Umständen in Kauf nehmen zu wollen. Angesichts der Bedeutung Chinas für die deutsche Wirtschaft versetzen die Ungewissheiten und Unwägbarkeiten der Lage die Unternehmen hierzulande in helle Aufregung (*s. dazu den Beitrag von Lene Kempe*).

Ein wichtiger Faktor in dieser drohenden Blockkonfrontation könnte der „Globale Süden“ werden. Seine Rolle in der welt-

politischen Neuordnung war im transatlantischen Diskurs bislang eher unterbelichtet. Seine wachsende Bedeutung, politisch wie wirtschaftlich, und seine Positionierung könnten mit dazu beitragen, ob in Zukunft eine neue Blockkonfrontation sich herauskristallisiert oder eine gerechtere multipolare Weltordnung zumindest ansatzweise eine Chance hat (*s. dazu den Beitrag von Uwe Hoering*).

Ein weiterer Aspekt, der mit dem Krieg in der Ukraine im Zusammenhang gesehen werden muss, allerdings weitgehend medial bewusst nicht benannt wird, ist, dass dieser Krieg Anstrengungen zur Verhinderung einer Klimakatastrophe massiv in Frage stellt. Wie überhaupt Kriege und Militärmanöver, wobei letztere in zunehmender Anzahl nicht nur im Indopazifik stattfinden, in ihrer Klimabilanz extrem negativ sind. Weitere Beispiele sind der äußerst kostspielige Import von Fracking-Gas, in der Vergangenheit ein absolutes „no go" und klimapolitisch ebenso desaströs wie der Kohleimport aus Kolumbien. Ökologische und politische Werte werden einer Nützlichkeitsbetrachtung untergeordnet, um sie dann wieder hervorzuholen, wenn sie als politische Waffen gegen unliebsame Länder ihren Einsatz und Nutzen finden.

Da in den politischen Debatten und weitgehend auch in der Medienlandschaft ein binärer Reduktionismus vorherrscht, der ein Denken im Modus von Gut und Böse befördert, wird es wichtig sein, den Raum des Sag- und Sichtbaren von seinen Tabuisierungen und Restringierungen zu befreien (*s. dazu die Beiträge von Jürgen Link, Margret Jäger, Iris Tonks und Clemens Knobloch*). Dazu gehört auch die Forderung nach einem Waffenstillstand, die bisher mit Zuschreibungen wie „Lumpenpazifismus" diskreditiert wurde. Auf der Basis dieses binären Reduktionismus, der den Mediendiskurs bestimmt und begrenzt, werden Abweichungen von den vorherrschenden offiziellen Deutungsmustern auf die Feindseite platziert („Putinversteher", „Unterwerfungspazifismus" oder „fünfte Kolonne Putins"), um diese dann zu isolieren und politisch zu desavouieren. Beispiele dafür sind die geduldeten Provokationen des ehemaligen ukrainischen Botschafters in Deutschland Melnyk, aber auch die sich aufschaukelnden Forderungskataloge nach immer mehr und effizienteren Waffenlieferungen an die Ukraine. Auch die vielen Debatten in Talkshows können für einen solchen Bellizismus herangezogen werden, wo die moralische Rechtfertigung der westlichen bzw. der deutschen Unterstützung für die Ukraine gegen das „Böse" in Gestalt Russlands und des Präsidenten Putin vorherrscht. Mit der vorherrschenden moralischen Bewertung des Ukrainekrieges wird mit der Fokussierung auf die Schuldfrage diese zugleich entschieden. Differenzierte und abweichende Positionen zum Krieg und zu den Waffenlieferungen werden oftmals mit Begriffen wie ‚Eskalationsphobie' und ‚Friedensmeute' belegt. Die von Bundeskanzler Scholz ausgerufene ‚Zeitenwende' verkörpert nicht nur eine militärische Aufrüstung, sondern auch eine diskursive.

Die fundamentale Ablehnung der Kriegslogik, pazifistisch motiviert und in der Tradition des Antimilitarismus stehend, wird der Naivität gescholten oder einfach belächelt. Es gibt die nicht-militärischen Widerstände auch in diesem Krieg, die darauf abzielen, den Krieg zu blockieren, zu sabotieren und zu desertieren. In Russland, in Belarus und auch in der Ukraine. Auch damit befasst sich ein Beitrag in diesem Buch; ein Thema, das so gar nicht in der Berichterstattung präsent ist. Die in Weißrussland präsente, breite Kriegsablehnung halten die Präsidenten Lukaschenko und Putin bisher davon ab, so die These *Guido Arnolds*, dass die belarussische Armee sich aktiv an der Seite von Russland an den Kampfhandlungen beteiligt.

Der abschließende Beitrag wendet sich einem speziellen Thema der deutschen Innenpolitik zu. Der neuerliche Aufschwung der AfD, ablesbar an den Umfrageergebnissen, hat zwar primär mit der aktuellen Migrationskrise zu tun, einen gewichtigen Anteil haben aber auch der Ukrainekrieg und die damit verbundene Wahrnehmung der Energie- und Klimapolitik. Der Ukrainekrieg ist auch für die AfD und ihre „Vordenker" in der Neuen Rechten ein Weltordnungskrieg, in dem die geostrategischen Interessen der USA und Russlands aufeinanderstoßen und der zugleich als Signal für einen Umbruch zu einer multipolaren Weltordnung interpretiert wird. Trotz interner Streitigkeiten um den einzuschlagenden Pfad gilt ihre Hauptsorge der Rekonstruktion der Großmachtrolle Deutschlands in einem neuen „Europa der Nationen" als relevantem Akteur im Ringen um die neue Weltordnung (*s. dazu den Beitrag von Helmut Kellershohn*).

INHALTSVERZEICHNIS

Wolfgang Kastrup / Helmut Kellershohn
Einleitung der Herausgeber

Jürgen Link
„ZeitenWende" heißt Große Denormalisierung: Wenn die aber nicht mehr flexibel-normalistisch gemanagt werden kann?

Wolfgang Kastrup
Weltordnungskrieg in der Ukraine und der Hegemoniekampf zwischen USA und China

Uwe Hoering
Der Aufstieg des Globalen Südens in die erste Liga. Chancen für eine neue multipolare Weltordnung?

Lene Kempe
Jein zu China. Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen angesichts des Ukrainekrieges und drohender Blockkonfrontation

Clemens Knobloch
Der russische Krieg in der Ukraine in den deutschen Medien

Margarete Jäger / Iris Tonks
Wer Streubomben sät, wird Streubomben ernten. Wie der Krieg in der Ukraine den politischen und medialen Diskurs in Deutschland aufrüstet.

Guido Arnold
Widerstand gegen den Krieg – nicht-militärische Resistenzen

Helmut Kellershohn
Im Widerstreit der Positionen. Die Haltung der AfD und neurechter „Vordenker" zum Ukrainekrieg

Vom Krieg in der Ukraine zur neuen Blockkonfrontation

Von Wolfgang Kastrup

In der westlich medialen Berichterstattung dominiert der Krieg in der Ukraine weiterhin, ebenso die eindeutige Parteinahme. „Der Kampf um die Einordnung der Staatenwelt in die antirussische Front bestimmt heute die internationale Politik." (*Gegenstandpunkt* 3-23, 66) Drei aktive Kriegsteilnehmer, Russland, die Ukraine und mit ihr die von den USA angeführte NATO, sind damit befasst, das kriegerische Töten und das Verwüsten des Landes immer weiter eskalieren zu lassen. Immer mehr angeblich „rote Linien" der militärischen Unterstützung für die Ukraine sind nach und nach von der NATO überschritten worden. Waren es anfangs die Kampfpanzer, dann die Kampfflugzeuge, dann die von den USA gelieferte international geächtete Streumunition und jetzt die in der Diskussion stehenden Taurus-Marschflugkörper.

Die militärische Schlagkraft der ukrainischen Armee hängt eindeutig von dem Nachschub westlicher Waffensysteme ab. Auch die Ausbildung ukrainischer Soldat*innen durch westliche Streitkräfte und die enorm wichtigen nachrichtendienstlichen Informationen durch Geheimdienste von NATO-Ländern über russische Stellungen und Operationen sind von entscheidender Bedeutung. So haben allein die USA laut ihres Verteidigungsministeriums seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine Ende Februar 2022 militärische Hilfe im Umfang von mehr als 43,7 Milliarden Dollar bereitgestellt oder zugesagt. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 09.09.2023) Obwohl die NATO immer wieder erklärt, keine aktive Kriegspartei zu sein, nimmt sie durch die wachsenden Waffenausrüstungen immer mehr Einfluss auf den Kriegsverlauf und wird so faktisch Kriegspartei. Das heißt auch, sie bestimmt bzw. die Führungsmacht USA, wie lange diese Unterstützung anhält bzw. der Ukraine aufgrund einer möglichen Aussichtslosigkeit eines militärischen Erfolgs erklärt wird, die Kampfhandlungen einzustellen und einer Waffenstillstandsverhandlung zuzustimmen.

Die Verluste an Soldaten*innen auf beiden Seiten sind enorm und sollen Hunderttausende betragen. In besonderem Maße leidet die ukrainische Zivilbevölkerung durch diesen Krieg: Viele tausende Tote und Verletzte, zerstörte Wohnungen und Fabriken, unbrauchbare staatliche und kommunale Infrastrukturen und Millionen Ukrainer*innen auf der Flucht in den westlichen Teil des Landes oder in angrenzende osteuropäische Länder bzw. vor allem nach Deutschland. Mit einem baldigen Ende des Krieges ist noch nicht zu rechnen; auch die Sommeroffensive der ukrainischen Armee hat bisher nicht den gewünschten Erfolg erbracht.

Die weitreichenden Wirtschaftssanktionen des Westens gegenüber Russland, mit dem Ziel die russische Ökonomie vom Weltmarkt auszuschließen (vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.06.2022), sind Teil des Weltordnungskrieges, der von *beiden* Seiten geführt wird, sowohl von Russland mit seinem imperialen Anspruch gegenüber der Ukraine als auch von der NATO und der EU mit dem Ziel, Russland als strategische Macht auszuschalten. Zurecht schreibt Ingar Solty, dass Russlands Ukraine-Krieg „der wesentliche Katalysator einer neuen Weltordnung" ist. (Solty 2022, 64). Damit ist auch eine neue *Blockkonfrontation* der G7- Staaten verbunden, hier vor allem der USA, gegen russische und chinesische Interessen, Wege und Eigenmächtigkeiten.

VÖLKERRECHT ALS MITTEL ZUM ZWECK

Nach Artikel 2(4) der UNO-Charta ist dieser Angriffskrieg Russlands völkerrechtswidrig. Darüber herrscht weitgehend Konsens. Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ist ein Akt der Aggression. Russland sieht seine Stellung als Weltordnungsmacht durch den Westen gefährdet. Mit dem Überfall auf die Ukraine und deren Besetzung von Gebieten im Osten des Landes will sie sich als strategische Macht großrussischer Interessen gegenüber der westlichen Welt behaupten. Auch wenn durch die westliche Politik der NATO-Osterweiterung, die zu einer Schwächung Russlands beitragen sollte, die Sicherheitsinteressen Russlands missachtet wurden und das Land dadurch in eine geopolitische Defensive geraten ist, kann dies nicht als Rechtfertigung dienen, einen souveränen Staat zu überfallen und damit eigene imperiale Ansprüche zu erheben. Der russische Präsident hingegen will nicht nur territoriale Zugewinne gegenüber der von der NATO unterstützten Ukraine militärisch erzwingen, sondern auch die westliche Hegemonie mit diesem Krieg demontieren.
Allerdings klingt dieser Vorwurf des Bruchs des Völkerrechts von westlichen Staaten und Medien gegenüber Russland dop-

pelzüngig, vergisst man doch bewusst den ebenso völkerrechtswidrigen Krieg der NATO gegenüber Jugoslawien 1999 unter tätiger Unterstützung der deutschen rot-grünen Regierung. Oder den ebenfalls mit dem Völkerrecht nicht zu vereinbaren Krieg der USA gegen den Irak 2003. Äußerst bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist eine Äußerung von US-Ex-Außenministerin Madeleine Albright: *„Wenn wir Gewalt anwenden müssen, dann weil wir Amerika sind; wir sind die unverzichtbare Nation. Wir sind uns dessen bewusst und sehen weiter in die Zukunft als andere Staaten."* (Zit. nach Serge Halimi: Bush, Chirac und die Irak-Lüge, in: *Le Monde diplomatiqu*e, Mai 2023)

Deutlich wird hier der selbstverständliche Anspruch der USA auf Hegemonie. Aus dem Blick geraten ebenfalls der Krieg Saudi-Arabiens im Jemen, unterstützt mit deutschen Waffenlieferungen, der Krieg des NATO-Partners Türkei gegen kurdische Autonomiegebiete in Nordirak und in Nordsyrien und die türkische völkerrechtswidrige Besetzung eines Teils von Zypern. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Das viel beschworene Völkerrecht wird so Mittel zum Zweck der eigenen geopolitischen, militärischen und imperialen Interessen.

STELLVERTRETERKRIEG

„Dieser Krieg hat die NATO zu ihrer Kernmission zurückgeführt", so die US-Botschafterin bei der NATO, Julianne Smith, in einem Interview mit der Tageszeitung *Die Welt* vom 26.11.2022 über den Ukraine-Krieg und die Gründung der Militärallianz zum „Schutz" vor „sowjetischen Angriffen". Die unbedingte Parteinahme für die Ukraine und damit gegen die russische Invasion folgt auch dem Ziel einer weiteren Ausdehnung der NATO und der EU auf Länder, die bisher von Russland als eigene Sicherheitszone gesehen wurden. Die westlichen Länder erheben einen Rechtsanspruch auf Ausdehnung bis an die Grenze zu Russland, da Freiheit und Demokratie als Universalwerte durch sie vertreten werden. Es geht für sie um demokratische gegen autokratische Herrschaft und das weltweit als zentrale Herausforderung.

Die NATO mit der Führungsmacht USA und die EU haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht, ohne selbst offiziell Kriegspartei sein zu wollen. In ihren Augen gibt es zwei zentrale Störenfriede in der Welt, die der hegemonialen Ordnungsstiftung durch die westlichen Länder und speziell der Supermacht USA entgegenstehen und einer multipolaren Weltordnung den Vorzug geben: Russland und China. Deshalb erfolgt hier in der Ukraine ein *Weltordnungskrieg* und nicht nur ein regional eingegrenzter Krieg. Es geht um die Gültigkeit der bisherigen Weltordnung, die von den USA dominiert wird, im Gegensatz zu einer multipolaren.

> *„Der lokal ausgetragene Krieg um die globalen Vorherrschafts- und Unterordnungsverhältnisse geht alle Staaten an; nicht so sehr, weil sie von den Folgen des Krieges, den Flüchtlingen, dem Anstieg der Energie- und Getreidepreise und dem Einbrechen der Weltkonjunktur betroffen sind, auch das; vor allem aber, weil sie von den USA und der EU angegangen und in Anspruch genommen werden, sich in dem Ringen auf die westliche Seite zu schlagen und bei der politischen Isolierung sowie der auf Zerstörung der wirtschaftlichen und militärischen Potenzen Russlands zielenden Sanktionspolitik mitzuwirken."* (*Gegenstandpunkt* 3-23, 65f.)

Den Führungsanspruch der USA hat Präsident Biden anlässlich der jüngsten Generaldebatte der Vereinten Nationen am 19.09. bekräftigt. „Als Präsident der Vereinigten Staaten verstehe ich die Verpflichtung meines Landes, in diesem Moment zu führen." (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 20.09.2023) An Russland soll ein Exempel statuiert werden, indem es aus seinen Einflusszonen verdrängt wird und überhaupt seine politische und militärische Weltmachtrolle verliert. Die NATO und die EU wollen mit ihrem ukrainischen Stellvertreter die Schwächung Russlands so weit vorantreiben, dass ein Aufbegehren gegen die westliche Friedensordnung nicht mehr lohnend erscheint.

> *„Diese imperialistische Räson der ‚amerikanisierten' Welt ist schlichtweg unverträglich mit der Existenz einer zweiten Macht, die in der Lage ist, sich die Unterwerfung unter die herrschende Welt-, Geschäfts- und Friedensordnung vorzubehalten. Eben das ist Russland jedoch: eine militärische Weltmacht, die sich ihren Sicherheitsstatus nicht zuschreiben lässt, sondern selbst absolut darüber entscheidet."* (*Gegenstandpunkt* 2-22, 54)

Deshalb darf Russland nach westlicher Sicht diesen Krieg auf keinen Fall gewinnen, da ansonsten der russische Aggressor sich belohnt sehen würde, baltische Länder angreifen und einen von den NATO-Ländern nicht tolerierten und genehmigten Krieg erfolgreich beenden könnte. Oder wie es die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock gegenüber dem US-Sender *Fox News* formulierte: „Wenn Putin diesen Krieg gewinnt, was für eine Botschaft wäre das für andere Diktatoren in der Welt – wie XI, den chinesischen Präsidenten." (Zit. nach *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 16.09.2023) Dies ein Beispiel für Deutschlands wertegeleitete Außenpolitik als Inbegriff von Menschenrechten, Freiheit, Demokratie, Feminismus, Recht und Regeln, die als Maßstab für andere Länder gelten soll. Eine Macht, die Ankläger und Richter gegenüber anderen Staaten in der Handhabung ihrer Politik vereint.

POLITISCHE REPRESSION UND MACHTKAMPF IN RUSSLAND

Im postsowjetischen Einflussbereich wie im Kaukasus, in Belarus und zuletzt in Kasachstan begehren immer größere oppositionelle Teile der Zivilgesellschaften gegen autoritäre staatliche Strukturen auf, die nur durch starken repressiven politischen Druck, auch unter russischer Zuhilfenahme, unterdrückt werden konnten und können. Mit dem Rücken zur Wand steht die rechts-nationale Regierung unter Putin, die ebenfalls oppositionelle Kräfte und Medien im eigenen Land brutal unterdrückt und damit zu den repressiven Methoden der sowjetischen Strafjustiz zurückkehrt. Bedingt durch dieses Klima der Angst, der Einschüchterung und der Unterdrückung sind die Möglichkeiten progressiver Kräfte, politisch Einfluss zu nehmen gering.
Der Aufstand der Söldnerarmee Wagner mit ihrem einflussreichen Chef Jewgeni Prigoschin, einem vormals Vertrauten von

Putin, hat die präsidiale Machtbasis stark beeinträchtigt. Das autoritäre System unter Putin war bisher politisch stabil. Dies scheint jetzt nicht mehr gegeben zu sein, zumal der russische Präsident das Gewaltmonopol des russischen Staates nicht durchsetzen konnte. Es ist möglich, die Regierungsmacht infrage zu stellen und ungestraft davonzukommen. Ob allerdings der Tod von Prigoschin und seiner Getreuen durch den Abschuss seines Flugzeuges mit dem Aufstand und seinen Konsequenzen zusammenhängt, wird wohl offiziell ungeklärt bleiben.

WIDERSPRÜCHE UND KRISENDYNAMIKEN IN RUSSLAND

Die Gründe für den russischen Angriff vernachlässigen jedoch, so Felix Jaitner, die inneren politischen Verhältnisse in Russland. Für ihn ist der Krieg gegen die Ukraine „eine Reaktion auf die vielfältigen innenpolitischen Krisen", um Russlands Interessen im postsowjetischen Raum zu untermauern. „Der wachsende Einfluss national-konservativer Kräfte und die damit einhergehende autoritäre Verhärtung im Innern verschärfen jedoch die Auseinandersetzungen im Machtblock um den künftigen Kurs des Landes […]." (Jaitner 2022, 484) In seiner neusten Veröffentlichung vermutet Jaitner, dass der Krieg in der Ukraine und die zunehmende Repression in Russland darauf zurückzuführen sind, dass „zentrale gesellschaftliche Widersprüche im Verlauf der letzten 30 Jahre nicht gelöst, sondern im Zuge der Transformation verstetigt und vertieft wurden. Die radikale Einführung des Kapitalismus mittels einer ‚Schocktherapie' bildet die zentrale Konfliktlinie in der russischen Gesellschaft der 1990er-Jahre und behindert die demokratische Entwicklung bis heute entschieden." (Jaitner 2023, 15) So habe die umstrittene Privatisierungspolitik und die Deregulierung des Finanzsektors unter dem russischen Präsidenten Boris Jelzin dazu geführt, dass eine korrupte Bourgeoisie entstanden sei, die infolge ihrer kurzfristigen Profitorientierung dazu beigetragen habe, staatliche Institutionen und demokratische Prozesse zu untergraben. (Ebd., 166) Deshalb müsse bezüglich der autoritären Herrschaftsstruktur in Russland beachtet werden, dass das Regierungsprogramm von Putin als Antwort des russischen Machtblocks auf den Transformationsprozess der 1990er-Jahre und auch auf dem Hintergrund der inneren kapitalistischen Widersprüche zu verstehen ist. (Ebd., 10) Diese neue Sichtweise von Jaitner, einem ausgewiesenen Kenner der russischen Geschichte und Politik, steht im Gegensatz zu der weit verbreiteten Darstellung in der westlichen Berichterstattung, das „System Putin" auf eine Personalisierung der russischen Herrschaftsstrukturen zu reduzieren. Damit schafft es Jaitner, den Blick auf grundsätzliche Entwicklungslinien nach der Auflösung der Sowjetunion zu lenken und so die auf Putin reduzierten Erklärungsansätze zu hinterfragen.

WESTLICHE ZWEIFEL

Allerdings schwindet drei Monate nach Beginn der ukrainischen Offensive in westlichen Ländern die Hoffnung auf einen raschen Sieg. „Generell ist die Einschätzung der westlichen Experten, der Krieg in der Ukraine sei inzwischen in seine ‚Abnutzungsphase' eingetreten und es müsse sich zeigen, wer wen als erster ‚abgenützt' habe." (*junge Welt* v. 13.09.2023) Offiziell ist von den führenden Politiker*innen immer wieder zu hören, man werde die Ukraine „as long as it takes" unterstützen. Umso überraschender sind dann die Äußerungen von US-Außenminister Antony Blinken in einem Interview mit dem Fernsehsender *ABC,* die von der Zeitung *junge Welt* so wiedergegeben werden: „Die Ukraine ist bereit, mit der Russischen Föderation zu verhandeln, wenn die russische Seite dies vorschlägt. Denn jeder möchte einen Waffenstillstand zwischen der Russischen Föderation und der Ukraine." (Ebd.) Eine solch zentrale Aussage ist nur von der Führungsmacht der USA möglich und steht im absoluten Widerspruch bisher zu allen Aussagen der Regierung in Kiew. Eingeordnet werden kann eine solche Äußerung des US-Außenministers auch vor

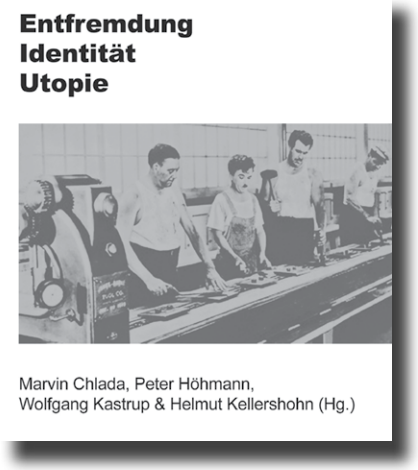
Sara Madjlessi-Roudi
Ordnen und Regieren
Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0
Seiten: 476
Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolitischem Paternalismus.



ISBN 978-3-89771-774-9
200 Seiten, Oktober 2020
Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. ›Identität‹ (bzw. ›kollektive Identität‹) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Volkshaften«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.

dem Hintergrund des beginnenden Wahlkampfs um die US-Präsidentschaft, da bekannterweise in der republikanischen Partei um den Ex-Präsidenten Trump deutliche Kritik an dem Krieg und an der intensiven und kostspieligen Unterstützung der USA für die Ukraine geäußert wird. So sagt Marjorie Taylor Greene, Abgeordnete der republikanischen Partei im Repräsentantenhaus, stellvertretend für viele extrem rechte Kolleginnen und Kollegen: „Wir haben so viele Probleme hier bei uns zu Hause. Ich denke gar nicht daran, unser Geld für einen Proxy-Krieg mit Russland zu schicken. […] Das amerikanische Volk interessiert sich nicht für den Krieg da drüben." (Zit. nach *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 18.10.2022)

Umfragen scheinen ihre Haltung zu bestätigen. Der Ukraine-Krieg ist in der Bevölkerung der USA insgesamt nicht mehr so populär, wie er es einmal war. „Wahlen gewinnt man in den USA mit hohen Ausgaben für die Ukraine bei gleichzeitigem Sparen im Inland wohl nicht. Hinzu kommt, dass Washington nicht vorhat, jedes Jahr Dutzende Milliarden US-Dollar in Osteuropa zu versenken, anstatt sie für seine erklärtermaßen epochale Auseinandersetzung mit China zu verwenden." (Kronauer 2023, 28) Bei seinem zweiten Besuch in den USA wurde Selenskyjs Bitte, ein zweites Mal vor dem versammelten Kongress zu sprechen, von dem Sprecher des Repräsentantenhauses Kevin McCarthy abgelehnt. „Die mehr als 76 Milliarden Dollar, die Washington seit Beginn des Krieges in Form militärischer, finanzieller und humanitärer Hilfe für Kiew gegeben hat, werden laut Umfragen auch in der Bevölkerung zunehmend kritisch gesehen." (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 23.09.2023) Der Diskurs in den USA hat sich verändert. Viele Menschen, nicht nur in den USA, wollen die Solidarität mit der Ukraine nicht mehr aufbringen, da sie selbst von finanziellen Krisen betroffen sind. Die Umfrageergebnisse der AfD zeigen, dass dies zunehmend auch für Deutschland gilt. Auch Ex-Präsident Donald Trump hat seine Kritik an der Politik von Joe Biden gegenüber der Ukraine deutlich verstärkt: Sollte er Präsidentschaftskandidat der Republikaner werden und die Wahl im Herbst 2024 gewinnen, hätte dies mit Sicherheit für die Ukraine und für Europa massive Auswirkungen.

USA – GEWINNER DES KRIEGES IN DER UKRAINE

Die kontroversen Einstellungen in der politischen Klasse der USA überraschen schon etwas, sind doch die USA die Gewinner des Kriegs in der Ukraine. „Der Ukrainekrieg ist – geopolitisch betrachtet – für die USA ein Segen. Die USA müssen – in den Worten von Adam Tooze – als ‚die puren Gewinner' des Kriegs in der Ukraine begriffen werden […], weil im Ergebnis dieses Krieges die NATO so gestärkt ist wie lange nicht mehr und sich die Forderungen nach der transatlantischen Arbeitsteilung gegen China nunmehr quasi durch die Hintertür der russischen Invasion in sein Nachbarland verwirklichen." (Solty 2023, 9) Darüber hinaus ist schon jetzt für die USA vorteilhaft, dass Russland durch den Krieg politisch und ökonomisch, u.a. durch die Sanktionen, als Weltmacht an Einfluss und Stärke verloren hat, wenngleich nicht so stark wie erhofft, und militärisch deutliche Schwächen zeigt. Weitere Gründe sind energiepolitisch die verstärkte Abhängigkeit, im Besonderen Deutschlands, durch die Lieferung von Flüssigerdgas (LNG) aus den USA zum wesentlich höheren Preis als vormals der Gaspreis aus Russland und die militär-technologische Abhängigkeit Deutschlands und Europas, denn die fünft-größten Rüstungskonzerne befinden sich in den USA. Diese Rüstungsgiganten machen im Zuge der internationalen Aufrüstung enorme Profite; ein Großteil des Sondervermögens von 100 Mrd. Euro für die Bundeswehr wird für Waffen aus den USA ausgegeben, u.a. für F-16 und F-35-Kampfflugzeuge. Nicht zu vergessen ist ferner die wirtschaftspolitische Abhängigkeit von den USA, die sich aus den Forderungen der USA an Europa ergeben, sich an den Wirtschaftssanktionen gegen China, insbesondere bei High-Tech-Produkten, zu beteiligen. (Ebd., 9f.)

ÖKONOMISCHE KRISENKONKURRENZ UND BLOCKKONFRONTATION

Die wirtschaftlichen Krisen in den Ländern der Europäischen Union haben sich, im Unterschied zu den USA, infolge des Ukrainekrieges verstärkt. Milliardenschwere Unterstützungspakete werden aufgelegt, um Unternehmen und Privathaushalte be-

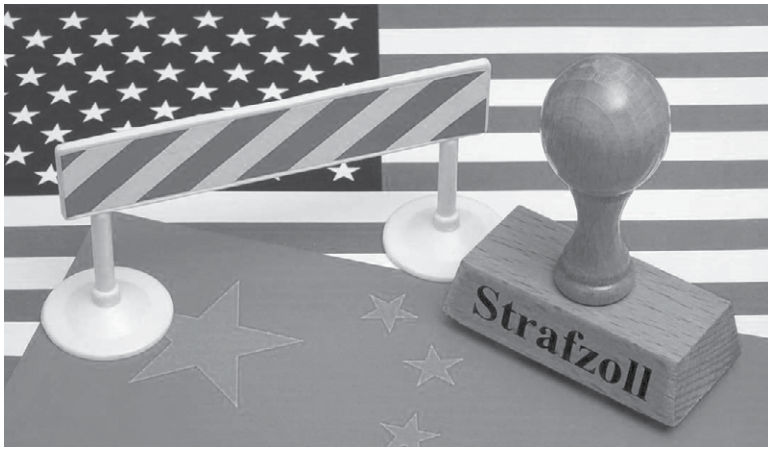
züglich der Energiekosten zu entlasten. Horrende Verschuldungen werden dafür in Kauf genommen. In Deutschland ist es ein 200 Milliardenprojekt, das wiederum in anderen Ländern zu heftiger Kritik geführt hat, da dadurch eine Bevorzugung der deutschen Unternehmen gegenüber ihren europäischen Konkurrenten befürchtet werde. Denn trotz der antirussischen Allianz und der Beschwörung gemeinsamer Werte stehen die europäischen Länder in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Dabei geht es darum, wer mit den Konsequenzen des gemeinsamen Wirtschaftskriegs gegen Russland am besten zurechtkommt, wer den eigenen Kapitalstandort auch durch Kredite und Subventionen am erfolgreichsten unterstützt.

Die Annahme der westlichen Länder, dass ein vereintes Handeln der internationalen Gemeinschaft erfolgt, hat sich als falsch herausgestellt. Viele Länder in Afrika, Asien und Südamerika weigern sich, Russland wegen des Krieges zu verurteilen und sich an den Sanktionen zu beteiligen. Bei Abstimmungen in der UNO diesbezüglich enthalten sie sich der Stimme. Deshalb auch die ständigen Forderungen der Regierungen der G7-Staaten gegenüber Ländern des Globalen Südens auf Einbindung in die antirussische Allianz.

Freerk Huisken zufolge ist die „*Konkurrenz* auf dem Weltmarkt" das „ökonomische Herzstück" der vielbeschworenen Friedensordnung, für deren Sicherung die westlichen Länder, im Besonderen die USA, bereit sind, Kriege zu führen. (Huisken 2023, 95) Die Nutzbringung des Weltmarkts durch die Staatenkonkurrenz *unterstellt* die politische, militärische und ökonomische Hegemonie der USA. Die anderen Staaten lassen sich auf diese *Konkurrenzordnung* ein, um selbst sich an den Reichtümern des globalen Kapitalismus zu bedienen. Die Weltfriedensordnung wird von der Weltmacht USA als ihr Werk betrachtet. (Ebd., 122) Wenn allerdings China als ernstzunehmender Konkurrent bezüglich der Nutzung des Weltmarkts den USA den Rang streitig macht, wird China mit Militärstützpunkten eingekreist, militärische Bündnisse im Indopazifik gegen China werden gegründet, die Taiwan-Frage provokativ verschärft und die Geschäfte mit China in besonders sensiblen Bereichen eingeschränkt.

Wenn Staaten beständig aufrüsten und große Teile des nationalen Reichtums in Kriegsgerät investieren, wie es aktuell weltweit geschieht, dann rechnen sie mit Kriegen, die ja auch dann in unschöner Regelmäßigkeit zwischen Staaten ausbrechen. Der Frieden in dieser Welt kommt offensichtlich nicht ohne Krieg aus. Krieg und Frieden, so Huiskens abweichende Meinung gegenüber der herrschenden, schließen sich also nicht aus.

> *„Dass ‚der Westen' die freiheitliche Friedensordnung im Ukrainekrieg verteidigt, ist also keine Lüge, sondern kapitalistische Wahrheit. Die Lüge liegt allein in der moralischen Schönfärberei dieser Friedensordnung zu einem Hort der schönsten Werte. Es geht dem Westen in diesem Krieg um die Wiederherstellung von ‚zivilen Beziehungen' im kapitalistischen Verkehr zwischen Staaten, für den die USA ein Russland mit eigenen imperialistischen Ansprüchen auch dann nicht dulden will, wenn die vergleichsweise begrenzt sind."* (Ebd., 146)



Dass auch die Europäische Union in diese Krisenkonkurrenz und Blockkonfrontation eingebunden ist, zeigt aktuell die Ankündigung der EU-Kommission, Strafzölle gegen chinesische Elektroautohersteller zu verhängen.

> *„Die EU hat nach der Öffnung des Verfahrens neun Monate Zeit, um vorläufige, und 13 Monate, um endgültige Zölle zu verhängen. […] Die Elektroautohersteller aus China haben ihren Marktanteil in der EU in jüngster Zeit stark auf inzwischen acht Prozent ausgebaut. Nach Schätzungen der Kommission könnten es in anderthalb bis zwei Jahren 15 Prozent sein. Die Preise der chinesischen Anbieter liegen im EU-Durchschnitt um 20 Prozent unter denen aus Europa. Frankreich dringt seit Langem auf eine Reaktion der Europäischen Union."* (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 14.09.2023)

Der Vorwurf gegenüber China lautet, dass deren Autohersteller durch nationale, regionale und lokale Subventionen so bevorteilt werden, dass europäische Hersteller auf dem europäischen Markt preislich nicht mithalten können. „China hat große Überkapazitäten, die stetig weiter steigen. Die Produktionskapazität dürfte von 5,7 Millionen Einheiten 2021 bald auf bis zu 15 Millionen Einheiten steigen. Der nationale Markt kann das nicht aufnehmen. Zugleich schotten sich Länder wie die USA, Indien oder die Türkei durch hohe Zölle gegen Elektrofahrzeuge aus China ab. Die EU erhebt einen Standardzoll von 10 Prozent." (Ebd.) China will solche Strafzölle nicht unwidersprochen hinnehmen und hat entsprechend die EU-Ankündigung scharf kritisiert. Chinesische Gegenmaßnahmen könnten dann die deutsche Autoindustrie im besonderen Maße treffen, da diese ca. 30 Prozent ihres Umsatzes in China erwirtschaftet. Frankreich hingegen ist auf dem chinesischen Automarkt nicht präsent und fordert vehement die Strafzölle gegen China, um die eigene Autoproduktion zu schützen.

> *„Und ungeachtet möglicher Gegenmaßnahmen würde von der Leyen nach jetzigem Stand vor allem Elon Musk bestrafen. Im ersten Halbjahr 2023 stammten 40 Prozent der E-Auto-‚Schwemme' aus China vom US-Konzern Tesla, der im vergangenen Jahr die Hälfte seiner weltweit 1,4 Millionen Fahrzeuge in einer riesigen Fabrik in Shanghai fertigen ließ."* (*junge Welt* v. 16.09.2023)

Die *FAZ* bezeichnet die Absicht der EU-Kommission zu Recht als „fahrlässige[n] Protektionismus"; außerdem sitze man „im Glashaus". „Schließlich hat auch sie das Staatssäckel geöffnet und fördert die Branche, wo es geht – von der Batteriefertigung bis zu Kaufprämien für Elektroautos." (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.09.2023) Entscheidend ist allerdings, dass die staatlich gelenkten Betriebe in der Volksrepublik den künftigen Bedarf an klimafreundlicher Mobilität schlichtweg früher erkannt und zur Strategie verarbeitet haben, sodass hierin die Wettbewerbsvorteile der chinesischen Elektroautos zu sehen sind. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* v. 17.09. 2023)

Während sich der chinesische Automobilsektor für China positiv entwickelt, hat das Land als ‚Wachstumslokomotive' stark eingebüßt. Verantwortlich sind dafür konjunkturelle Einbußen durch die Corona-Pandemie und die sich weiter zuspitzende gravierende Immobilienkrise. Chinas Immobilienbranche ist hoch verschuldet und Konzerne wie Evergrande und Country Garden haben Hunderte von Milliarden Euro Schulden und konnten Zinszahlungen z.T. nicht mehr bedienen. Auswirkungen auf den Finanzsektor bleiben so nicht aus. Zeitweise machte die Baubranche ein Drittel der Wirtschaftsleistung Chinas aus. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 18.08.2023) Ein weiteres wichtiges Problem ist die sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit von über 20 Prozent.

Staatliche Subventionen werden in der Krisenkonkurrenz nicht nur gegenüber dem Systemkonkurrenten China, sondern auch zwischen den kapitalistischen Ländern insgesamt zu einem wesentlichen industriepolitischen Faktor. Ein interessantes Beispiel dafür zeigt sich in den USA. Mit der Förderung der Produktion von Elektroautos will die Biden-Regierung drei strategische Ziele erreichen: Amerikas Reindustrialisierung, eine Front gegen Chinas technologischen Hegemoniebestrebungen sowie den klimafreundlichen Umbau der Industrie. Dafür werden 430 Milliarden Dollar über zehn Jahre ausgegeben.

> *„7500 Dollar Steuergutschrift verspricht die Regierung jedem Elektroautokäufer, der folgende Klauseln erfüllt: Die Fahrzeuge müssen in Amerika zusammengesetzt werden. Von 2026 an müssen 80 Prozent der seltenen Mineralien für die Antriebsbatterien in Amerika oder in Ländern geschürft werden, mit denen die USA ein Freihandelsabkommen haben. Die EU gehört bislang nicht dazu. Lieferungen von ‚verdächtigen ausländischen Einheiten' sind generell untersagt – das zielt auf China, ist aber genügend vage, um auch andere auszuschließen. Nach einer Übergangszeit müssen die Batterien dann komplett aus Amerika kommen."* (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 05.11.2022)

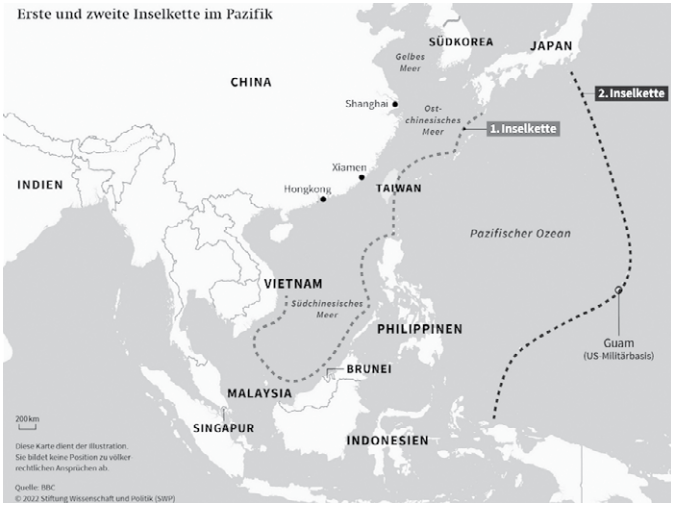
Dieses Förderungskonzept lockt mit gigantischen Subventionen, die die Produktionskosten um 30 bis 40 Prozent senken werden. (Ebd.) Vergleichbar verspricht das US-Gesetzespaket *Inflation Reduction Act* zehn Jahre lang Steuererleichterungen in Milliardenhöhe für den Ausbau von erneuerbaren Energien und die Produktion von daraus erzeugtem grünem Wasserstoff. Bezüglich des Klimaschutzes ist es sicherlich wichtig, jedoch macht diese Subventionspolitik europäische Regierungen nervös, da von einem „Staubsauger" die Rede ist, der Privatinvestitionen und Produktionsstätten nach Amerika holen könnte. Die deutsche Regierung sieht darin eine Wettbewerbsverzerrung. Dieser „Subventionsorgie" will man verstärkt mit einer eigenen Standortpolitik (schnellere Genehmigungen und vor allem mehr Geld) und einer verbesserten europäischen Wettbewerbsfähigkeit begegnen. Die Umsetzung ist schon im vollen Gange, denn für die kommenden Jahre sind von der Bundesregierung für die Förderung der Chipherstellung 17 Milliarden Euro vorgesehen. „Einer der größten Profiteure dürfte dabei allerdings ein amerikanisches Unternehmen sein: Intel will in Magdeburg eine große Chipfabrik bauen und kann dafür mit üppiger staatlicher Förderung rechnen. Von einer Gesamtsumme von bis zu 6,8 Milliarden Euro war zuletzt die Rede." (Ebd.) Mittlerweile hat es das Unternehmen Intel verstanden, die Subventionssumme der Bundesregierung auf 10 Milliarden zu erhöhen, was die *Süddeutsche Zeitung* zu der Überschrift verleitet „Diese Subventionen sind richtig – und dennoch grotesk." Die Bundesregierung subventioniert so jeden neuen Arbeitsplatz in Magdeburg mit einer Million Euro. (*www.sueddeutsche.de/wirtschaft/intel-chipfabrik-magdeburg-subventionen-1.5947238?reuced=true* v. 19.06.2023) Das Beispiel zeigt, die ökonomische Krisenkonkurrenz ist nicht nur gegenüber China im vollen Gange.

KONKURRENZKAMPF NEUER MILITÄRISCHER MACHTBLÖCKE [1]

Die Blockkonfrontation zwischen den USA und China spielt sich militärisch vor allem im Indopazifik ab. Mit China auf der einen und den USA mit den NATO-Partnern auf der anderen Seite scheinen sich zwei neue Machtblöcke herauszubilden, die in einem Konkurrenzkampf um militärische und wirtschaftliche Einflusszonen, um Rohstoffe und um politische Macht stehen. Der amerikanische Präsident Biden hat gegenüber China als aufstrebende Weltmacht klar Stellung bezogen. Er sprach aus, „was der neue Rivale nicht werden darf: ‚Das führende Land der Welt, das wohlhabendste Land der Welt und das mächtigste Land der Welt. Das wird nicht passieren, nicht mit mir, denn die Vereinigten Staaten werden weiterhin wachsen und expandieren.'" (Joe Biden, zitiert nach Greiner 2021, 217)

Die USA haben begonnen, ozeanische Bündnisse zu festigen, die die NATO im Atlantik sowie Japan, Südkorea und Taiwan im Pazifik umfassen, die sich gegen den Aufstieg Chinas als neuer Weltmacht, als neuer Hegemon, richten. Hinzu kommt der am 12. September 2021 neu gebildete Militärpakt AUKUS (Australia, United Kingdom, United States), der zum Ziel hat, Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer entgegenzuwirken. Es hat große militärische Bedeutung, wer dort die Kontrolle hat, da es u.a. um wichtige Inselgruppen geht, die von China, von Taiwan, von Vietnam, von den Philippinen aber z.T. auch von Malaysia und Brunei beansprucht werden. (Vgl. Kronauer 2022, 141ff.) Auch Japan und Südkorea wollen nach jahrzehntelangem Streit um japanische Kriegsverbrechen während der Besetzung Koreas von 1910 bis 1945 ihre politischen und militärischen Beziehungen verbessern und in eine „asia-

1 Hier beziehe ich mich in wenigen Teilen auf meinen Artikel im DISS-Journal 45



tisch-pazifische Blockbildung gegen China", angeführt von den USA, eintreten. „Die USA haben rund 50.000 Soldaten in Japan sowie rund 28.500 Soldaten in Südkorea stationiert. Sie wollen beide Länder in ihren eskalierenden Machtkampf gegen China einspannen. Mangelnde Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Verbündeten passt nicht in ihr Konzept." (Jörg Kronauer: Blockbildung gegen China, in: *junge Welt* v. 15.03.2023)

Auch die Bundeswehr ist immer häufiger im pazifischen Raum an Militärübungen beteiligt. So hat die Luftwaffe im vergangenen Jahr mit Soldaten aus Japan und Südkorea das Manöver „Pitch Black" durchgeführt. In diesem Jahr beteiligt sich das Heer an dem Manöver „Talisman Sabre", das mit Soldaten aus den USA, Australien, Japan und Südkorea in Australien stattfindet. (Ebd.) China ist auf seiner Seeseite eingeschnürt von einer Reihe von US-Militärstützpunkten und Stützpunkten von Verbündeten der USA. Hinzu kommt, dass die USA Ende Oktober 2022 angekündigt haben, sechs Bomber des Typs „B-52" mit nuklearer Bewaffnung auf dem Stützpunkt Tindal der australischen Luftwaffe in Nordaustralien zu stationieren. China hat dies scharf kritisiert, da dadurch die Spannungen verschärft würden und Frieden und Stabilität ernsthaft in Gefahr gerieten. (Vgl. *junge Welt* v. 24.11.2022) Die USA entsenden immer mehr Militär in den pazifischen Raum. So gewähren die Philippinen den USA den Zugang zu vier neuen Militärbasen. Strategisch ist dies für die USA äußerst günstig, liegen die Philippinen genau an der Schnittstelle der Einflusssphären zwischen den USA und China. Die nördlichste Insel der Philippinen „liegt rund 180 Kilometer südlich von Taiwan. […] Bereits heute sind dort Zehntausende US-Soldaten stationiert. Sicherheitspartnerschaften gibt es zudem mit Australien und Neuseeland." (*Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 04.02.2023)

Diese massive Aufrüstung, die ebenfalls von China betrieben wird, steigert die Kriegsgefahr in diesem pazifischen Raum. Der Konfrontationskurs der USA zeigt sich auch in den umfangreichen Waffenlieferungen an Taiwan, die unter Präsident Obama 14 Milliarden Dollar betrugen, unter dem nachfolgenden Präsidenten Trump sogar 18 Milliarden Dollar und seit 2020 nochmals 14 Milliarden Dollar. Die Konfrontation besteht darin, dass trotz der Ein-China-Politik, die beinhaltet, dass die Vertreter der Regierung der Volksrepublik China die einzigen rechtmäßigen Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen sind (Beschluss der UN-Vollversammlung vom 25.10.1971), die USA Taiwan gegenüber China aufrüstet.

Die Blockkonfrontation der USA und der G7-Staaten zwischen ihnen und China wird der eigentliche Konflikt der nächsten Jahre bzw. Jahrzehnte werden, der durchaus auch in eine kriegerische Auseinandersetzung münden kann, denn die USA fürchten um ihre hegemoniale politische, ökonomische und militärische Vormachtstellung. Die politischen und militärischen Spannungen im Indopazifik nehmen jedenfalls stark zu.

LITERATUR

- Greiner, Bernd 2021: Was die USA seit 1945 in der Weltgeschichte angerichtet haben, München.
- Huisken, Freerk 2023: Frieden. Eine Kritik, Hamburg.
- Jaitner, Felix 2022: Frieden unerwünscht, in: PROKLA 208, 475-485.
- Jaitner, Felix 2023: Russlands Kapitalismus. Die Zukunft des „System Putin", Hamburg.
- Kronauer, Jörg 2022: Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg, Köln.
- Kronauer, Jörg 2023: „Die Dinge können schlimmer werden", in: Konkret, Heft 9, 28-31.
- Solty, Ingar 2022: Auf dem Weg in eine neue Blockkonfrontation? In: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): LuXemburg, Heft 3, 64-69.
- Solty, Ingar 2023: Die neue Blockkonfrontation, in: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): isw-report München, Nr. 133/134.

Wolfgang Kastrup ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie

Was ist falsch in der Rede von Lars Klingbeil?

ZUR „GRUNDLEGENDE(N) NEUPOSITIONIERUNG SOZIALDEMOKRATISCHER AUßEN- UND SICHERHEITSPOLITIK“

Von Wilfried Schollenberger

ANLASS

Der russische Einmarsch in die Ukraine hat die Friedensbewegung, im engeren wie im weiteren Sinn, tief gespalten. Dabei zeichnet sich eine grundsätzliche Wende in der deutschen und (west-)europäischen Außenpolitik ab. „Frieden schaffen ohne Waffen“ war ja keine rein pazifistische Parole. Sie war Ausdruck der Erkenntnis, dass ein friedliches Zusammenleben von Staaten mit teilweise gegensätzlichen Interessen und Werten nur auf der Grundlage von Kooperation und Ausgleich möglich ist und rein militärisch keinesfalls (langfristig) erreicht werden kann. Im Prinzip wurde diese Einsicht selbst von Politikern wie Helmut Schmidt[1] geteilt, die auch ein militärisches Gleichgewicht für notwendig hielten. Deshalb ist die aktuelle Debatte um außenpolitische Grundsätze von einem Kampf um die Neu-Interpretation der Geschichte nach dem zweiten Weltkrieg geprägt.

Ein Beispiel ist die Rede des SPD-Co-Vorsitzenden Lars Klingbeil zur „grundlegende(n) Neupositionierung sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik“, die er am 19.10.2022 auf der SPD-Veranstaltung „Zeitenwende: Sicherheit und Frieden in Europa“ gehalten hat[2]. Im Dezember diesen Jahres soll auf dem Parteitag dazu ein Grundsatzbeschluss gefasst werden.

Grundsätzlich ist Lars Klingbeil schwer zu widersprechen, wenn er sagt: *„Es kann und wird mit Russland keine Rückkehr zum Status Quo vor dem Krieg gegen die Ukraine geben. Die Welt vor dem 24. Februar gibt es nicht mehr. Wir tragen jetzt die Verantwortung, das Neue zu gestalten.“* Allerdings betrifft das vor allem die wirtschaftlichen Verflechtungen: Dass westliche Unternehmen ihre gerade geschlossenen und aufgegebenen Niederlassungen und Investitionen in Russland schnell wieder öffnen bzw. aufnehmen, ist schwer vorstellbar. Aber eine europäische Sicherheitsarchitektur lässt sich nach meiner Überzeugung nur im Konsens mit allen relevanten Akteuren, also auch Russland, aufbauen.

Lässt sich Klingbeils „Neupositionierung“ immanent kritisieren? Und wenn ja, wie?

GESCHICHTS-REVISIONISMUS

In seiner Rede pflegt Lars Klingbeil einen verklärten und selektiven Bezug auf die Entspannungspolitik Willy Brandts, Egon Bahrs und Helmut Schmidts.

1 Vgl. sein 1969 erschienenes Buch: Strategie des Gleichgewichts. Die Nato-“Nach-Rüstung“ stand nicht im Widerspruch zu den Grundsätzen der Kooperation und der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten. Umstritten war das damals eskalierte Wettrüsten (Marschflugkörper, Debatte um Neutronenbombe, SDI = Laser-gestützte Raketenabwehr im Weltraum) und die Frage, ob mit diesen Waffen die strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit aufgegeben wurde.

2 https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/zeitenwende-sicherheit-und-frieden-in-europa/19/10/2022/.

MILITARY EXPENDITURE BY COUNTRY, IN CONSTANT (2021) MIO. US$

Country	1969	1970	1971	1972	1973	2017	2018	2019	2020
USA	599.880	555.938	500.192	499.473	474.662	682.878	703.431	743.403	778.397
Western Europe									
France	34.062	34.252	34.721	35.629	36.929	51.713	50.437	51.270	52.747
Germany	43.561	44.057	47.200	50.491	52.428	44.480	45.710	50.149	53.211
Italy	13.984	14.760	16.588	18.411	18.381	27.303	27.576	26.822	28.921
United Kingdom	44.584	45.923	45.820	48.738	48.900	54.254	54.979	57.713	60.675

Quelle: https://milex.sipri.org/sipri

BRANDTS AUßENPOLITIK

Lars Klingbeil meint: *„Seine [Brandts] Außenpolitik war ein erfolgreicher Dreiklang aus erstens Diplomatie, zweitens klarer Haltung mit Blick auf Menschenrechte und internationales Recht – darunter das klare Bekenntnis zur Unverrückbarkeit von Grenzen – und drittens der eigenen militärischen Stärke."*

Zuallererst: Brandt und Schmidt folgten sehr konsequent dem Grundsatz der *„Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten"*, der letztendlich die Gründung der OSZE erst ermöglichte. Diesem Grundsatz folgend verzichteten sie später unter anderem auf eine offizielle Unterstützung von Solidarność. Auch Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR oder der Schießbefehl und die Selbst-Schuss-Anlagen an der innerdeutschen Grenze wurden nicht zum Anlass für den Abbruch von Gesprächen genommen.

Gegenüber der UdSSR, Polen und der DDR war ihre Außenpolitik, sehr zum Unmut der CDU/CSU, durch *Rechtsverzicht* geprägt: In ihrer Amtszeit hat die BRD im Moskauer Vertrag vom 12. August 1970 (in Kraft getreten am 12. Juni 1972) erklärt, dass sie keine Gebietsansprüche gegen irgendjemand hat und solche in Zukunft auch nicht erheben wird, und dass sie die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich betrachtet, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrages verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze zur Volksrepublik Polen und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Dieser faktischen Anerkennung wurde juristisch 1975 durch das Bundesverfassungsgericht widersprochen, welches erklärte, Veränderungen im territorialen Status von Deutschland könnten völkerrechtlich verbindlich allein von den vier Siegermächten vorgenommen werden.[3]

In Bezug auf die militärische Stärke betonte Helmut Schmidt in seinem Buch „Die Strategie des Gleichgewichts", dass der defensive Charakter „unserer Sicherheitspolitik" immer klar erkennbar bleiben müsse[4]. Deshalb war der NATO-Doppelbeschluss in der SPD besonders stark umstritten und wurde nach dem Verlust der Regierung auch abgelehnt.[5]

Im Übrigen zeigen die SIPRI-Daten, dass die Rüstungsausgaben preisbereinigt zur Regierungszeit Willy Brandts nicht höher waren als in der letzten Legislaturperiode Angela Merkels. Lediglich der Anteil am BIP war größer (siehe Tabelle oben).

ZERRÜTTUNG DES VERHÄLTNISSES MIT RUSSLAND

Wenn man die NATO-Länder insgesamt nimmt, war Putins Rede im Bundestag am 25. September 2001 wohl der Höhepunkt der guten Beziehungen. Bald danach verschlechterten sich diese Beziehungen, was Putin in seiner Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz am 10. Februar 2007[6] deutlich zum Ausdruck brachte. Für die EU, insbesondere einzelne Länder wie Frankreich und Deutschland, gilt das nicht in gleichem Maße, was Lars Klingbeil rückblickend als „Fehler" umdeutet.

Blauäugiges Verhältnis zu Russland?

Lars Klingbeil kritisiert: *„In Deutschland gab es in den vergangenen Jahren einen von weiten Teilen der Gesellschaft getragenen Konsens, dass enge Beziehungen zu Russland gut für uns sind. Gut für Russland sind. Gut für ein friedliches Europa sind. [...] Dabei haben wir allerdings verkannt, dass die Rahmenbedingungen dieser Beziehung längst verändert wurden."*

Spätestens seit der Krim-Annexion und den verhängten Sanktionen kann keine Rede davon sein, dass auch nur eine Regierung eines NATO-Landes diese Veränderungen ignoriert hätte.

3 Siehe auch Hirsch (2010)

4 Schmidt (1969): S. 231

5 Siehe auch Der Spiegel 38/1983

6 Putins Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz ist in der ARD-Mediathek dokumentiert. Im Juni 2007 ordnet Horst Teltschik in einem Interview mit der NZZ diese Rede und die Bestrebungen der USA zur Aufnahme der Ukraine in die NATO kritisch ein.

Es waren bewusste Entscheidungen, zum Beispiel zum Bau von Nord Stream 2 trotz der Annexion der Krim. Sie folgten der Logik, lokale Konflikte zu begrenzen, um die grundsätzliche Verständigung weiterführen zu können. Das hat man auch bei den Abrüstungs- und Rüstungskontroll-Verträgen in den 70er und 80er Jahren so gehalten, als z.B. der sowjetische Krieg in Afghanistan keine Rolle spielte.[7]

Es waren vor allem die USA, die in den letzten Jahren Verträge zur Rüstungsbegrenzung auslaufen ließen und wegen aus ihrer Sicht fehlender Kooperation Russlands kündigten. Angesichts ihres Vertrauens auf ihre Übermacht hatten die USA schon seit längerem an solchen Verträgen grundsätzlich kein Interesse mehr.

Wenn aber nur noch ein Teil des NATO-Bündnisses versucht, gute Beziehungen zu pflegen, kann das als Friedenspolitik nicht funktionieren.

Abhängigkeiten

Lars Klingbeil kritisiert den *„einseitige[n] Aufbau der Importinfrastruktur mit Russland"*, die aus seiner Sicht „politische" Blockade von LNG-Terminals und den schleppenden Ausbau erneuerbarer Energien. *„Diese Politik war einseitig. Sie war nicht nachhaltig."*
Rhetorisch wirft er hier viele Aspekte zusammen, die seinerzeit auch unter dem Aspekt der Brücken-Technologie auf dem Weg in eine CO2-neutrale Wirtschaft debattiert wurden.

Aber waren es nicht die NATO-Länder und die EU, zu deren Sanktionspaket der möglichst rasche Abbau von Importen aus Russland gehörte? Erinnert sei an dieser Stelle an die Debatten um den sofortigen Stopp der deutschen Gas-Importe aus Russland.

Was aktuell hier als „Abhängigkeiten" beklagt wird, war gleichzeitig auch ein Teil des Droh- und Sanktions-Potenzials. Und wer kann es dem Sanktionierten verdenken, wenn er die Sanktionen beschleunigt?

Lars Klingbeil schließt: *„Wir haben die sicherheitspolitische Dimension unserer Energieversorgung verkannt. Eine solch einseitige Abhängigkeit darf nie wieder passieren."*

Eine „sicherheitspolitische Dimension unserer Energieversorgung" gab es in den 70er Jahren, als die arabischen Förderländer versuchten, mit einem Boykott die westliche Unterstützung Israels zu beenden. Aber hat Russland (oder auch China) jemals in den letzten 30 Jahren mit irgendeinem vergleichbaren Boykott gedroht?

Letztendlich dient dieser Abhängigkeits-Diskurs nur dazu, die Konzentration auf den eigenen (Groß-)Wirtschaftsraum, EU, Nordamerika und andere, zu begründen. Oder würde es sich irgendein deutsches Regierungsmitglied trauen, eine Reduktion der Chip-Importe aus Taiwan auf ein wirklich „resilientes Niveau" zu fordern, weil ein chinesischer Überfall auf Taiwan in Europa zu einem akuten Chip-Mangel führen würde?[8]

INTERPRETATION DER REALITÄT

Lars Klingbeil interpretiert nicht nur die Vergangenheit teilweise neu. Auch sein Blick auf die aktuelle Weltlage, und um die sollte es doch bei einer „grundlegenden Neupositionierung" gehen, ist, freundlich ausgedrückt, ausgesprochen selektiv.

BLOCK-KONFRONTATION MIT LOKALEM KONFLIKT VERSCHLEIERN

Mit einem vollkommen falschen Bezug auf Egon Bahr meint Lars Klingbeil: *„Die Realität heute ist die Zeitenwende. Definiert durch den 24. Februar und den brutalen Angriff Russlands auf die Ukraine."*

Für die aktuelle Unterstützung der Ukraine in ihrem Verteidigungskrieg mag diese Einstellung gelten. Aber zur Realität gehört auch, dass immer noch (mindestens) die USA und Russland so hochgerüstet sind, dass sie bei einem Einsatz ihrer Atomwaffen das Leben in sehr großen Teilen der Erde weitgehend auslöschen würden. Gerade angesichts der (global gesehen) konventionellen Übermacht der NATO unter der Führung der USA muss es das oberste Ziel „unserer" (europäischen) Außenpolitik bleiben, dieses Schreckens-Szenario zu *vermeiden*. Das „*Verhindern*" liegt nicht in unserer (NATO-)Macht.

TERRITORIALE INTEGRITÄT UND POLITISCHE SOUVERÄNITÄT

Lars Klingbeil meint: *„Die territoriale Integrität hat für Putin keinen Wert. […] Die politische Souveränität eines Staates hat für Putin keinen Wert. […] Es gilt die Stärke des Rechts und nicht das Recht des Stärkeren."* Natürlich kann man den russischen Überfall auf die Ukraine nur in aller Schärfe verurteilen. Aber verhalten sich EU- und NATO-Mitglieder grundsätzlich anders?

Sicher, niemand in der EU will Grenzen mit Gewalt verschieben. Aber schon unser NATO-Partner, die Türkei, nimmt es mit der „territorialen Integrität" und der „politischen Souveränität" seiner Nachbarstaaten Irak und Syrien nicht so genau. Und wenn er aktuell in Syrien die Kurden (nicht nur die YPG) verfolgt und vertreibt, dient das auch nicht der Durchsetzung von Menschenrechten.

Wie steht es aus Sicht des UK (United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland) um seine „territoriale Integrität" und „politische Souveränität", wenn die EU mit allen gewaltfreien Mitteln darum kämpft, dass die EU-Außengrenze zwischen Irland und Nord-Irland offen bleibt, und die EU-Zollgrenze in

7 Besonders interessant ist hier der 1979 unterzeichnete SALT-II-Vertrag: Der Vertrag wurde von den USA mit Hinweis auf die Stationierung sowjetischer Truppen auf Kuba nicht ratifiziert. Trotzdem erklärten sich Jimmy Carter und auch sein Nachfolger, Ronald Reagan, dazu bereit, die Vertragsrichtlinien bezüglich der Rüstungsbeschränkungen einzuhalten und taten dies auch bis zum planmäßigen Auslaufen des Vertrags. Vgl. Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen" / IPPNW Deutschland.

8 Siehe auch Lill (2023)

das britische Territorium zwischen Nord-Irland und dem Rest des UK verlegt wird?

Kann das UK auf Lars Klingbeils Unterstützung vertrauen, wenn sich die Schotten per Referendum zum selbständigen Staat erklären? Deutschland war Vorreiter bei der Anerkennung der Jugoslawischen Teil-Republiken als Staaten, insbesondere Sloweniens und Kroatiens.[9]

Wir haben in der EU viele Erfahrungen im Umgang mit nationalistisch-ethnischen Konflikten, die mit den Separatisten in der Ukraine durchaus vergleichbar sind. Die ETA in Spanien und die IRA in Nord-Irland waren terroristische Organisationen. Die Befriedung war jedes Mal auch mit Zugeständnissen der jeweiligen Regierung und dem Verzicht auf Rechts-Positionen verbunden. Nicht immer ist die Lösung innerhalb der EU konfliktfrei.

UKRAINE

Der Ukraine-Konflikt war nach der Maidan-Revolution zunächst vor allem ein inner-ukrainischer: Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlicht auf ihrer Internet-Seite[10] eine Umfrage von 2019, wonach sich 23,2 Prozent der Befragten gegen den gerade in die Verfassung als Ziel aufgenommenen NATO-Beitritt aussprachen, 48,9 Prozent dafür. In den Regionen Osten, Donbass und Süden stellen die Gegner mit jeweils rund 40 Prozent die relative Mehrheit. Bei der Frage EU-Beitritt befürworten 19,3 Prozent den Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion mit relativen Mehrheiten im Donbass und im Süden. Hier gibt es gesamt-gesellschaftlich mit 57 Prozent eine absolute Mehrheit für den EU-Beitritt. Die Umfrage wurde nur in ukrainisch kontrollierten Gebieten, nicht auf der Krim und nicht in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbass durchgeführt.

Die aufständischen Separatisten in Donezk und Luhansk konnten sich also durchaus auf eine regionale politische Spaltung in Grundsatz-Fragen berufen. Und in den Verhandlungen im „Normandie-Format" wurde dies von Deutschland und Frankreich auch so akzeptiert. (Rückblickend halte ich es für einen Fehler, dass diese Verhandlungen mit Russland und nicht direkt mit Vertretern der Separatisten geführt wurden.) In der Ukraine setzte sich dann eine Mehrheit durch, die die dabei verhandelten Kompromisse, u.a. Wahlen in Donezk und Luhansk unter OSZE-Aufsicht, ablehnte.[11]

Für Lars Klingbeil spielt diese Geschichte keine Rolle, weil er wie alle anderen westlichen Unterstützer an der Fiktion einer einigen Ukraine festhält.

BLOCKBILDUNG

In einer typischen „Haltet-den-Dieb"-Attitüde wirft Lars Klingbeil Russland vor: *„Putin will eine neue Blockbildung, das dürfen wir nicht zulassen."*

Aber was propagiert Klingbeil stattdessen?

1. *„Heute geht es darum, Sicherheit vor Russland zu organisieren."*
2. *„Wir stellen Europa als geopolitischen Akteur auf."*
3. *„Wir bauen neue strategische Partnerschaften auf, um den Multilateralismus zu stärken. Dass Bundeskanzler Olaf Scholz Staaten wie Indien, Indonesien, Senegal oder Argentinien zum G7-Gipfel eingeladen hat, ist ein wichtiges Zeichen. Diplomatie, Entwicklungspolitik und Handelsabkommen werden für unsere strategischen Partnerschaften eine hohe Bedeutung haben."*
4. *„Die EU muss geopolitisch denken und handeln."*
5. *„Deutschland muss als starkes Land in Europa diese Beitrittsverhandlungen [mit Nord-Mazedonien und Albanien, später mit der Ukraine, Moldau und Georgien] vorantreiben."*
6. *„Wir müssen die EU aufnahmefähig machen. Eine EU der 30 plus Mitgliedstaaten muss handlungs- und entscheidungsfähig bleiben, etwa mit einer Reform hin zu Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheits- oder der Fiskalpolitik."*
7. *„Es ist unsere Aufgabe als Führungsmacht, gemeinsame Interessen auf internationaler Ebene immer wieder herauszuarbeiten."*
8. *„Wir sollten als Deutschland eine tragende Rolle spielen, wenn es darum geht, eine neue Friedensordnung in Europa zu schaffen und eine regelbasierte Ordnung in einer Welt im Umbruch aufrechtzuerhalten."*

Mal abgesehen von der Frage, ob es in naher Zukunft wirklich gelingen wird, die EU mit der Einführung von Mehrheitsentscheidungen zu reformieren, bleibt festzuhalten, dass es schon jetzt mit der Einigkeit in der EU an vielen Stellen hapert. Migration, Umgang mit Flüchtlingen, Rechtsstaatlichkeit und Pressefreiheit bzw. Pluralismus in den jeweiligen Massenmedien sind nur die prominentesten Beispiele, die mit den geplanten Erweiterungen sicher nicht einfacher werden.

Für Klingbeil scheint es die Frage, wie viel Ungleichheit die EU verträgt, nicht zu geben. Und das Gerede von der „Führungsmacht" verschleiert, dass die EU „strategisch" nur als Partner der USA erfolgreich agieren kann.[12] Welche „Friedensordnung" will er gegen Russland schaffen? Und welche Regeln gelten in seiner Vorstellung von der regelbasierten Ordnung in einer Welt im Umbruch?

9 Vgl. Sundhausen (2008): „[...] im September 1991 entschloss sich die deutsche Regierung [...] im Alleingang zur Anerkennung von Slowenien und Kroatien, [...] Tatsache ist, dass Kroatien zu diesem Zeitpunkt die europäischen Kriterien für eine völkerrechtliche Anerkennung nicht erfüllte."

10 Soziologische Gruppe Rating (2019)

11 Pleines (2022) berichtet (im Kapitel „Politische Lösung") von erfolgreichen (gewalttätigen) Protesten gegen die 2015 im Parlament beratene Verfassungsreform zur Umsetzung von Minsk 2.

12 Ganz nebenbei: 1. Wenn die EU von „Führung" profitiert hat, dann vor allem vom „deutsch-französischen Tandem". Nur in der engen Abstimmung mit unseren Nachbarn war Europapolitik nachhaltig erfolgreich. Auch diesen Aspekt könnte man in seiner Rede vermissen. 2. Die

Im Endeffekt propagiert Lars Klingbeil ein Ende der sozialdemokratischen Entspannungspolitik und die aktive Einordnung der BRD (und der SPD) in eine neue auf Konkurrenz und Expansion angelegte Blockpolitik unter der Führung der USA, wobei der EU-Erweiterung und strategischen Partnerschaften eine zentrale Rolle zukommt.

FAZIT

Die Debatte um eine außenpolitische Strategie, die auf den Prinzipien „Gemeinsame Sicherheit" und „Gemeinsame Entwicklung" beruht, ist eröffnet und wird mit dem SPD-Parteitag im Dezember sicher nicht beendet sein.

Erschwert wird diese Debatte durch den Umstand, dass die Erfahrungen und Diskussionen aus dem „Kalten Krieg" nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion praktisch irrelevant wurden. Für mehr als eine Generation waren beim Blick auf internationale Politik bisher ausschließlich der „Systemwettbewerb" und die Hoffnung auf die Durchsetzung der Werte „liberaler Demokratien" dominant. Afghanistan und Libyen werden vielleicht als Niederlagen wahrgenommen. Aber diese Niederlagen sind für die „westliche Welt" nicht existentiell. Das Erkennen von und der Umgang mit möglicherweise existenzbedrohenden internationalen Konflikten ist deshalb für viele Neuland.

In dieser Situation wird es m.E. entscheidend darauf ankommen, dass die verschiedenen Teile der Friedensbewegung (im weiteren Sinn) ihren Dissens über Gewalt und Waffen hinten anstellen und sich gemeinsam der Frage zuwenden, wie dauerhaft vermieden werden kann, dass sich Staaten und Militärblöcke mit dem entsprechenden Potential gegenseitig vernichten.

Helmut Schmidt formulierte seinerzeit die Frage so: „Wie können konkrete Sicherheitsinteressen in Übereinstimmung gebracht werden mit der Aufgabe den Frieden zu stabilisieren – mit der Aufgabe, eine Friedensordnung in Europa zu erreichen – mit der Aufgabe, eine Normalisierung der Lebensverhältnisse für die beiden deutschen Teile einzuleiten?"[13]

Wilfried Schollenberger, Diplom-Soziologe, lebt in Heidelberg und ist dort seit 23 Jahren in der SPD aktiv. Von Anfang an ist er Fördermitglied im DISS.

LITERATUR

- Der Spiegel (1983): „Die SPD ist nicht die dritte Weltmacht", Spiegel online 18.9.1983, https://www.spiegel.de/politik/die-spd-ist-nicht-die-dritte-weltmacht-a-5e8cce58-0002-0001-0000-000014020481
- Hirsch, Helga (2010): Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, Deutschlandfunk 14.11.2010, https://www.deutschlandfunk.de/anerkennung-der-oder-neisse-linie-100.html
- Klingbeil, Lars (2022): Zeitenwende: Sicherheit und Frieden in Europa, Rede auf einer SPD-Parteiveranstaltung am 19.10.2022 in Berlin, https://www.spd.de/aktuelles/detail/news/zeitenwende-sicherheit-und-frieden-in-europa/19/10/2022/.
- Lill, Felix (2023): Warum die Chipproduktion für Taiwan so wichtig ist, Redaktionsnetzwerk Deutschland, 15.2.2023, https://www.rnd.de/politik/taiwan-wieso-sind-mikrochips-die-lebensversicherung-K6CTMNCD4REKPIEFWU3IPIHYT4.html
- Pleines, Heiko (14.2.2022): Analyse: Die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen: Was ist möglich? Bundeszentrale für politische Bildung, Ukraine-Analysen Nr. 261, https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/nr-261/346854/analyse-die-umsetzung-der-minsker-vereinbarungen-was-ist-moeglich/#node-content-title-3
- Putin, Wladimir (2007): Rede auf der 43. Münchner Sicherheitskonferenz am 10.02.2007, Dokumentationen in der ARD-Mediathek: https://www.ardmediathek.de/video/dokumentationen/10-02-2007-putin-kritisiert-usa-politik/phoenix/Y3JpZDovL3Bob2VuaXguZGUvMjUyNDU1Mw Das vollständige Protokoll der Rede auf Deutsch: http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Sicherheitskonferenz/2007-putin-dt.html
- Schmidt, Helmut (1969): Strategie des Gleichgewichts. Deutsche Friedenspolitik und die Weltmächte, Stuttgart: Seewald Verlag 1969.
- SIPRI Military Expenditure Database: https://milex.sipri.org/sipri
- Soziologische Gruppe Rating (2019): Umfragen zum Beitritt in die EU und in die NATO, Bundeszentrale für politische Bildung, https://www.bpb.de/themen/europa/ukraine-analysen/292142/umfrage-umfragen-zum-beitritt-in-die-eu-und-in-die-nato/.
- Sundhaussen, Holm (2008): Der Zerfall Jugoslawiens und dessen Folgen, APuZ 24.7.2008, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/31042/der-zerfall-jugoslawiens-und-dessen-folgen/.
- Teltschik, Horst (2007): Unsichere Welt - Wie bedrohlich ist Putins Russland? NZZ Standpunkte am 2.6.2007, https://www.youtube.com/watch?v=xJSxfx-vKSc
- Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen" / IPPNW Deutschland: „Bilaterale Gespräche und Verhandlungen über strategische Atomwaffen", https://www.atomwaffena-z.info/geschichte/ruestungskontrolle/saltstart

Politik des Friedensnobelpreisträgers Willy Brandt erfolgte in enger Abstimmung mit den USA und entsprach den Interessen beider Großmächte, die eine Wiederholung der Kuba-Krise unbedingt verhindern wollten. „Führung" und „Verantwortung" praktizierten die Genossen vor allem nach innen, gegen CDU/CSU.

13 Schmidt (1969) S. 12

Materielle Ungleichheit und Veränderungen politischer Teilnahme

SEKUNDÄRE ANPASSUNGEN AN ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNGEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN

Von Peter Höhmann

„Die Herren machen das selbst, dass ihnen der gemeine Mann feind wird."
(Thomas Müntzer)

1. VORBEMERKUNG

Der Beitrag befasst sich mit den Folgen der ungleichen ökonomischen Veränderungen in den Städten und regionalen Kreisen Nordrhein-Westfalens (NRW). Er geht dazu besonders auf Verbindungen zwischen diesen Wandlungsvorgängen und politischen Reaktionen in der Wohnbevölkerung ein, die als Konsequenz dieser Änderungen besonders nachhaltig auftreten können. Allgemein haben neben vielen weiteren einschlägigen Arbeiten für die Entwicklungen in den Städten vor allem Hartmut Häusermann und Walter Siebel (1987) in ihrer Ausarbeitung einer neuen Urbanität auf die Veränderungen zwischen wirtschaftlicher Produktion und sozialen Integrationsmustern in Richtung zunehmender Spaltung zwischen verschiedenen Lebensstilen und den offenen wie verschlossenen Handlungsspielräumen innerhalb der Sozialstruktur aufmerksam gemacht.[1]

Der Beitrag greift diesen Zusammenhang auf. Er verweist zunächst auf die zunehmende Ungleichheit in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Bundeslandes und stellt in einem weiteren Teil hierauf beziehbare Folgen am Beispiel politischer Teilnahme dar.

2. FELDER WIRTSCHAFTLICHER UNGLEICHHEIT

Die wirtschaftlichen Verhältnisse in NRW sind unmittelbar durch einen markanten Umbau der industriellen Produktion mit einem entsprechenden Rückgang der Erwerbstätigkeit charakterisiert. Ihr Anteil lag 2020 in den kreisfreien Städten nur noch bei 19,6% und in den Kreisen bei 29,2%.[2]

Als Konsequenz dieser Entwicklung könnte man vermuten, dass sich durch den Wandel von der Produktion zum Dienstleistungsbereich auch die Struktur zwischen reichen und ärmeren Städten und Kreisen verändert hat. Diese Annahme lässt sich für NRW allerdings nicht bestätigen. So ist hier die Rangfolge in der Höhe des Bruttoinlandprodukts je Einwohner unter den einzelnen Gebietskörperschaften in den letzten 30 Jahren so gut wie gleich geblieben.[3] Da zwischen den einzelnen Städten und Kreisen nur geringe Veränderungen im Verhältnis ihrer jeweilen wirtschaftlichen Produktion untereinander aufgetreten sind, haben sich offenbar zunächst überkommene Formen ökonomischer Ungleichheit trotz des massiven Ausbaus des Dienstleistungssektors kollektiv erhalten. Neue Wachstums- und Veränderungsimpulse bauen weiterhin auf dieser Grundlage auf.

Die grundsätzliche Feststellung, nach der die wirtschaftlich reichen Gebietsteile reich geblieben sind und die armen arm, schließt jedoch weder darüber hinauswirkende ungleiche Entwicklungstendenzen noch anschließende Folgeprobleme zwi-

1 Grundsätzlicher werden Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher Produktion und den Formen sozialer Ein- und Ausschließung besonders bei Wolfgang Streeck 2021 ausgearbeitet.

2 Diese Veränderungen waren nicht durchgängig erwartet worden. Prognosen aus den siebziger Jahren gehen bis zum Jahr 2000 noch von einem bundesweiten Zuwachs der Beschäftigten im sekundären Sektor von 48,8% auf 52,2% aus, in die gleiche Richtung zielt der von der Prognos AG Basel ermittelte Beschäftigtenzuwachs bis zum Jahr 1985 auf 50,6% der Beschäftigten. (Vgl. dazu Claessens/Klönne/Tschoepe 1973, S. 193)

3 Die die Korrelation zwischen dem Bruttoinlandprodukt je Einwohner der Jahre 1992 und 2020 lag in den hier untersuchten 53 Gebieten bei r = 0,96.

schen oder innerhalb der einzelnen Regionen aus. Die weiter bestehenden ungleichen Rahmenbedingungen und Lagen sind auf verschiedenen Ebenen sichtbar. Sie zeigen sich unmittelbar zwischen den einzelnen Städten und Kreisen durch eine stärker auseinanderdriftende wirtschaftliche Entwicklung. Für das Merkmal Bruttoinlandprodukt je Einwohner lässt sich aus den Daten der amtlichen Statistik für das Jahr 1992 in den reicheren Städten und Kreisen ein durchschnittlicher Wert von 23.344€ ermitteln, für die ärmeren ein Wert von 17.313€. In den Folgejahren wies der Produktionszuwachs in diesen ärmeren Regionen regelmäßig geringere Werte auf. Er lag zwischen den Jahren 1992 und 2000 bei 91,3%, zwischen 2000 und 2010 nur noch bei 70,5% und zwischen 2010 und 2020 bei 85,0%. So ist im Ergebnis insgesamt die wirtschaftliche Ungleichheit zwischen einzelnen Gebietsteilen des Landes angestiegen und steht damit auch gegen die formelle politische Zielsetzung, zwischen den einzelnen Regionen gleichwertige Lebensverhältnisse anzustreben.[4]
Erwartungsgemäß hat die ungleiche wirtschaftliche Situation deutliche Auswirkungen auf die materielle Lage in den Städten und Kreisen. Bestehende Unterschiede sind bei der Aufgliederung kreisfreier Städte und Kreise in vier jeweils ärmere und reichere Teilregionen besonders zu erkennen. [5]

KENNZAHLEN MATERIELLER UNGLEICHHEIT IN NRW IN KREISFREIEN STÄDTEN UND KREISEN 2018 UND 2007 (%)

	Kreisfreie Stadt BIP1992 hoch	Kreisfreie Stadt BIP1992 gering	Kreise BIP1992 hoch	Kreise BIP1992 gering
Versteuertes Einkommen 2018 < 20.000€ (%)	36,3	40,5	34,4	34,5
Steuern aus Einkommen 2018 < 20.000€ (%)	1,4	1,9	1,3	1,4
Versteuertes Einkommen 2018 > 130.000€ (%)	4,9	2,8	4,0	4,0
Steuern aus Einkommen 2018 > 130.000€ (%)	43,4	32,1	39,6	37,2
Steuern je Einwohner 2018 (€)	4.517	2.801	3.770	3.522
Steuern je Einwohner 2007 (€)	3.150	2.065	2.701	2.483

Die Tabelle verweist anhand der Steuerdaten auf ein ausgeprägtes Bild sozialer Ungleichheit zwischen, aber auch innerhalb der Städte. Für die steigende Ungleich-

4 Ausgangspunkt ist ein Vergleich des Bruttoinlandprodukts je Einwohner im 1. und 4. Quartil aller Städte und Kreise der Jahre 1992 bis 2020. Die hier dargestellten Auswertungen statistischen Daten stammen aus den Statistikportalen des Bundes und des Landes NRW unter www.statistikportal.de sowie https://www.it.nrw/sites/default/ files/kommunalprofile/

5 Grundlage sind die Steuerdaten der Jahre 2007 und 2018. Die Einteilung trennt reichere und ärmere Städte und Kreise nach der Höhe des Bruttoinlandprodukt je Einwohner (BIP) im Jahr 1992 am ursprünglichen Mittelwert jeweils in zwei Gruppen.

Diese Zeitung willst du lesen

Der Metzger

Satire & Polemik

Das satirische Magazin
wird von Helmut Loeven
herausgegeben
und erscheint seit 1968.

geschichtsbewußt
zivil
hedonistisch
interfraktionell
sex-positiv

Das neueste Heft kann man
sich für 4 € schicken lassen.

Bestelladresse:
Buchhandlung Weltbühne
Gneisenaustraße 226
47057 Duisburg

(da ist es schön, da gehn wir hin)

0203 – 375121

bestellungen@buchhandlung-weltbuehne.de

Mehr darüber im Internet
unter
www.buchhandlung-weltbuehne.de

Wer abonniert,
hat mehr vom Metzger!

o O o

und wenn schon denn schon:

Das schönste Weblog
von der ganzen Welt

Amore e Rabbia

Das Weblog aus gutem Hause

helmut-loeven.de

heit spricht nicht nur die Höhe, sondern auch der Zuwachs der Einkommensteuer je Einwohner. Er lag zwischen 2007 und 2018 in den stärker prosperierenden Gemeinden bei 1.367€. In den ärmeren Gemeinden war dagegen lediglich ein Anstieg von 736€ zu verzeichnen. Als ein weiterer Hinweis dieser Einkommensungleichheit kann auch der höhere Anteil von 4,9% gegenüber 2,8% der Wohnbevölkerung gelten, die 2018 ein Einkommen über 130.000€ versteuert hat. Anzumerken sind zugleich die durchweg höheren Differenzen in den kreisfreien Städten gegenüber den Kreisen.

Einkommensungleichheit wird vor allem am unterschiedlichen Ertrag der Einkommensteuer sichtbar. So liegt der Anteil aus der Einkommensteuer bei Steuerzahlenden mit einem Einkommen unter 20.000€ deutlich unter 2%. Der geringe Anteil der Bewohner mit hohem Einkommen trägt dagegen zu über einem Drittel zum Gesamtertrag dieser Steuer bei. Auch wenn diese Differenz interessiert politisiert wird, ist sie vor allem als Ausdruck einer insgesamt in den Regionen bestehenden Ungleichheit zu sehen.

Die Angaben in der Tabelle verweisen nicht nur über den unterschiedlichen Ertrag aus der Einkommensteuer auf die jeweils gegebenen oder versperrten Handlungsmöglichkeiten für die einzelnen Gemeinden, um ihre jeweils bestehenden sozialen Lagen zu modifizieren und damit auch das Ausmaß bestehender Ungleichheit zu mildern. Auch weitere Indikatoren, wie die Erträge aus der Gewerbesteuer oder die Entwicklung der kommunalen Schulden geben in gleicher Richtung Aufschluss über die jeweils bestehenden ungleichen Handlungsspielräume der Kommunen.[6] Ob und wie diese genutzt werden, ist jedoch nur anhand der konkreten Stadtpolitik abzulesen. Hierbei lässt der jeweils bestehende städtische Rahmen jedoch keine grundsätzlichen Änderungen zu, sondern bleibt auf externe Rahmenbedingungen verwiesen.[7] Im Verständnis der liberalen Ökonomie gilt dann als Schwerpunktsetzung: „Die beste Sozialpolitik kann zu keinem befriedigenden Erfolg führen, wenn die Produktivität der menschlichen Arbeit gering ist" (Eucken 1959, S. 179f.). Nachdem dieses Orientierungsmuster jedoch systematisch kaum mit den an anderer Stelle formulierten Wertansprüchen zu verbinden ist, verharren auch die jeweiligen Formen sozialer Ungleichheit in ihren überkommenen Mustern. Entsprechend differenzieren sich die Lebenslagen der Bewohner nach den vorherrschenden ökonomischen Standards weiter aus.

3. VERÄNDERUNGEN POLITISCHER TEILNAHME

Die vorgestellten Daten verweisen auf unterschiedlichen Ebenen auf eine stabile und zunehmende Ungleichheit. Dies gilt sowohl für die wirtschaftlichen Veränderungen zwischen einzelnen Regionen, als auch für ungleiche Handlungsmöglichkeiten in den Kommunen als auch für ungleiche personale Lebenschancen. Diese Gemengelage lässt sich als krisenhafte Schwächung überkommener Sicherheiten und als Auslöser weiterreichender Folgen verstehen, mit unterschiedlich harten Konsequenzen für einzelne Bewohnergruppen. Sie tragen dazu bei, den gewohnten Alltag zu unterbrechen und wirken in dieser Situation auf den Aufbau geänderter Bewußtseins- und Praxisbedingungen hin. (Vgl. Schütz 1943/1944, bes. S. 502). Im Besonderen tritt dabei ein Verlust institutionellen Vertrauens auf. Dieser zeigt sich nicht nur in verbalen Distanzierungen. Er gilt vielmehr besonders für die Verstärkung einer Praxis, die sich in distanzierenden Handlungen niederschlägt. Erving Goffman hat die hierbei auftretenden verschiedenen Handlungsmuster unter dem Begriff der „sekundären Anpassung" zusammengefasst.[8] Das Konzept verbindet besondere Rahmenbedingungen mit der Verstärkung bestehender und auch dem Auftreten neuer Verhaltensweisen. Im Fall der hier zur Diskussion stehenden politischen Reaktionen treten diese erwartbar zunächst als Vertrauensverlust und Rückzug aus der Öffentlichkeit auf.

Solche Konsequenzen werden durch ein selektiv verändertes Teilnahmeverhalten in der Bevölkerung sichtbar, das einen besonders scharfen Rückzug von Bevölkerungsgruppen ausweist, die sich selbst als wenig privilegiert einstufen.[9] Eine Selbsteinstufung der Befragten, welcher verschiedener vorgegebener Gruppen sie sich zurechnen, zeigt entsprechend einen besonders scharfen Rückzug der weniger privilegierten Bevölkerungsgruppen an. Der Anteil der Befragten in dieser Gruppe, die angeben, bei den letzten Bundestagswahlen nicht gewählt zu haben, ist seit der Erhebung des Jahres 1984 kontinuierlich von 9,9% auf 31,3% gestiegen. Der Anteil der Wahlenthaltungen aus den beiden übrigen Gruppen liegt dagegen auf einem deutlich niedrigeren Niveau und ist zumindest in den letzten 20 Jahren konstant geblieben.

SELBSTEINSTUFUNG UND ANGABE FEHLENDER TEILNAHME AN DER JEWEILS LETZTEN BUNDESTAGSWAHL IN NRW (%) ALLBUS 1984-2018

Selbsteinstufung innerhalb der Sozialstruktur			
Erhebungsjahr	unten	Mitte	oben
1984	9,9	4,0	5,5
1996	11,9	10,4	5,6

6 Hierfür spricht auch etwa die besonders in den ärmeren Städten gesteigerte Diskrepanz zwischen einer zunehmenden chronischen Armutsbevölkerung, die Sozialhilfe nach SGBII bezieht sowie einer hier besonders drastischen Zunahme kommunaler Schulden. Der Einwohneranteil, der hier Sozialhilfe bezieht, ist hier zwischen 2011 und 2021 von 15,4% auf 16% angewachsen und in den übrigen Regionen leicht gesunken. Zugleich sind in diesem Stadttyp die kommunalen Schulden zwischen den Jahren 2000 und 2020 erheblich stärker als in den übrigen Gebieten von 1.216€ auf 4.757€ gestiegen.

7 Vgl. dazu auch Häußermann/Siebel 1987, Kapitel 6: Stadtpolitik oder Wie es nicht gemacht werden soll.

8 Das ursprüngliche Konzept als Technik zur Bewältigung beschädigter Identität wurde besonders von Erving Goffman 1967 ausgearbeitet.

9 Die folgenden Daten basieren auf den seit 1980 durchgeführten regelmäßigen bundesweiten Erhebungen der Allgemeinen Bevölkerungsstudie der Sozialwissenschaften ALLBUS. Die Auswertung für diesem Beitrag bezieht sich auf die Antworten der Befragten aus Ostdeutschland sowie dem Land NRW.

2004	20,2	12,7	6,1
2008	23,0	9,3	7,9
2018	31,3	11,9	3,1

Über die in der Tabelle angezeigte Entwicklung hinaus weisen weitere gleichgerichtete Daten aus dem Erhebungsjahr 2018 auf einen Zusammenhang zwischen der Wohnsituation und einer fehlenden Teilnahme an den Wahlen hin. So geben Befragte, die sich in der Sozialstruktur im unteren Bereich einstufen, aber mit ihrer Wohnung oder dem Wohnumfeld zufrieden sind, zu 21,7% an, an den letzten Wahlen nicht teilgenommen zu haben. Werden jedoch zum Wohnumfeld Mängel genannt, steigt der Anteil der Nichtwähler dieser Gruppe auf 36,9%. Im Vergleich zu vorausgegangenen Erhebungen sind diese Unterschiede dort jedoch allenfalls am Rande aufgetreten. Offensichtlich verstärkt sich die Unzufriedenheit unterprivilegierter Gruppen und lässt sich im Zusammenhang mit der angesprochenen Verschärfung regionaler und personaler Ungleichheit in NRW verstehen. Während 1995 noch davon ausgegangen werden konnte, dass eine Abspaltung und Trennung der unteren von den übrigen Bevölkerungsgruppen nicht besteht (Leibfried/Leisering u.a. 1995, besonders S. 336f.) ist diese Interpretation, zumindest, was den sehr unterschiedlichen Rückzug aus dem öffentlichen Raum anbelangt, inzwischen eher fragwürdig geworden.

Neben Rückzugsreaktionen als Anpassung an veränderte Lebensbedingungen sind nach Goffman in einer solchen Lage auch offen demonstrative Reaktionen zu erwarten. In dem hier dargestellten Zusammenhang zeigt sich dies durch die Unterstützung einer nationalistischen politischen Partei, die sich bisher in Nordrhein-Westfalen allerdings noch weniger stark als in anderen Bundesländern ausgebreitet hat. In einer Rede aus Anlass deutlich angestiegener Wahlergebnisse für die NPD hat Theodor Adorno früh auf Bedeutung und Wirkung dieser Entwicklung hingewiesen. Er führte hierbei besonders aus, dass rechtsradikale Deutungsmuster auch dort nicht untergehen, wo sie durch die objektive Situation eines real wirksamen Nationalismus nicht mehr als recht substantiell anzusehen sind.[10] Einschlägige Reaktionen können nach Adorno regelmäßig neu instrumentalisiert werden. Aktuell ist dieser Befund zu unterschiedlichem Maße in den Präferenzen und den Wahlergebnissen der AfD zu erkennen. In diesem Sinne lässt sich in den politischen Debatten eine verstärkte Instrumentalisierung nationaler Stereotype beobachten mit selektiver Unterstützung dieser Partei.

Aus den Ergebnissen der Bevölkerungsstudien für das Land NRW geht in diesem Zusammenhang hervor, daß gerade die schlechter gestellten Bevölkerungsgruppen in den letzten Erhebungen in überdurchschnittlichem Maße angeben, bei den kommenden Wahlen AfD wählen zu wollen.

SOZIALE SELBSTEINSTUFUNG UND ANGABE BEI DER BUNDESTAGSWAHL AFD ZU WÄHLEN (%) ALLBUS 2016-2021 FÜR NRW

Selbsteinstufung innerhalb der Sozialstruktur			
Erhebungsjahr	unten	Mitte	oben
2016	12,3	6,0	5,6
2018	12,3	5,6	0
2021	11,4	3,6	2,2

Die in der Tabelle sichtbare Tendenz ist über die letzten Jahre in NRW sehr konstant. Menschen, die sich als „unten" im sozialen Gefüge verorten, drücken zuletzt mit 11,4% ihre Präferenz für die AFD aus und bringen in dieser Form auch ihre Unzufriedenheit mit den aktuellen Verhältnissen zum Ausdruck.[11] Ob und inwieweit die nach den jüngsten Prognosen ansteigenden Zustimmungswerte zu dieser Partei im Wahlverhalten realisiert werden, zeigen kurzfristig die Wahlen in Bayern und Hessen. Im Ergebnis ist eine solche Entwicklung als massive Eskalation der aktuellen Situation zu verstehen.

LITERATUR

- Adorno, Theodor W. 2019: Aspekte des neuen Rechtsradikalismus, Berlin.
- Claessens, Dieter/Klönne, Arno/Tschoepe, Armin 1973: Sozialkunde der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf und Köln.
- Eucken, Walter 1959: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg.
- Goffman, Erving 1967: Stigma. Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität, Frankfurt/M.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 1987: Neue Urbanität, Frankfurt/M.
- Leibfried, Stephan/Leisering, Lutz u.a. 1995: Zeit der Armut, Frankfurt/M.
- Schütz, Alfred 1943/1944: The Stranger: An Essay in Social Psychology, in: American Journal of Sociology, 49, S. 499-507.
- Streeck, Wolfgang 2021: Zwischen Globalismus und Demokratie, Berlin.

Peter Höhmann, promovierter Sozialwissenschaftler und Oberkirchenrat i.R., ist Mitarbeiter im AK Gesellschaftstheorie des DISS.

10 Theodor W. Adorno 2019, S. 13, ähnlich auch z.B. S. 24f.

11 Der Vergleich dieser Angaben mit der Situation anderer Bundesländer weist durchweg ein ähnliches Muster in unterschiedlicher Höhe auf. Aus Ostdeutschland werden allerdings regelmäßig deutlich höhere Werte berichtet. Hier geben nach den ALLBUS-Erhebungen 21,6% (2021) nach zuletzt 19.3% (2018) der Befragten, die sich im unteren Feld der Sozialstruktur einstufen, an, AfD zu wählen, im mittleren Bereich sind es 8,1% (2021) und 13,4% (2018) und im oberen 7,2% (2021) und 7,3% (2018).

Das Europakonzept der AfD 2023

Von Helmut Kellershohn

Seit ihren Anfängen verfolgt die AfD eine gegenüber der EU und dem Euro skeptische bis ablehnende Politik, die sich im Laufe der Zeit mit ihren programmatischen Forderungen verschärft hat. Im Kern geht es ihr zum einen um eine *Renationalisierung* der Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik sowie weiterer Politikfelder wie der Außen-, Sicherheits-, Migrations- und Klimapolitik. Zum anderen ringt sie um die Frage, ob die Renationalisierung vermittels einer *Reform* der EU (im Sinne eines Rückbaus), eines einseitigen *Austritts* oder einer einvernehmlichen *Auflösung* der EU in Verbindung mit der „Neugründung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (so im Grundsatzprogramm von 2016) herbeigeführt werden soll.

Im Folgenden gehe ich auf die beiden Europawahlprogramme der AfD von 2019 und 2023 (hier: Leitantrag der Bundesprogrammkommission) näher ein, um die Entwicklung der AfD-Programmatik bzgl. ihrer Haltung zur EU nachzuzeichnen. Dass diese Frage auch mit der Haltung zur NATO und zu den USA gekoppelt ist, soll im Verlauf der Ausführungen verdeutlicht werden.

DIE EUROPAWAHLPROGRAMME 2019 UND 2023 IM VERGLEICH

Auffallend sind zunächst die begrifflichen und argumentativen Übereinstimmungen in beiden Programmen.[1] Die AfD lehnt einen „wie auch immer gearteten" europäischen „Gesamtstaat" (EP I, 7; EP II, 7), einen „europäischen Superstaat" (EP I, 11; EP II, 10) „mit Gesetzgebungskompetenz und einer eigenen Regierung" (EP I, 11; EP II, 10) ab. Zur Begründung verweist sie darauf, dass es für ein „solches Gebilde weder ein Staatsvolk" gebe, noch dass dieses Gebilde „über das erforderliche Mindestmaß an kultureller Identität" (EP I, 7) verfügen würde. Die europäischen „Kulturen, Sprachen und nationale[n] Identitäten" seien „durch Jahrhunderte dauernde, geschichtliche Entwicklungen entstanden" (EP I, 11), eine europäische Identität sei daher eine „Illusion". Im Gegenteil beruhe die „politische, ökonomische und soziale Stärke Europas" gerade auf „der Vielfalt der nationalen Kulturen und Traditionen" (EP I, 11; ähnlich EP II, 10). Die AfD macht sich also die ethnopluralistische Argumentation der Neuen Rechten zu eigen, um gegen die „Idee der ‚Vereinigten Staaten von Europa'" zu polemisieren. Als *Gegenidee* offeriert sie das gaullistische Ideal eines „Europas der Vaterländer" (EP II, 47) respektive der Nationen (Kapitelüberschriften: EP I, 10; EP II, 9) oder, wie es auch heißt, einer „neue[n] europäische[n] Wirtschafts- und Interessengemeinschaft" (EP I, 11; EP II, 7); prosaischer ist neuerdings die Rede von einem „Bund europäischer Nationen" (Kapitelüberschrift EP II, 11).

Die beiden Europawahlprogramme unterscheiden sich allerdings in der eingangs angesprochenen Grundfrage: Reform oder Auflösung der EU bzw. Austritt aus der EU. Im Programm von 2019 begnügte sich die AfD damit, die Kritik auf – aus der Sicht der AfD – *unerwünschte* Entwicklungen in der EU[2] zu fokussieren und gleichzeitig die Rückbildung der EU in Richtung eines „Europa[s] der Nationen" ins Visier zu nehmen. Mit dieser Zweigleisigkeit[3] glaubte die AfD die von ihr kritisierte Entwicklung der EU verhindern zu können, um gleichzeitig, wenn die Rückbildungsstrategie, die sie als „Reform"-Strategie (EP I, 11) deklarierte, keine Erfolge („in angemessener Zeit", EP I, 12)[4] zeitigt, eine Legitimationsgrundlage zu haben, um die

1 Im Folgenden werden die beiden Europawahlprogramme als EP I und EP II abgekürzt. Vgl. https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2019/03/AfD_Europawahlprogramm_A5-hoch_web_150319.pdf und https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/06/2023-06-14_Leitantrag-Europawahlprogramm.pdf

2 Ein Beispiel: „Die AfD fordert die Durchsetzung der vertraglichen Verbote der Staatsfinanzierung durch die EZB und der Vergemeinschaftung der Schulden, sowie eine Rückführung der Befugnisse der EZB auf reine Geldpolitik, keine Umwandlung des ESM in einen europäischen Währungsfonds und ein sukzessives Ende der EZB-Anleihenkaufprogramme und der ‚Rettungs'-Programme über EFSF und ESM" (EP I, 30).

3 Beispiel: „Die AfD lehnt eine Europäische Staatsanwaltschaft und die weitere Verlagerung von Aufgaben der Justiz auf die EU ab. Die AfD wendet sich nicht nur gegen alle Versuche der EU, sich die Zentralkompetenzen einer Bundesregierung anzueignen, […]. Die AfD verlangt stattdessen den Rückbau bereits eingerichteter beziehungsweise im Aufbau befindlicher überflüssiger Justizbehörden" (EP I, 50).

4 Diese Formulierung im EP I schwächte eine Passage im damaligen Leitantrag der Bundesprogrammkommission ab, in dem noch von einem Zeitraum „innerhalb einer Legislaturperiode" (EP I, 8) die Rede war. Die Abschwächung erfolgte nach einer Intervention Alexander Gaulands auf der Europawahlversammlung in Riesa.

Rebecca Folke
»Von der Wiege bis zur Bahre«
Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, ISBN: 978-3-89771-781-7

Edition DISS 51
128 Seiten, Softcover, 16,00 €

Innerhalb der völkisch-neonazistischen Szene gilt das Prinzip ›Von der Wiege bis zur Bahre‹. Familienverbände erziehen über Generationen hinweg, zum Teil seit dem Nationalsozialismus, ihre Kinder nach biologistisch-rassistischen und nationalsozialistischen Prinzipien. Völkisch-nationalistische und neonazistische Jugendbünde übernehmen an der Seite der Eltern einen gewichtigen Teil der ideologischen Sozialisation und schaffen für ihre Mitglieder eine abgeschottete, ideologisch und sozial geschlossene Parallelwelt. Die Erziehung der Kinder erfolgt nach der völkischen Maxime der Unterordnung der individuellen Person unter die Bedarfe der angenommenen Volksgemeinschaft . Ein Ausstieg aus diesem spezifischen Teil der organisierten neonazistischen Szene ist extrem selten und für Kinder und Jugendliche nahezu unmöglich.

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) wurde 2009 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Dennoch steht sie bis heute exemplarisch für diese spezifische Form institutionalisierter völkischer Erziehung. Das Buch ›Von der Wiege bis zur Bahre‹ liefert eine systematische Untersuchung der Erziehungsprinzipien, -inhalte und -praktiken der HDJ auf Grundlage der schriftlichen Selbstdarstellungen der verbotenen Organisation mittels der qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Kindeswohlgefährdung genau beleuchtet und aufgezeigt, dass in diesem Spektrum die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch verletzt werden. Implikationen für erziehungswissenschaftliche Forschung und Praxis werden diskutiert.

Auflösung der EU in ihrer jetzigen Form zu betreiben: Dann halte man „einen Austritt Deutschlands [DEXIT; H.K.] oder eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft für notwendig“ (EP I, 12). Der ‚schwarze Peter‘ würde dann bei den politischen Kräften in Europa gelegen, die die EU angeblich zu einem „Superstaat“ formen wollen.[5]

Entgegen dieser *Optionslösung* wurde im Bundestagswahlprogramm 2021 auf Betreiben des Höcke-Lagers der DEXIT nach britischem Vorbild beschlossen. Auf dem Bundesparteitag 2022 allerdings fokussierte sich die von Gauland und Höcke eingebrachte Resolution „Europa neu denken“ auf die „einvernehmliche Auflösung der EU“ und stellte wie in EP I die „Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ zur Diskussion. Laut FAZ sagte Höcke damals zur Begründung, „mit der Resolution wolle die AfD dem Eindruck begegnen, sie plädiere allein für einen Austritt Deutschlands aus der EU. Stattdessen wolle sie aber ‚Schritte beschreiben, um die EU zu überwinden‘“ (FAZ vom 19.06.2022). Nach heftigen Debatten wurde das Papier an den Bundesvorstand zur Überarbeitung überwiesen. Jetzt plädierte die Bundesprogrammkommission (BPK) in ihrem Leitantrag zum Europawahlprogramm 2023 erneut, ohne Wenn und Aber, für die „geordnete Auflösung der EU“ (EP II, 7) und die Neugründung eines Bundes europäischer Nationen. Zur Begründung heißt es: „Die EU ist ein undemokratisches und reformunfähiges Konstrukt“ (Kapitelüberschrift: EP II, 9), als Projekt sei sie „gescheitert“, sie habe sich zu einem „Konstrukt entwickelt, das immer mehr Gewalt an sich zieht und von einer intransparenten, nicht kontrollierten Bürokratie regiert wird.“ (EP II, 10) Allerdings wurde die Auflösungsforderung der BPK im Nachhinein mit der seltsamen Begründung gestrichen, es handele sich um ein „redaktionelles Versehen bei der Präambelerstellung ohne Beschlusslage der BPK“ (Antragsbuch S. 7).[6] Der korrigierte Text lautet nunmehr: „Wir wollen eine neue europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft gründen, einen Bund europäischer Nationen.“[7] Die neue Sprachregelung,[8] die auf die Auflösungsformel verzichtet, impliziert jedoch eindeutig die Auflösung der EU in

5 Deutlicher, weniger verklausuliert als gegenüber der EU argumentierte die AfD hinsichtlich des Euro. So heißt es etwa im Bundestagswahlprogramm (BWP) von 2017 ganz im Sinne des Grundsatzprogramms: „Der Euro ist für ein Wirtschaftsgebiet mit derzeit 19 völlig unterschiedlich leistungsfähigen Volkswirtschaften eine Fehlkonstruktion und kann in dieser Form ökonomisch nicht funktionieren.“ (BWP 2017, 30) Die AfD verlangt daher die „Wiedereinführung der nationalen Währungen“, gegebenenfalls, so das Zugeständnis, unter „paralleler Beibehaltung des Euro“ (ebd.). In EP II wird eingeräumt, dass „strukturgleiche Länder […] eine Gemeinschaftswährung behalten oder neu schaffen“ (II, 12) könnten.

6 Zum Antragsbuch vgl. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2023/07/AfD_Antragsbuch_EWV_anonymisiert.pdf

7 Die letztlich verabschiedete Präambel lautet inhaltlich identisch, aber sprachlich leicht modifiziert: „Daher streben wir einen ‚Bund europäischer Nationen‘ an, eine neu zu gründende europäische Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“.

8 Martin Schmidt (ARD Berlin) schreibt: „Aus Parteikreisen heißt es, dass vor allem Co-Parteichefin Alice Weidel im EU-Auflösungsstreben ein Problem gesehen habe und daher die Umformulierung vorziehen würde. Auch die Formulierung aus dem Bundestagswahlprogramm 2021 habe sie nicht für geeignet gehalten. Damals hatte die AfD geschrieben, sie halte einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union für notwendig.“ (https://www.tagesschau.de/inland/afd-eu-100.html)

ihrer jetzigen Form als Ziel der AfD – und nicht mehr als bloße Option, wie noch im Europawahlprogramm von 2019.

Aufschlussreich sind diesbezüglich die Überlegungen Maximilian Krahs, der auf dem Parteitag Ende Juli zum Spitzenkandidaten für die EU-Wahl bestimmt wurde. In einem Interview mit der *Jungen Freiheit* erklärte er, warum auf die Auflösungsformel verzichtet wurde:

> *„Wir sagen ganz klar: Die EU von heute ist von Agenda und Struktur eine Katastrophe für Deutschland und Europa. Wir sagen aber auch: Es muß Europapolitik geben, es braucht institutionelle Zusammenarbeit, und zwar in einem neuen Bund der Vaterländer. Um von unbefriedigenden Status quo zum erstrebten Status quo futurus zu gelangen, wird es ein Nebeneinander von Disruption und Evolution geben, viele Behörden und Strukturen müssen einfach weg, andere transformiert werden. Der Begriff ‚Auflösung der EU' ist für diesen Prozeß zu unterkomplex, er lädt zu Fehlinterpretationen und Unterstellungen seitens unserer politischer [sic!] Gegner ein, insofern benutze ich ihn nicht."* (JF-online vom 31.07.2023)[9]

Krah bindet also die Auflösung der EU an einen längeren Prozess ihrer Umformung, an dessen Ende eine formelle Neugründung (Bund der Vaterländer bzw. Nationen) stehen könnte. Ein solcher Prozess von innen heraus wäre ja auch nur dann möglich, wenn es entsprechende politische Mehrheiten auf der Ebene des EU-Parlaments, vor allem aber und vorrangig eine einvernehmliche Entscheidung im Europäischen Rat gäbe. Es handelt sich also um einen durchaus langwierigen Prozess, der eine weitgehende radikale Umwandlung der politischen Landschaft in Europa voraussetzt, die man salopp als „Orbanisierung" Europas definieren könnte. Im Leitantrag der BPK wird ein solcher Prozess dahingehend angedeutet, dass die AfD in dem zu wählenden EU-Parlament „Parteien aus allen Ländern für das Zukunftsprojekt einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft" gewinnen und mit ihnen zusammen „unsere Vorstellungen konkretisieren" (EP II, 12) will.[10]

Im Übrigen fordert die AfD, dass alle „Grundfragen der EU", solange sie noch existiert, durch „nationale Volksabstimmungen" (EP II, 8) in den betroffenen Staaten entschieden werden müssten, um deren Souveränitätsrechten Geltung zu verschaffen.[11] Auch in der Frage des Austritts bzw. des DEXIT, der in der Präambel des Leitantrags abschließend (und knapp) angesprochen wird, müsse „das Volk, der Souverän unseres Staates, nach dem Vorbild anderer Mitgliedsstaaten in einer Volksabstimmung" (EP II, 8) entscheiden. Aus dem Text geht nicht hervor, dass die AfD über die Klärung des Prozederes hinaus tatsächlich den DEXIT zum Gegenstand ihres Wahlkampfes machen will. Eine derartige einseitige Lösung zu empfehlen, wäre auch kontraproduktiv in einem Europawahlkampf: Warum soll die Wählerschaft Abgeordnete wählen, die gar nicht in das EU-Parlament wollen bzw. allenfalls die Tantiemen auf Kosten der Steuerzahler:innen einstreichen möchten. Insofern ist die von Maximilian Krah beschriebene Strategie der „Disruption und Evolution" mit dem Ziel der Gründung eines neuen europäischen Bundes den Wählern und Wählerinnen eher vermittelbar. Welche Funktionen aber soll ein derartiger Bund übernehmen?

DER BUND EUROPÄISCHER NATIONEN

(1.) Das angestrebte Gegenmodell, nunmehr *Bund europäischer Nationen* genannt, wird bereits im Europawahlprogramm von 2019, damals noch im Rahmen einer Reformstrategie, ansatzweise beschrieben. Als „Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten" (EP I, 11) soll das neue Gebilde auf „multilateralen Staatsverträgen" und „partnerschaftlicher Kooperation" (EP I, 12)[12] basieren. Gewährleistet sein sollten „insbesondere ein möglichst unbehinderter Binnenmarkt" (EP I, 7) und nach außen hin „Freihandel und offene Märkte" respektive der Verzicht auf „protektionistische Bestrebungen" (EP I, 21). In EP II, 12 heißt es: „Wir bekennen uns zur sozialen

9 Seltsamerweise hatte Krah in der ursprünglichen Fassung des Interviews selbst (wie übrigens auch Höcke) von einer Auflösung der EU gesprochen. Gegenüber der JF sprach er dann von einem „redaktionellen Fehler".

10 Diese Äußerung offenbart unfreiwillig, dass die AfD sich nicht sicher sein kann, ob andere rechte Parteien in Europa das Anliegen der AfD teilen. Bereits mit ihrer Ausstiegsforderung 2021 stieß sie auf wenig Gegenliebe.

11 „Solange die Fehlkonstruktion EU fortbesteht, werden wir uns dafür einsetzen, weitere Einschränkungen der nationalen Souveränität und weitere Umverteilungen von Wohlstand und Vermögen unserer Bürger durch EU-Regelungen zu verhindern." (EP II, 12)

12 Die Formulierung „partnerschaftliche Kooperation" war im EP I insofern ein Euphemismus, als gleichzeitig ein ungehinderter Wettbewerb der sozialen Sicherheitssysteme („keine europäische Sozialunion", EP I, 56) oder im Bereich der Steuersysteme (nach Abschaffung des Euro) (EP I, 24) eingefordert wird. Demgegenüber stehen Maßnahmen gegen Lohndumping (EP I, 55), den „Erwerb europäischer Unternehmen durch chinesisch beherrschte Unternehmen" (EP I, 18) oder etwa Maßnahmen zum Schutz des deutschen „Bauernstand[es]" (EP I, 45).

Marktwirtschaft, zum gemeinsamen Markt, der Zollunion und einer gemeinsamen Handelspolitik. Es gilt das Ziellandprinzip (Waren und Dienstleistungen müssen den gesetzlichen Anforderungen im Zielland genügen)."

(2.) An allererster Stelle der Gemeinschaftsaufgaben steht jedoch der „Schutz der europäischen Außengrenzen", um die sog. Masseneinwanderung zu beenden („Festung Europa"), und zwar durch „die Errichtung physischer Barrieren, eine technische Überwachung und den Einsatz von Grenzschutzkräften" unter der Verantwortung nationaler Behörden, geregelt auf der Basis multilateraler Verträge (EP II, 12). Parallel zur Abschottungspolitik sollen „auf nationaler und europäischer Ebene […] Remigrationsprogramme auf- und ausgebaut werden." (EP II, 25) In diesem Zusammenhang beruft sich die AfD, vor allem mit Blick auf die unerwünschte Zuwanderung „aus den Staaten des islamischen Kulturkreises" (EP II, 16) durchaus auf eine „Identität des europäischen Kulturraumes und seiner Nationen" (EP II, 19) – eine Identität, von der sie im anderen Kontext, nämlich im Kontext einer möglichen Staatsbildung Europas, nichts wissen will (*s. oben*).

(3.) Das dritte verbindende Element ist die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Die AfD sieht einen „Umbruch" hin zu einer „multipolaren Ordnung" (EP II, 50), in der „globale und regionale Großmächte um Vormachtstellungen ringen". Deutschland und Europa rechnet sie offensichtlich nicht zu den globalen Großmächten. Denn: „Deutschland und Europa dürfen sich dabei nicht zu Gefolgsleuten *einer* Großmacht reduzieren lassen." (Hervorh. d.V.) Die damit supponierte Äquidistanz richtet sich aber *unausgesprochen* gegen die USA und die im Leitantrag mit keinem Wort erwähnte NATO. Noch im Europawahlprogramm von 2019 lehnte die AfD, wie bereits im Grundsatzprogramm, die Schaffung einer „europäischen Armee" ab, einschließlich der bereits eingeleiteten Maßnahmen,[13] die in diese Richtung weisen, und verband dies mit der Forderung nach einer „Stärkung des europäischen Pfeilers der NATO, um hier Deutschlands Rolle und Einfluss zu erhöhen" (EP I, 19). Davon ist im Leitantrag keine Rede mehr. Argumentiert wird nun wie folgt:

Europa müsse ein „eigenständiger sicherheitspolitischer Akteur" werden und einen „unabhängigen Pol in der neuen, multipolaren Welt" (EP II, 51) bilden. Zu diesem Zweck müssten die europäischen Staaten ihre „militärischen Fähigkeiten […] in einem eigenen System kollektiver Sicherheit" bündeln, d.h. ihre Streitkräfte, ohne deren Selbstständigkeit aufzuheben, „in einer Verteidigungsgemeinschaft zusammenfassen", womit man auf die alte französische Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft rekurriert.[14] Die US-amerikanischen Streitkräfte sollten durch eigene, d.h. durch die Kooperation europäischer Streitkräfte ersetzt werden. Ob dies nun gegen den Willen oder mit Einverständnis der USA und mit Aufkündigung oder im Rahmen des NATO-Bündnisses geschehen soll, wird offengelassen. Eine Stärkung der Rolle Deutschlands im Rüstungsbereich wird angestrebt, Deutschland soll in Zukunft bei den notwendigen europäischen Rüstungskooperationen in technologischer Hinsicht die „Systemführerschaft" (EP II, 52; vgl. EP I, 20) übernehmen.

(4.) Auf dem „Weg zum Bund europäischer Nationen" (Kapitelüberschrift EP II, 12) strebt die AfD umfassende institutionelle Veränderungen der „Fehlkonstruktion EU" an.[15] Neben der bereits angesprochenen Etablierung von Volksabstimmungen (*s. oben*) wären dies

- die Abschaffung des „undemokratisch gewählten" EU-Parlaments, die Rechtssetzungskompetenz läge bis zur „Neuordnung der Verhältnisse" allein beim Rat (II, 13);
- schon jetzt in der Übergangszeit die Verkleinerung des bürokratischen Apparats der EU (II, 13);
- die Beendigung der „Förderung von Europaparteien und deren Stiftungen" (II, 13);
- die Umwandlung des Europäischen Gerichtshofs in einen „Kompetenzgerichtshof", gewählt von den obersten Gerichten der Nationalstaaten (II, 14);
- die Bekämpfung des Lobbyismus durch die Einrichtung eines „Lobbyregisters" und die Abschaffung sämtlicher Privilegien; NGO's müssen ihre Finanzquellen und Aktivitäten offenlegen (II, 14).

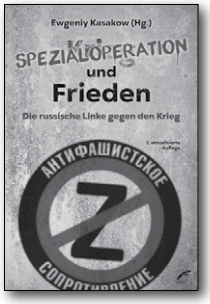
(5.) Angesichts eines solch längeren Transformationsprozesses versteht es sich, dass der DEXIT, auch wenn er noch im Leitantrag erwähnt wird, keine maßgebliche Rolle im Europawahlkampf spielen wird. Die neue Richtung gibt Höcke die von ihm selbst als populistisch deklarierte Parole vor: „Diese EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann" (Interview bei *Phönix*), und bezeichnet den Weg dorthin als einen „organischen", nicht revolutionären Prozess, was in etwa dem entspricht, was Krah mit „Disruption und Evolution" anspricht. Selbst Alice Weidel, die lieber vom Rückbau der EU spricht, kann sich damit vereinbaren. Die Höckes und Krahs wissen ganz genau, dass die AfD gegenüber den anderen europäischen Rechtsparteien, die ja teilweise in Regierungsverantwortung sind und durchaus von der EU (und dem Euro) profitieren, am ‚Katzentisch' sitzt, vorerst jedenfalls, und angewiesen ist auf „starke Partner" (Alice Weidel), die ihre Position unterstützen, wovon man aktuell (noch) nicht ausgehen kann. Auffallend ist in diesem Zusammenhang, dass die großen und wichtigen Rechtsparteien aus Italien, Frankreich, Polen und Ungarn auf dem Parteitag nicht anwesend waren.

13 „Die ‚Ständige Strukturierte Zusammenarbeit' (Pesco) als Vorstufe zu einer EU-Armee und Doppelstrukturen der EU (z.B. Battle Groups und zusätzliche EU-Stäbe) sowie einen europäischen Verteidigungsfonds und eine europäische ‚Friedensfazilität' lehnen wir ab." (EP I, 19)

14 Der Plan des französischen Ministerpräsidenten René Pleven (1950) sah allerdings eine gemeinsame Armee (damals bezogen auf Frankreich, Italien, Westdeutschland und die Benelux-Länder) vor, die die AfD ablehnt.

15 Bereits laut EP I sollten bestimmte EU-Institutionen und Vergemeinschaftungsformen entweder wegfallen, wie z.B. das „undemokratische EU-Parlament" (EP I, 12) oder die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) (EP I, 17), oder umgebaut werden, wie z.B. der Europäische Gerichtshof (EP I, 13).

aktuelle Neuerscheinungen ... jetzt im Buchhandel deines Vertrauens ... www.unrast-verlag.de



Ewgeniy Kasakow
Spezialoperation und Frieden
Die russische Linke gegen den Krieg

2. erweiterte & aktualisierte Auflage
304 Seiten | 18 €
ISBN 978-3-89771-194-5

Dieses Buch bildet die gesamte Bandbreite der Positionen der russischen Linken zum Krieg, zur russischen Invasionspolitik, dem NATO-Engagement, der humanitären Krise sowie den Themen Flucht und Sanktionen ab. Das Spektrum reicht dabei von Sozialdemokratie und Linkssozialismus über stalinistische und trotzkistische Parteien, Anarchist:innen, Gewerkschafter:innen bis hin zu Autor*innen der Diaspora. Mit Originaldokumenten und Interviews.

Helmut Kellershohn & Wolfgang Kastrup (Hg.)
Der Krieg in der Ukraine
Weltordnungskrieg und »Zeitenwende«

erscheint im November, Edition DISS 52
196 Seiten | 19.80 €
ISBN 978-3-89771-780-0

Der Krieg in der Ukraine evoziert binäre Deutungsstrategien, die in Schwarz/Weiß- bzw. Gut/Schlecht-Zuweisungen münden. Vor allem die ›westlich‹ orientierten Länder betrachten ihr Wertesystem als angegriffen. Auch wenn sie offiziell nicht Kriegspartei sein wollen, de facto sind sie es: Sie haben den Krieg zu ihrer Sache gemacht. Kritische Analysen zu diesem Krieg und dem herrschenden Diskurs sind unerwünscht.

STREIT UM DIE NATO

Einer der Knackpunkte in der innerparteilichen Debatte (ablesbar an den Anträgen zum Programm) ist des Weiteren die Haltung zu den USA, zur NATO und zum Ukrainekrieg. Die Notwendigkeit einer diesbezüglichen Klärung ergibt sich zwingend aus der Bestimmung des Bundes europäischer Nationen als Verteidigungsgemeinschaft. Höckes Kriegsrede in Gera, in der er sein außenpolitisches Programm skizzierte (Stichworte: Ostorientierung, Großraumdoktrin),[16] fließt insofern in den Leitantrag ein, als jedes Bekenntnis zur NATO fehlt. Von der Stärkung des europäischen Flügels der NATO, wie noch im Europawahlprogramm von 2019 und selbst noch im Höcke/Gauland-Papier,[17] ist keine Rede, ein Dissens gegenüber den geopolitischen Interessen der USA wird vorsichtig angedeutet und der russische Angriff auf die Ukraine wird nicht als völkerrechtswidrig deklariert. Man kann das als Versuch der BPK bewerten, Streitpunkte zu umgehen, wenn man zum Vergleich die Ausführungen der von Höcke inspirierten *Alternativ-Präambel* (Antragsbuch S. 22ff.) heranzieht, die in der Begründung dem Leitantrag mangelnde Klarheit vorwirft, will sagen: es fehlt der BPK-Präambel die klare Feindbestimmung, nämlich die Frontstellung gegen die US-geführte NATO, die quasi als konstitutiv für ein „unabhängiges europäisches System kollektiver Sicherheit" definiert wird. Die USA hätten „mit der Osterweiterung der EU im Nachgang zur NATO […] einen tiefgreifenden Einfluss auf die europäische Ordnung gewonnen", demzufolge die „Länder Europas […] in Konflikte hineingezogen" worden seien, „die nicht die ihren" seien. Dies widerspräche „diametral" deren „natürlichen Interessen" an „fruchtbaren Handelsbeziehungen im eurasischen Raum". Die Schuld am Ukrainekrieg, auch wenn dies nicht offen gesagt wird, tragen die USA; die „selbstruinöse Sanktionspolitik der EU" sei Folge der Abhängigkeit von den USA, und die endlosen Waffenlieferungen (nicht der russische Angriff auf die Ukraine) würden „zum ersten Mal seit Jahrzehnten" den Frieden in Europa gefährden.

In der letztlich verabschiedeten Präambel, die auf einem u.a. von Marc Jongen und Maximilian Krah formulierten Kompromissvorschlag beruht, wird versucht, Höckes dezidiert antiamerikanische Stoßrichtung vorerst zu entschärfen. Deren Konsequenz wäre in der Tat der Austritt aus der NATO. Nunmehr heißt es: „Jegliche Dominanz außereuropäischer Großmächte in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik lehnen wir ab. […][18] Deshalb ist es notwendig, dass Europa seine Verteidigungsfähigkeit *schrittweise* in die eigene Hand nimmt" (Hervorh. durch Vf.) und Deutschland seine Wehrfähigkeit steigert. Das „Wie" (ob innerhalb oder außerhalb der NATO) wird offengelassen und genau wie in der Frage der Auflösung der EU dilatorisch in die Zukunft verschoben. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn Krah, immerhin Spitzenkandidat der AfD für die Europawahl, nach Abschluss der AfD-Europawahlversammlung betont, dass er einen NATO-Austritt derzeit nicht befürworten würde. „Die NATO ist zum derzeitigen Zeitpunkt völlig alternativlos, aber wir wünschen uns eben, dass sie nicht mehr alternativlos ist."[19]

Helmut Kellershohn ist Mitarbeiter im Ak rechts und im Ak Gesellschaftstheorie des DISS.

16 Vgl. hierzu näher Helmut Kellershohn: Höckes Kriegsrede am 3. Oktober 2022 in Gera, in: DISS-Journal 45/2023, 14-17.

17 Im Höcke/Gauland-Papier von 2022 heißt es: „Die EVG [Europäische Verteidigungsgemeinschaft] wird Mitglied einer reformierten NATO (Depolitisierung und Beschränkung auf die militärische Verteidigung des Bündnisgebietes, Straffung der Entscheidungsverfahren, Revision der Partnerschaftslisten und der Agenda 2030, keine Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens)."

18 Krah zufolge gehört auch Russland zu den außereuropäischen Großmächten: „Europa ist danach das Gebiet des europäischen Festlands einschließlich Zyperns und Maltas, aber ohne Rußland, Weißrußland, die Türkei und mit den Grenzfällen Moldawien und der Westukraine." (Maximilian Krah: Politik von rechts. Ein Manifest, Schnellroda 2023, 66).

19 Zitiert nach *Handelsblatt* vom 06.08.2023 (https://www.handelsblatt.com/dpa/afd-spitzenkandidat-krah-derzeit-kein-nato-oder-eu-austritt/29304518.html). Ähnlich argumentiert er bezüglich der EU und des EURO.

Religion und Macht

EIN DISS-GUTACHTEN ZUM CHRISTLICHEN FUNDAMENTALISMUS TRÄGT ALARMIERENDES ZUSAMMEN.

Von Jobst Paul

Unter dem Titel *Religion und Macht. Zum extremistischen Potenzial des christlichen Fundamentalismus* hat das DISS soeben ein Gutachten fertiggestellt. Im Auftrag von CoRE-NRW, einem wissenschaftlichen Netzwerk, das sich mit den Bedingungen und Formen extremistischer Radikalisierung sowie wirksamen Gegenmaßnahmen beschäftigt, wurden in dem Gutachten Daten, Aspekte und Themen zusammengetragen, die insgesamt ein alarmierendes Bild abgeben.

Insbesondere wird festgestellt, dass die Exekutiven und Legislativen angesichts der hohen Konzentration auf die Bedrohungslage durch den islamistischen Terrorismus weitgehend übersehen haben, dass sich seit Jahren Radikalisierungsprozesse aufseiten christlicher Gruppierungen abzeichnen, die für die demokratische Stabilität und die Grundrechte in Deutschland eine nicht minder große Gefahr darstellen können.

Zu wenig beachtet wurde z.B., dass die islamistische Radikalisierung teilweise sogar zum Vorwand für eine christlich-fundamentalistisch motivierte Bewegung (vgl. PEGIDA), bzw. für eine Annäherung zwischen rechten und christlich-fundamentalistischen Gruppierungen wurde. Die rechten Parteien Europas haben, so eine im Gutachten zitierte Quelle, in der „Selbstvergewisserung" einer „christlichen (Staats-)Identität" inzwischen sogar ein „verbindendes Element" geschaffen.

Dabei ist es jedoch nicht geblieben: Welche Energie die Ideologie der ‚christlichen Restauration' in den vergangenen Jahrzehnten gewonnen hat, zeigte sich anhand der Motivlagen nahezu aller Attentäter der vergangenen Jahre, die sich zur Ideologie des ‚christlichen Abendlandes', zu Antisemitismus und zur Restauration vergangener autoritärer, antidemokratischer Machthierarchien bekannten, wobei in jüngster Zeit eine Verengung auf Männlichkeitsideale, Anti-Feminismus, den Kampf gegen Selbstbestimmungsrechte im Bereich von Reproduktion, Lebensformen und geschlechtlicher Identität stattgefunden hat, nicht zuletzt auf den Kampf gegen jene, die gegen Diskriminierung und Ungleichheit eintreten.

Dass die Ausbildung eines christlich-fundamentalistischen Komplexes auf den Regierungsebenen des Bundes und der Länder bis heute letztlich keine spezifische Reaktion hervorgerufen hat, führt das Gutachten auf die Praxis der Verfassungsschutzbehörden zurück, diese Entwicklung dem Rechtsextremismus zuzuschlagen, wodurch die ‚christliche' Dimension unsichtbar wird. Nicht weniger unglücklich ist die Tatsache, dass damit auch antisemitischen Motiven kein eigener Status zugebilligt wird: Grundlage scheint die These, in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sei über den ‚rassistischen Antisemitismus' eine ‚Säkularisierung' des Antisemitismus erfolgt, so dass ein christlich-religiöser Antisemitismus zu existieren aufgehört habe und Antisemitismus daher fortan allein dem Rechtsextremismus/Nazismus zuzuordnen sei.[1]

Gegen eine Veränderung dieser anachronistischen Situation sind, so das Gutachten, zudem prozedurale Barrieren eingebaut: Da die Regierungsebenen offenbar nur aufgrund von Abwägungen der Verfassungsschutzbehörden aktiv werden können, scheint sich auf Regierungs- und Parlamentsebene kein eigener politischer Wille auszuformen.

Im Gegenteil: Die Bundesregierung verweigert – was Deutschland betrifft – im Namen der Geheimhaltung Antworten auf entsprechende parlamentarische Anfragen, während sie ausführliche Berichte zu den alarmierenden Entwicklungen des christlichen Fundamentalismus außerhalb von Deutschland, etwa in Brasilien und Afrika veröffentlicht. Deutsche Parlamentarier haben nicht einmal das Recht, Unterlagen zu den Verhältnissen in Deutschland in geschützten Räumen einzusehen.

1 Vgl. Bundesamt für Verfassungsschutz (2020): Antisemitismus im Rechtsextremismus. Online unter: https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/hintergruende/DE/rechtsextremismus/antisemitismus-im-rechtsextremismus-3.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt geprüft am 13.09.2023.

Dass es dabei allerdings viel zu entdecken gebe, ist zweifelhaft: Anhand von Indizien kommt das Gutachten zum Schluss, dass die zuständigen Behörden mit dem Eindruck, einen Hochsicherheitstrakt zu bewachen, lediglich eine Leerstelle verdecken: Die letzte nennenswerte Dokumentation der Bundesregierung zum christlichen Fundamentalismus liegt, so das Gutachten, 20 Jahre zurück.

All dies steht in Kontrast zur realpolitischen Bedeutung, die der christliche Fundamentalismus ideologisch und organisatorisch inzwischen gewonnen hat, wobei die Entwicklung durch zwei erstaunliche Weichenstellungen überhaupt erst denkbar wurde. Zum einen war dies die Etablierung einer Allianz von evangelikalen, katholisch-fundamentalistischen und orthodoxen Bewegungen. Zum anderen durch deren radikale Reduktion des ‚theologischen' Anspruchs auf die Diabolisierung von Selbstbestimmungsrechten im Bereich von Reproduktion, von Lebensformen und geschlechtlicher Identität und des Kampfs gegen Diskriminierung und Ungleichheit. Erst dadurch wurden Anschlusstüren für die extreme Rechte, aber auch für eine Vielfalt esoterischer und verschwörungsorientierter Gruppierungen geöffnet.

Eine große Aussagekraft haben bereits die dokumentierten Finanzströme. Das Gutachten zitiert eine 2021 veröffentlichte Dokumentation des Europäischen Parlamentarischen Forums, nach der (zwischen 2009 und 2018) 707,2 Millionen US-Dollar in die „Anti-Gender-Bewegung" flossen. Hauptgeldgeber war eine Gruppe von 54 Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Stiftungen, religiösen Organisationen und politischen Parteien aus den USA, Russland und Europa (ohne Russland). Allein 81,3 Millionen US-Dollar stammten von 10 US-amerikanischen NGOs und konservativen Denkfabriken, die ihrerseits durch Stiftungen amerikanischer MilliardärInnen finanziert werden. Den Löwenanteil von 437,7 Millionen US-Dollar stellten europäische Geldgeber, darunter zwanzig private Stiftungen und transnationale NGO-Allianzen, ein Anti-Abtreibungsverband, eine Anti-LGBTQIA+-Kampagne, eine christliche Partei (auf europäischer Ebene), eine Social-Media-Plattform und eine Reihe pseudo-katholischer rechtsextremer Akteure. Hinzu kamen religiöse Institutionen und „paneuropäische faschistische Parteien".

Eines der erfolgreichsten Aktionsmodelle verfolgen auf evangelikaler Seite über 400 ‚Großkirchen', die mit einer derzeit kaum überschaubaren, am Schnellballsystem orientierten Bandbreite von Organisations- und Aktionsformen zwischen lokalen und regionalen, bzw. nationalen und internationalen Ebenen „hin- und herchangieren". Mit Hilfe der Gründung von immer neuen lokalen Kleingruppen werden einerseits die finanziellen Quellen erweitert, während so andererseits die ‚Mutterkirchen' schlagkräftiger werden. Großverbände wie z. B. die katholisch orientierte *Tradition, Family and Property* (TFP) haben bereits fast autarke Finanzstrukturen geschaffen.

Für einen zusätzlichen Machtzuwachs sorgt die Etablierung einer professionellen juristischen Ebene. So stellt ein US-Verband wie die *Alliance Defending Freedom* (ADF) auch (und gerade) regionalen (evangelikalen) Kleingruppen überall auf der Welt juristischen Beistand zur Verfügung, um über Musterprozesse gegenüber Verwaltungen Entscheidungen zugunsten der dauerhaften Aktionsfreiheit fundamentalistischer Akteure durchzusetzen.

Das Gutachten gibt freilich zu bedenken, dass mit ‚Aktionsfreiheit' oft eine verbale und politische Radikalisierung einhergehen kann, die sich mit Religionsfreiheit legitimiert und die zugleich für extrem rechte Bewegungen attraktiv ist. So liege die Tendenz zur Radikalisierung bereits in den fundamentalistischen Logiken selbst, etwa in ihrer Wiederbelebung des ‚Satans' in der politischen und ideologischen Auseinandersetzung. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass sich innerhalb des christlichen Fundamentalismus immer stärker abgehobene Führungsebenen entwickeln, denen nach innen eine verstärkte Sozialkontrolle entspricht. Zudem – so das Gutachten – könne die Energie von ‚diabolischer' Rhetorik jederzeit auf totalitäre Ziele unmittelbar gerichtet werden.

Vor diesem Hintergrund unterstreicht die Dokumentation, dass seit Jahren eine Fülle zivilgesellschaftlicher, journalistischer und wissenschaftlicher Literatur auf die Gefahren hinweist, aber – soweit überschaubar – lediglich ein einzelnes Forschungsprojekt auf europäischer Ebene von amtlicher Seite gefördert wurde. Diese Tatsache bestätigt den Befund des Papiers, dass ein schwer nachvollziehbarer Kontrast zwischen der Dramatik der Entwicklung und der ‚Nicht-Befassung' durch die Regierungen auf Länder- und Bundesebene besteht.

Vor diesem Hintergrund verweist das Gutachten auf einen im Mai 2023 vom Europaparlament verabschiedeten *Bericht über die Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation* geradezu als ‚Weckruf' an die Mitgliedsregierungen, auf die Entwicklung zu reagieren.

Das Parlament zeigt sich alarmiert über mehr Anti-Gender-Bewegungen in Europa, die sich gegen Fortschritte in der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und gegen die Rechte der Frauen und LGBTI+-Personen stellen, bzw. mit Desinformationskampagnen bestehende Rechte rückgängig machen wollen. Ihnen würden Finanzmittel in Millionenhöhe, u.a. aus Russland und den USA zufließen. Darüber hinaus gebe es deutliche Verbindungslinien zum Rechtsextremismus. Die Mitgliedsregierungen werden daher aufgefordert, Basisorganisationen und Bürgerinitiativen, die gegen diese Entwicklungen angehen, langfristig zu unterstützen. Die EU-Kommission soll einen EU-Rechtsrahmen gegen Desinformation und Hetze schaffen.

Eingedenk dieser Forderungen endet das Gutachten daher mit einem ausführlichen, an die Regierungen und Parlamente gerichteten Katalog von Empfehlungen für Forschung und Praxis. Die Veröffentlichung des Gutachtens, verfasst von Jobst Paul, durch CoRE NRW ist zeitnah zu erwarten.

Jobst Paul ist Mitarbeiter am DISS mit den Themenschwerpunkten Diskurs-, Rassismus- und Antisemitismusforschung

Verteidigung einer Illusion

Von Nadja Kutscher

Grundlage des folgenden Textes ist die aktuelle Veröffentlichung der Autorin im transcript Verlag mit dem Titel: „Das Narrativ vom ‚großen Austausch'. Rassismus, Sexismus und Antifeminismus im neurechten Untergangsmythos". Sie basiert auf einer im Vorjahr am Lehrstuhl für Menschenrechte der Universität Erlangen-Nürnberg eingereichten Dissertation. Für diese wurden per Kritischer Diskursanalyse (vgl. Jäger 2015) Texte aus den extrem rechten Publikationen Compact-Magazin und Sezession ausgewertet.

Geburten und Migration sind in extrem rechten Milieus seit Langem zwei Kernpunkte einer Erzählung: der des bedrohten, sterbenden, im Austausch begriffenen Volkes. Das Narrativ vom ‚großen Austausch', das seit Jahren besonders von Mitgliedern der sogenannten Neuen Rechten[1] verbreitet wird (Weiß 2017), vereint unter dieser Themenverknüpfung alle menschenverachtenden Topoi der extremen Rechten. Der österreichische Identitäre Martin Sellner, beschreibt in einem Kapitel der deutschen Übersetzung von Renaud Camus' Buch „Revolte gegen den großen Austausch", der 'große Austausch' sei genau das, was der Bewegung als übergreifender Begriff lange gefehlt habe, um Themen wie „Masseneinwanderung, Islamisierung, Demographiekollaps und andere negative Erscheinungen, die wir als Bedrohung unserer Identität erkannten" in einen Kontext zu bringen (Camus 2016, S. 190 f.).

Dem Austauschnarrativ zufolge würden Geburtenrückgänge unter als genuin deutsch oder europäisch verstandenen Bevölkerungen in Kombination mit unkontrollierter Migration aus dem Nahen Osten und afrikanischen Ländern dazu führen, dass das deutsche Volk bzw. europäische Völker aussterben. Schuld am ersten Aspekt, den Geburtenrückgängen, sei ein ausschweifender Feminismus, der traditionelle Rollenbilder und Familienwerte zerstört habe. Schuld an der Migration (aus bestimmten Teilen der Welt, wohlgemerkt) seien globale, oft als jüdisch codierte Eliten, die Zuwanderungsströme gezielt nach Europa leiten würden (Kutscher 2023).

Ich möchte für diesen Artikel zwei Punkte aus der Analyse der Erzählung (ebd.) herausgreifen, die mir besonders erstaunlich erscheinen. Zunächst gehe ich auf die Beobachtung ein, dass die Akteur:innen, die das Austauschnarrativ verbreiten, zwar stets auf die vermeintlich nötige Verteidigung eines von ihnen ersonnenen deutschen Volkes pochen, eben jenes jedoch nicht einmal in ihren eigenen Augen real existiert. Anschließend beschreibe ich, wie dem von der extremen Rechten als Feind auserkorenen (männlichen) Migranten Eigenschaften zugeschrieben werden, die sich das Milieu eigentlich für ihr deutsches Volk wünscht, es aber dennoch schafft, sie in das Negativbild des Feindes einzupassen.

ILLUSIONÄRE VOLKSBILDER

Wenn die extreme Rechte davon spricht, das deutsche Volk müsse gegen den 'großen Austausch' verteidigt werden, dann meint sie damit nicht die deutsche Bevölkerung. Ausgeklammert werden all jene, die per Rassifizierung als nicht genuin deutsch gelten (Kutscher 2023, S. 91-110). Doch selbst dieser Ausklammerung folgend entspricht das, was von der deutschen Bevölkerung übrigbleibt, nicht der extrem rechten Volksvorstellung. Ausführlich wird in entsprechenden Veröffentlichungen dargelegt, wie selbst die qua Rassifizierung zu Deutschen Erklärten dem Volk schaden und zu seiner Zersetzung beitragen. Die so beschriebene Bevölkerung sei an einer Stärkung des Volkes nicht interessiert und schon gar nicht bereit, für die Verteidigung des Volkes einzustehen (ebd., S. 142-149).

So entsteht ein Bild der Volksfeinde im Inneren, die zwar aufgrund ihres rassifizierten Deutschseins nie ganz aus dem gedanklichen Volkskonstrukt ausgeschlossen werden können, doch in eine Schaden bringende Randposition geraten – sei es aufgrund einer 'falschen' politischen Gesinnung, einer 'volksschädlichen' Sexualität, fehlender Kinder oder fehlendem Verteidigungssinn. Ein Volk, wie es sich die extreme Rechte wünscht und herbeiredet, existiert so noch nicht einmal in ihren eigenen Augen.

Es überrascht angesichts dessen nicht, dass das zu verteidigende, gute Volk in Texten über den 'großen Austausch' – wenn überhaupt – nur vage beschrieben wird. Vielmehr macht sich das Eigene hauptsächlich an der Ablehnung des Anderen fest (Kutscher 2023, S. 135-142). Beispielhaft können hierzu Darstellungen zum Frauenbild dienen: Durch die Beschreibung des

1 Zum Begriff der „Neuen Rechten" siehe auch: Kellershohn, Helmut; Becker, Andrea; Schlöter, Laura (2023): Die Haltung der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einführung, in: DISS-Journal Sonderausgabe #6, S. 4-7.

Anderen als Vergewaltiger oder berechnendem Eroberer, wird das Eigene zum Gegenbild all dessen. Jobst Paul (2019, S. 48 f.) führt diesbezüglich aus, dass eine Selbsterhöhung des Eigenen, die sich aus der Herabsetzung des Anderen ergibt, „auch mehr oder weniger stillschweigend impliziert sein [kann]".

Eben das geschieht hier: Der rassifizierte Andere wird derart detailliert geschmäht, dass sich das Eigene als Gegenpol nur daraus ergibt. Lediglich vage Verweise auf geschichtliche Errungenschaften, Blutlinien oder Tradition finden sich in den Texten. Die Auslassung von Details bietet der extremen Rechten gewisse Spielräume, was genau denn nun das Eigene ausmacht; wie schwer das Ausbuchstabieren einer vermeintlich gemeinsamen, homogenen Kultur ist, haben Debatten in der Vergangenheit hinreichend gezeigt (Kutscher 2023 S. 136-139). Hinzu kommt: Eine detaillierte Darstellung des Eigenen ist schlichtweg nicht nötig. Denn in Wahrheit geht es in dem Narrativ nicht darum, ein Volk – das doch selbst in den Augen seiner Verfechter nichts als Illusion ist – zu verteidigen, sondern darum, den Feind zur Gefahr zu machen, zu schmähen und zu entmenschlichen.

ABWERTENDE BEWUNDERUNG

Die extreme Rechte zeichnet das Bild unkontrolliert und unberechtigt einströmender Migrant:innen, die von Eliten gesteuert nach Europa und Deutschland gelangen, um dort eine vermeintlich homogen-*weiße*[2] Bevölkerung zu ersetzen. Damit die Bedrohung, die das Narrativ trägt, verfangen kann, werden gerade dem Stereotyp des nicht-*weißen* männlichen Migranten gewisse Eigenschaften zugeschrieben. Bekannt nicht nur aus extrem rechten Milieus ist etwa die Ethnisierung von Sexismus (Jäger et al. 2019), also der Topos des sexuell übergriffigen Migranten, der eine Bedrohung für die *weiße* deutsche Frau darstellt. Auch das Sprechen über Kriminalität durch 'Familienclans' oder über Misogynie und Unterdrückung von Frauen durch migrantisierte Männer findet sich weit über extrem rechte Zusammenhänge hinaus (vgl. Shooman 2014). Im Austauschnarrativ werden diese und weitere Topoi reproduziert, um die angebliche Bedrohung des deutschen Volkes greifbar zu machen.

Betrachtet man diese Zuschreibungen im Detail, fällt auf, dass dem migrantisierten Anderen im Grunde Eigenschaften zugewiesen werden, die sich die extreme Rechte für ihr deutsches Volk wünscht: Volks- und Familiensinn, ein hierarchisches Geschlechterverhältnis, Stolz und Wehrhaftigkeit. Dass es in dem Narrativ gelingt, solche Eigenschaften bzw. Zuschreibungen für das Eigene positiv, für den Anderen als negativ darzustellen, liegt in der Geist/Körper- oder Kultur/Natur-Dichotomie begründet.

Das deutsche Illusionsvolk der extremen Rechten wird als zivilisiert und kultiviert dargestellt – als Gegenpol zu einem Anderen, der als unberechenbarer, zügelloser Feind beschrieben wird. Dieser verkörpert den Pol der Natur, ist unersättlich, instinktgeleitet, während das Eigene als kontrolliert, vernünftig und objektiv handelnd beschrieben wird (Paul 2019; Kutscher 2023). Diese grundlegende Unterteilung ermöglicht es, die gleichen Eigenschaftskonstruktionen auf der einen Seite als negativ und abzulehnend und auf der anderen Seite als erstrebenswert und nobel auszulegen.

2 Das Adjektiv „weiß" wird als Konstrukt verstanden und soll deshalb aus dem Schriftbild hervortreten. In der Antirassismusforschung verbreitet ist die Kursivierung des Begriffs „weiß" und die Großschreibung des Begriffs „Schwarz", da letzterer als politische Selbstbezeichnung verstanden wird (vgl. Sow 2009, S. 25; Hornscheidt/Nduka-Agwu 2010, S. 32 f.).

Erscheinungsjahr 2023, 236 S., Open Access
www.transcript-verlag.de/978-3-8394-6966-8

Beispielhaft deutlich wird dies an der Darstellungen des rassifizierten, migrantisierten Mannes als testosterongesteuert und stark. Während sich die extreme Rechte vom 'deutschen Mann' Stärke und Durchsetzungsvermögen wünscht, schmäht sie die Eigenschaften im Anderen, da dieser in seiner Stärke als überbordend und unersättlich dargestellt wird – seine Stärke geht in Angriff und (sexuelle) Gewalt über. Ähnlich ist es mit Blick auf Familienbilder zu beobachten: Der von der extremen Rechten ersehnte Familiensinn schwappt beim Feind in ausschließende Gemeinschaftsstrukturen und Clanmentalität über.

Im Bild des Anderen werden (aus extrem rechter Sicht) positive Grundlagen ins Negative verkehrt, da sie bei ihm ausschlagen. Ähnlich kolonialer Beschreibungen von Einheimischen als kindgleich und unberechenbar, wird dem Anderen zugeschrieben, mit seinen Anlagen nicht recht umzugehen und übers Ziel hinauszuschießen. Auch hier suggeriert die oben erwähnte implizierte Entgegensetzung, dass das eigene Volk mit den gleichen Eigenschaften umzugehen wisse – geordnet und verantwortungsvoll (Kutscher 2023, S. 169-172).

FAZIT

Bei der Untersuchung des Narrativs vom ‚großen Austausch' wird spätestens auf den zweiten Blick klar: Hier geht es nicht darum, tatsächlich bedrohte Menschen oder Gemeinschaften zu schützen. Es geht darum, den absoluten Hass auf den rassifizierten Feind und die darauf basierenden menschenverachtenden politischen Forderungen – wie die Verweigerung des Rechts auf Asyl – der extremen Rechten zu rechtfertigen. Wo das deutsche Volk als akut bedroht oder bereits in Vernichtung begriffen gezeichnet wird, heiligt der Zweck der vermeintlichen Verteidigung alle Mittel.

Die Themenverschränkung von Migration und Geburtenraten macht Intersektionen von Rassismus und Sexismus zur tragenden Säule des Narrativs. Dabei erfolgen immer wieder Rückgriffe auf rassistisch-sexistische Topoi, die fest im öffentlichen Diskurs verankert sind – explizit auch außerhalb extrem rechter Milieus. Die Tradiertheit dieser Topoi auch im hegemonialen Diskurs ermöglicht es den Akteur:innen, Einfallstore auch außerhalb der eigenen Filterblase zu nutzen. Es bleibt deshalb stete Aufgabe von Wissenschaft und gesellschaftlicher Öffentlichkeit, der Reproduktion solcher Versatzstücke extrem rechter Narrative entgegenzuwirken und ihre undemokratischen, menschenverachtenden Grundlagen offenzulegen.

Nadja Kutscher studierte Politikwissenschaften am Erlanger Lehrstuhl für Menschenrechte. Sie arbeitet und forscht zu extrem rechten Narrativen, Gender-Themen und Diskriminierung.

LITERATUR

- Camus, Renaud 2016: Revolte gegen den Großen Austausch. Schnellroda: Verlag Antaios.
- Hornscheidt, Lann/Nduka-Agwu, Adibeli 2010: Der Zusammenhang zwischen Rassismus und Sprache. In: Nduka-Agwu, Adibeli/Hornscheidt, Lann (Hg.): Rassismus auf gut Deutsch. Ein kritisches Nachschlagewerk zu rassistischen Sprachhandlungen. Frankfurt/M: Brandes & Apsel, S. 11-52.
- Jäger, Margarete/Kroppenberg, Max/Nothardt, Benno/Wamper, Regina 2019: #120Dezibel: Frauenrechte oder Antifeminismus? Populistische Diskursstrategien der extremen Rechten und Anschlussstellen im politischen Mainstream. Düsseldorf.
- Jäger, Siegfried 2015: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast.
- Kellershohn, Helmut; Becker, Andrea; Schlöter, Laura 2023: Die Haltung der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Einführung, in: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung: Konzepte der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. DISS-Journal Sonderausgabe #6, S. 4-7.
- Kutscher, Nadja 2023: Das Narrativ vom „großen Austausch". Rassismus, Sexismus und Antifeminismus im neurechten Untergangsmythos. Bielefeld: transcript Verlag.
- Paul, Jobst 2019: Der binäre Code. Leitfaden zur Analyse herabsetzender Texte und Aussagen. Frankfurt/M: Wochenschau.
- Shooman, Yasemin 2014: „… weil ihre Kultur so ist". Narrative des antimuslimischen Rassismus. Berlin, Bielefeld: transcript.
- Sow, Noah 2009: Deutschland Schwarz Weiß. Der alltägliche Rassismus. München: Wilhelm Goldmann Verlag.
- Weiß, Volker 2017: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Körperliche Selbstbestimmung – für wen?

DER FEMINISTISCHE DISKURS UM ABTREIBUNG

Von Hannah Kaufmann

Das Thema Abtreibung ist und war ein zentrales Anliegen für die feministische Bewegung. Während sich einige noch an die Aktion „Ich habe abgetrieben" im Stern 1971 erinnern, denken andere an die entgegengesetzte Lebensschutzbewegung, die Märsche für das Leben, oder zuletzt an die verheerende Entscheidung um Roe vs. Wade in den USA. In Deutschland ist Abtreibung seit 1871 durch den Paragraf 218 im Strafgesetzbuch illegal, heute jedoch bei bestimmten Indikationen nicht strafbar. Seit den 1930er Jahren gab es zusätzlich den § 219a, der es Ärzt*innen verbot, über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. Jahrzehntelang kämpfte die deutsche feministische Bewegung gegen diese Regelungen. Zwei zentrale Ereignisse prägten und verstärkten den Diskurs um Abtreibung in den letzten Jahren und stecken somit einen Rahmen ab, in dem eine Kritische Diskursanalyse interessant erscheint.

Am 24.11.2017 wurde die Ärztin Kristina Hänel wegen Verstoß gegen den § 219a verurteilt. Diese Verurteilung löste eine Welle der Solidarität und Aufmerksamkeit für das Thema aus. Hänel reichte später eine Verfassungsbeschwerde ein. Aber erst 2022 wurde unter der Ampel-Regierung der § 219a gestrichen und eine Kommission eingesetzt, um zu prüfen, ob eine Regulierung für den Schwangerschaftsabbruch außerhalb des Strafgesetzbuches möglich ist.

Bei der Analyse des Diskurses wurde sich zunächst auf das feministische Feld konzentriert. Dafür wurden zwei Strukturanalysen mit dem Zeitraum 17.11.2017–01.05.2023 durchgeführt. Um ein möglichst breites Spektrum eines feministischen Sagbarkeitsfeldes vom Zweite-Welle-Feminismus bis zum Vierte-Welle-Feminismus abzustecken, wurden die traditionsreiche EMMA und das neuere MISSY MAGAZINE zur Analyse herangezogen.

EMMA – GEGEN EINE UNTERDRÜCKUNG DURCH KIRCHE UND STAAT

Die Analyse konnte zeigen, dass der Abtreibungsdiskurs in den Artikeln der EMMA mit verschiedenen anderen Diskursen verschränkt ist. Zuerst fallen der medizinische und juristische Diskurs ins Auge. Hier kommt die Frage auf, warum der rechtliche Rahmen des Schwangerschaftsabbruchs so oft zur Sprache kommt und ein feministisches Magazin nicht anders an das Thema herantritt. Die EMMA, vor allem die Autorin Alice Schwarzer, blickt auf einen langen Kampf gegen diese Regelung zurück, in dessen Tradition sie immer noch steht – und gerade da sich nach wie vor nichts an dem Paragrafen 218 verändert hat, scheint sie an der rechtlichen Perspektive festzuhalten.

Zweite-Welle-Feminismus: Die Emma blickt zurück auf einen langen Kampf gegen § 218 und § 219a. Geschlechtsangleichung oder das Tragen eines Kopftuches versteht sie hingegen nicht als Teil körperlicher Selbstbestimmung. (Ill.: Cover Emma 5/2023)

Aus anderen Diskursverschränkungen lässt sich darüber hinaus eine staats- und auch kirchenkritische Haltung des Magazins ablesen: Die Aussage *Unterdrückung kommt aus der Liaison von Kirche & Staat*, sowie die Häufigkeit der Themen katholische Kirche, Papst oder Vatikan belegen diesen Standpunkt. Eine Dreifachverschränkung zwischen Abtreibungs-, Islam- und Parteiendiskurs stützt ebenso eine staatskritische Position, wie auch eine kritische Haltung gegenüber dem politischen Islam. Die Gefahr, die laut EMMA von ihm ausgehe, werde von der Politik nicht ausreichend wahrgenommen (vgl. Schwarzer, 15.12.21). Des Weiteren führt auch die Verschränkung des Abtreibungsdiskurses mit dem Geschlechterdiskurs und dem Thema Transgeschlechtlichkeit zu interessanten Effekten.

Als Dreifachverschränkung mit dem Parteiendiskurs wirkt sie ebenfalls staatskritisch (Kritik am neuen Transsexuellengesetz). Darüber hinaus fügt sich die Verschränkung aber in einen generellen Standpunkt der Autor*innen ein, der den „Trend" zu Hormonbehandlungen zur Geschlechtsangleichung bei Jugendlichen als gefährliche „neue Geschlechtsrol-

len-Zwänge“ (Schwarzer, 15.12.21) einstuft und darüber hinaus auf der biologischen Zweigeschlechtlichkeit beharrt. Besonders interessant ist der sich daraus ergebende Standpunkt bzw. die Grenzen des Sagbarkeitsfeldes zu körperlicher Selbstbestimmung: Transition, das Tragen eines Kopftuches oder auch Sexarbeit werden abgelehnt bzw. als Unterdrückungsmechanismen verstanden und werden somit nicht als Teil körperlicher Selbstbestimmung verstanden.

Ein weiterer Aspekt, der die Grenze des Sagbaren absteckt, ist die Frage, bis wann eine Abtreibung für legitim gehalten wird. Die EMMA vertritt dabei die Meinung, dass es das Recht der Frau sein muss, über ihren Körper zu entscheiden, solange das „werdende Leben“ ihren Körper noch nicht verlassen hat (o. A., 3.11.17). Andere Positionen oder Argumente zu dieser Frage tauchen im untersuchten Korpus nicht auf.

Aus der Strukturanalyse ergibt sich insgesamt ein Bild patriarchaler Unterdrückung durch Kirche und Staat, gegen die von feministischer Seite seit den 1970er Jahren gekämpft wurde und es auch weiterzukämpfen gilt. Durch Aussagen, die Selbstbestimmung als Kompetenz von Betroffenen unterstreichen, Schwangerschaftsabbrüche normalisieren oder auf Schadwirkungen der restriktiven Gesetzgebung (Versorgungsnotlage, Wissensdefizit bei Ärzt*innen) aufmerksam machen, wird die eigene Position stark gemacht und das Aufbegehren gegen die Unterdrückung legitimiert. Die institutionelle Politik wird nur selten als Lösungsakteur angesprochen. Man wirft ihr vor, sich gegen die Mehrheit nach der Kirche zu richten: „Seither bewegt sich der deutsche Staat auf einem Zickzackkurs, auf dem er es vor allem einem recht machen will: dem Vatikan und seinen AnhängerInnen – statt seinen Millionen Bürgerinnen“ (Schwarzer, 30.1.19).

In der EMMA wird häufig über Abtreibungsgegner*innen berichtet (insbesondere durch Bezüge in die USA), was einen Besorgnis erzeugenden Effekt hat. Gleichzeitig wirkt die große Anzahl an Themen, die sich auf feministische Aktionen beziehen, auch bestärkend für betroffene Leser*innen.

MISSY – SELBSTBESTIMMUNG INTERSEKTIONAL DENKEN UND GEMEINSAM ERKÄMPFEN

Auch im MISSY Magazin ist der Abtreibungsdiskurs vielfältig mit anderen Diskursen verschränkt und wird mit verschiedenen gesellschaftspolitischen Themen assoziiert. Besonders interessant ist die Diskursverschränkung mit dem ökonomischen Diskurs, die vor allem in der Aussage *Unterdrückung ist intersektiona*l zum Tragen kommt und dem Magazin eine kapitalismuskritische Position verleiht. Die intersektionale Position, die das Magazin nicht zuletzt für sich selbst beansprucht, wird also auch in Verbindung mit dem Thema Abtreibung deutlich. Neben dem ökonomischen Diskurs macht dies auch die Diskursverschränkung mit dem Geschlechterdiskurs sowie den Themen Behinderung und Flucht deutlich. Körperliche Selbstbestimmung muss für die Autor*innen der MISSY für alle Geschlechter gelten und „[…] wir müssen verstehen, dass Schwangerschaftsabbrüche kein Thema sind, dass nur cis Frauen negativ betrifft“ (Apraku, 11.07.22). Einen Eingriff in die Selbstbestimmung verstehen die Autor*innen immer als politisches Machtmittel gegen marginalisierte Gruppen. Und da alle

Dritte und vierte Welle: Das popkulturelle Missy Magazine verbindet den Kampf gegen § 218 und § 219a mit antirassistischen, transaktivistischen und antikapitalistischen Kämpfen um Selbstbestimmung. (Ill.: Grafikelement links unten vergrößert)

Unterdrückungsformen intersektional ineinandergreifen, müssen diese auch zusammen gedacht und bekämpft werden.

Darüber hinaus wird als Quelle der Unterdrückung weniger die Kirche verstanden, als vielmehr gesellschaftliche Strukturen, die nicht loszulösen sind von kapitalistischen und rassistischen Verhältnissen, die aber vor allem von der Neuen Rechten und fundamentalistisch-religiösen Akteuren aufrechterhalten werden. Die Neue Rechte wird als besondere Gefahr herausgehoben, die neuerdings die antifeministischen Proteste der Lebensschützer*innen unterstütze.

Als ein besonders zentrales Mittel im Kampf gegen die Unterdrückung (insbesondere im Sinne einer Tabuisierung) wird die Entstigmatisierung des Themas Abtreibung – konkret ein möglichst offenes Sprechen möglichst überall – herausgestellt.

Auch das MISSY Magazin markiert die Geburt als Grenze für eine Abtreibung: „Kein*e Feminist*in kann ein Szenario wollen, in dem es legal wäre, ein halb geborenes Kind einer Sichtkontrolle auf die Schwere der Beeinträchtigung zu unterziehen und es dann totzuspritzen, wenn es ‚schlimmer‘ ist, als die dann doch nicht zukünftige Mutter es sich vorstellen kann“ (Achtelik, 17.03.20)

DAS FEMINISTISCHE SAGBARKEITSFELD

Aus beiden Analysen ergibt sich eine zentrale Stellung der körperlichen Selbstbestimmung. Was aber genau darunter zu verstehen ist, darüber herrscht in dem feministischen Diskurs Uneinigkeit. Überall wird (gewollte) patriarchale Unterdrückung als Grund für das eingeschränkte Recht auf Abtreibung erkannt. Trotzdem lässt sich die intersektionale Vorstellung von Selbstbestimmung im MISSY Magazin kaum mit dem Verständnis patriarchaler Unterdrückung der EMMA vereinen. Während Missy den Kampf um Selbstbestimmung mit den antirassistischen und transaktivistischen Kämpfen verbindet, warnt EMMA vor einer Gefährdung der Selbstbestimmung durch transsexuelle Identitäten und politischen Islam.

Ebenso gibt es keine eindeutige Position dazu, ob die Politik als geeignete Lösungsakteur*in betrachtet wird oder nicht. Mal werden die Parteien und ihre Wirkungsmacht angesprochen (EMMA), während in anderen Momenten der Fokus darauf liegt, wie zivilgesellschaftlich für das Recht gekämpft werden kann, wobei die Parteien teilweise lächerlich gemacht werden (MISSY).

Besonders durch zwei Feinanalysen konnten Kollektivsymbole und normalisierende Effekte herausgearbeitet werden. Besonders fällt eine Rückschritt-Fortschritt Achse ins Auge: Körperliche Selbstbestimmung wird als fortschrittlich, deren Restriktion durch Abtreibungsgesetze hingegen als rückschrittlich eingestuft. Entsprechend wird vor einem Backlash gewarnt, der die Regelungen wieder verschärft und so das Selbstbestimmungsrecht einschränkt – dieser nimmt im Dossier der EMMA einen wichtigeren Platz ein. Im feministischen Diskurs scheint Einigkeit zu bestehen, dass Abtreibungen etwas Normales sind, worüber offen gesprochen werden sollte. Diese Normalität wird ganz im Sinne der Normalismustheorie durch statistische Dispositive und den Verweis auf Durchschnitte hergestellt (vgl. Jäger & Jäger 2007, S. 62). So wird zum Beispiel in beiden Heften mit Verweis auf Studien belegt, dass Abtreibungen nicht traumatisch seien. Die EMMA bezeichnet Schwangerschaftsabbrüche als „universelles Vorkommnis in allen Bevölkerungsschichten" (Schwarzer, 03.09.22) und weist darauf hin, dass eine Mehrheit gegen die geltende rechtliche Regelung sei. Im MISSY Magazin kann zudem das offene Sprechen über Schwangerschaftsabbrüche als normalisierende Strategie herausgearbeitet werden.

Aus den Struktur- und Feinanalysen ergibt sich ein Bild patriarchaler Unterdrückung, gegen die die Betroffenen kämpfen. Beide Magazine sprechen dabei aus einer „Wir"-Position der Betroffenen. Die Unterdrücker-Position wird neben Politiker*innen vor allem von der Lebensschutzbewegung besetzt. Sowohl Kirche als auch Neue Rechte werden hierbei als wichtige Akteur*innen herausgearbeitet.

Neben der Struktur des Diskurses stellt sich die Frage nach den Grenzen des Sagbarkeitsfeldes. Was die Abtreibung selbst betrifft, kann festgehalten werden, dass deren Rechtfertigung nur bis zur Geburt reicht. Es wird an keiner Stelle davon gesprochen, dass es die Möglichkeit geben solle, auch während oder nach der Geburt ein Kind nicht zu bekommen. Daran anknüpfend werden auch Themen wie Adoption oder Kinderwunsch nicht angesprochen. Ganz kurz wird in der MISSY das Thema Regretting Motherhood angesprochen, jedoch wird es nicht weiter expliziert. Dieser Umstand verdeutlicht, dass es im feministischen Diskurs um Abtreibung weniger um die Themen Schwangerschaft oder Kinderkriegen geht als allgemein um das Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Eine moralische Debatte um das Leben der Föten wird abgelehnt und der Diskurs eher dahingehend geprägt, dass der Körper der Schwangeren und ihre Selbstbestimmung im Mittelpunkt stehen.

Insgesamt konnte durch die Analyse en détail gezeigt werden, dass es auch innerhalb des hier untersuchten Teiles des Abtreibungsdiskurses zu Deutungskämpfen kommt zwischen einer Diskursposition, die eher dem Zweite-Welle-Feminismus entspricht, und einer der dritten und vierten Welle. Obwohl beide die Möglichkeit für eine legale und sichere Abtreibung fordern, ist das Thema so vielfältig und eng mit anderen verflochten, dass widersprechende Standpunkte auftauchen. Es kann aber auch festgehalten werden, dass neben allerlei (durchaus wichtigen und existenziellen) feministischen Deutungskämpfen in einem Punkt Einigkeit besteht: Entgegen den diskriminierenden rechtlichen Regelungen, sollte jede schwangere Person selbst entscheiden dürfen, ob sie die Schwangerschaft abbrechen möchte oder nicht und dabei hinreichend medizinisch unterstützt werden.

Hannah Kaufmann studiert Politikwissenschaft in Bamberg und Frankfurt am Main. Als Praktikantin am DISS erforschte sie den feministischen Diskurs über Abtreibung. Ihre komplette Kritische Diskursanalyse ist auf Nachfrage beim DISS erhältlich.

Das deutsche Fernsehen und der Fall ›Rassismus‹ Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im Tatort und in politischen Talkshows

ISBN 978-3-89771-775-6
Unrast-Verlag, 2021
Seiten: 164
Reihe: Edition DISS Band: 46
Ausstattung: Softcover

Das vermeintliche Wissen, das über Sinti*ze und Rom*nija kursiert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontakterfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ›Sinti und Roma‹ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag, Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.

„Zahraas Erwartungen in ihrem Traumland“

VON KRIEG, MUT UND HOFFNUNGEN: EIN INTERVIEW MIT EINER SYRERIN, DIE NACH DEUTSCHLAND GEFLOHEN IST

Von Berivan Slemann

„Alle fragen: Warum willst du noch studieren? Du bist zu alt! Der wahre Grund seid ihr. Das ist eure Schuld. Also ohne Aufenthaltserlaubnis darf man nicht an Sprachkursen teilnehmen“ (Zahraa)

Zahraa wurde zu ihren Fluchterfahrungen und ihrer Einstellung zur deutschen Flüchtlingspolitik interviewt. Ihre Antworten werden im Folgenden zusammengefasst und eingeordnet. Dies ist ein Versuch, zu zeigen, wie Menschen darauf reagieren, wenn sie durch Krieg und ein autoritäres Regime gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen und sich kriminellen Fluchthelfern anzuvertrauen.

Am Anfang des Artikels sollte angemerkt werden, dass meine Wahl dieses Themas auf die Tatsache zurückzuführen ist, dass ich die tragischen Momente und Härten einer Flucht aus Syrien selbst erlebt habe und sie deshalb gut nachvollziehen kann. Durch das Interview wollte ich die Meinung der betroffenen Person selbst hören, was häufig nicht passiert. Diese wird außerdem von meinem Standpunkt aus auch diskutiert. Insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige Asylpolitik und Verbesserungsmöglichkeiten. Wenn diese Vorschläge berücksichtigt würden, würde dies einen erheblichen Fortschritt in der Fluchtpolitik darstellen und Flüchtlinge ein hohes Maß an Integration und Offenheit in ihren neuen Gesellschaften erreichen.

„WIR VERDIENEN EIN BESSERES LEBEN“

Der Syrienkonflikt seit 2011 hat zu einer der größten Fluchtbewegungen der Welt geführt. Dies hat die Menschen gezwungen, sich auf gefährlichen Wegen ins Ungewisse zu begeben.

Allerdings muss die Flucht nicht immer eine spontane Reaktion sein, sondern kann eine seit Jahren geplante Entscheidung sein. Und diese Gründe können das Ergebnis kumulativer Ursachen sein, die immer schlimmer werden, bis zu dem Punkt, dass der Einzelne sie nicht mehr ertragen kann und bei dem Versuch, die Situation zu verbessern, scheitert. So war es bei Zahraa: Sie ist eine von Millionen syrischen Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit ihr Heimatland verließen. Wenn das Leben von Angst und Hilfslosigkeit geprägt ist, bleibt diesen Menschen keine andere Wahl, als ihre traurigen Erinnerungen in einen Koffer zu packen und in ein unbekanntes Morgen zu fliehen. Die Wahrheit ist also, dass die individuellen Fluchtgründe vor dem Syrienkrieg zum Teil ganz unterschiedlich waren, aber als es zu einem bewaffneten Konflikt kam, ging es vor allem darum, sich selbst, die Familien und die Kinder für ein besseres Leben zu retten.

> *„Die Situation verschlechterte sich, die Grundlagen des Lebens und die Gesamtsituation auch. Und wegen des Krieges mussten wir von einem Ort zum anderen ziehen. Die Situation war sehr schlimm, man konnte darin psychisch nicht leben… Es ist Krieg, kein Strom, Panzergeräusche! [...] Wir wollten fliehen, wir wollten ein besseres Leben“* (Zahraa)

Mit der Formulierung „Von den Kriegszeiten zu einem neuen Himmel voller Hoffnungen und Leben in einer neuen Zukunft“ beginnt Zahraa ihre erste Antwort. Sie ist in Syrien geboren und aufgewachsen. Sie war 19 Jahre alt, als sie aus Syrien nach Deutschland kam. Die Fluchtentscheidung war für sie und ihre Familie kein Zufall oder spontane Reaktion auf die Eskalationen durch das Regime zu Beginn der Konflikte, sondern war ein Gedanke, der innerhalb der Familie schon länger präsent war. Sie floh mit ihrer Mutter und zwei Schwestern aus Syrien, nachdem ihr Vater und drei weitere Schwestern nach Deutschland geflohen waren. Sie nahmen den Landweg in die Türkei. Gemeinsam mit vielen anderen Flüchtlingen bestiegen sie ein kleines überfülltes Boot aus der Türkei über das Mittelmeer an die griechische Küste. Sie hatten keine andere Möglichkeit und mussten die gefährliche Überfahrt in einer Gruppe aus vier Frauen wagen. Nach einer langen und entbehrungsreichen Reise erreichten sie schließlich die Küste Europas, wo sie auf Rettungskräfte und Hilfsorganisationen trafen, die ihnen Schutz und Unterstützung boten.

In Deutschland angekommen, musste Zahraa sich zunächst in einem Flüchtlingslager registrieren lassen und auf ihr Asyl-

verfahren warten. Während dieser Zeit lernte sie Deutsch und nahm an Integrationskursen teil, um sich in ihre neuen Traumheimat zurechtzufinden. Schließlich erhielt Zahraa die offizielle Aufenthaltsgenehmigung und konnte für ihre Karriere planen. Sie studiert zurzeit soziale Arbeit und arbeitet als Familienhelferin beim Jugendamt. Durch ihren Mut und ihr starkes Beharren, konnte sie ihre Träume verwirklichen.

FLÜCHTLINGE ALS HELD*INNEN

Bekanntlich werden Flüchtlinge oft klischeehaft als schwach und hilflos dargestellt. Dazu werden sie von Rettungsorganisationen fotografiert, wenn sie ihnen Essen, Wasser, Kleidung und Decken geben, um sich selbst als Held*innen und freundliche Retter*innen zu zeigen. Diese Bilder zeigen aber nur die halbe Wahrheit. Insbesondere wenn es um den Zusammenhalt zwischen den Geflüchteten geht.

> *„Die jungen Männer hatten die Grenzzäune heruntergezogen, damit wir und die anderen darunter hindurchgehen konnten. Ich kann mich gut erinnern, als ich meine Mutter und meine beiden Geschwister nicht finden konnte. Da kam ein junger Mann, um mir zu helfen. Ich habe seine Hand fest gegriffen. [...] Ich kannte ihn nicht, aber ich packte ihn aus Angst. Ich war beruhigt“* (Zahraa)

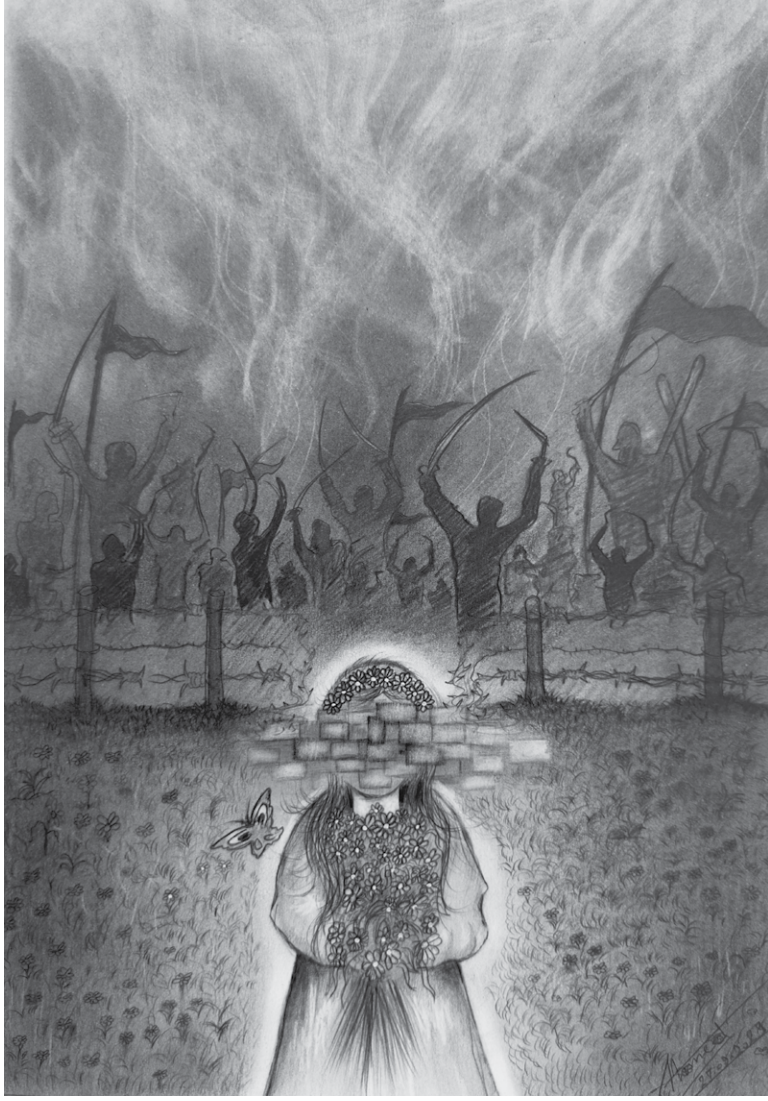
Dieses Zitat zeigt, dass Flüchtlinge nicht immer hilflos sind. Sie haben gemeinsame Ziele, die sie verbinden und dazu bewegen, sich gegenseitig solidarisch zu helfen und ihre Träume zu verwirklichen. Zahraa erzählte auch, dass die Männer Frauen, Kindern und älteren Menschen viel geholfen hatten. Sie sind ins Meer gegangen, um die Gruppe sicher an die Küste zu bringen. Sie trugen schwere Taschen von anderen. Sie beruhigten weinende Mütter und schützten Frauen vor Gefahren.

WAS KÖNNTE PASSIEREN, WENN DIE FLÜCHTLINGSPOLITIK ANDERS AUSGESTALTET WÄRE?

Länder die Flüchtlinge aufnehmen, sollten versuchen, eine neue Perspektive für diese zu schaffen und sie rechtlich und sozial gleichstellen. Die Betroffenen sehen hier aber oft große Mängel. Dazu könne man viel sagen, antwortet Zahraa, als sie gefragt wird: „Was würden Sie an der Flüchtlingspolitik ändern, wenn Sie die Möglichkeit hätten zu entscheiden?“ Sie hat folgende Verbesserungsvorschläge gemacht:

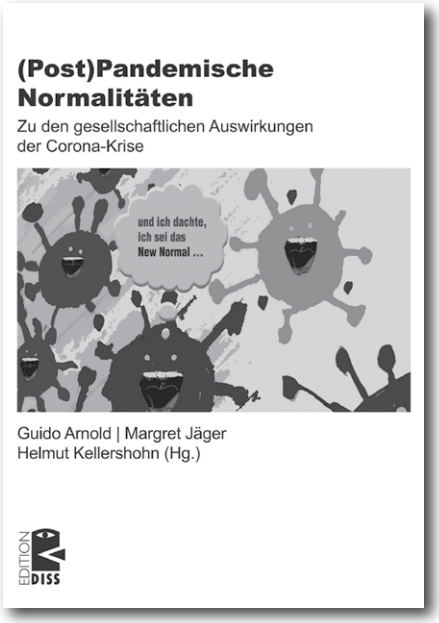
1.VERBESSERUNG DER LAGERBEDINGUNGEN

> *„Mein Bruder blieb sieben Monate im Lager und litt unter schweren Depressionen. Stellen Sie sich vor, jeden Tag der gleiche Ablauf, keine Kommunikation mit der Außenwelt. Allein das reicht aus, um psychisch krank zu werden. Nicht nur er, es gibt Leute, die wegen des großen psychischen Drucks, dass sie nicht herausgehen dürfen, drogenabhängig sind. Ich empfehle aus psychischen und sozialen Gründen, dass die Menschen nicht längere Zeit in Lagern bleiben“* (Zahraa)



Kohlezeichnung von Ahmed Slemann

Zahraa hat etliche Vorbehalte gegenüber dem deutschen Flüchtlingsrecht und wie Deutschland mit Flüchtlingen umgeht. Rahmenbedingungen, die die Freiheit der Flüchtlinge beschränken, hält sie für unzulässig. Sie betont, dass dies eine Enttäuschung für die neu ankommenden Migranten darstellt. Aufgrund von eingeschränkten Kontakten, fehlender Kommunikationssprache, Schwierigkeiten bei der Integration und der Angst vor Ablehnung in dem neuen Land durch die Einheimischen, sind sie psychisch nicht in der Lage, sich an ihr neues Leben anzupassen. Auch die Furcht vor Verzögerung oder Ablehnung des Asylantrags spielt von Anfang an eine große und entscheidende Rolle im Leben der Flüchtlinge. Wenn die zuständigen Gerichte bzw. Behörden das Verfahren verzögern oder wenn es eine Lücke in den Dokumenten und Beweisen gibt, kann das Asylverfahren mehrere Monate bis Jahre dauern, was zu einem langfristigen Gefühl von Unsicherheit führen kann. Außerdem wollte Zahraa diesen Aspekt des psychischen Drucks durch einige Erfahrungen in ihrem familiären Umfeld hervorheben. Als schwierige Erinnerung schildert sie ein beeindruckendes Ereignis von ihrem erkrankten Bruder: „Als mein Bruder, der ca. ein Jahr vor uns angekommen war, meine Mutter gesehen hat, legte er seinen Kopf in ihren Schoß und weinte stundenlang. Das war ein unvergessliches Moment, er war vor lauter Verzweiflung eine ganz andere Person.“



(Post-)Pandemische Normalitäten
Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise
Guido Arnold | Margret Jäger | Helmut Kellershohn (Hg.): Unrast-Verlag
Edition DISS Band 50 | ISBN 978-3-89771-7
Dezember 2022 | 160 Seiten | 19,80 €

Das Buch versammelt Beiträge, die unter der leitenden Fragestellung stehen, welche »neuen Normalitäten« durch die Corona-Krise generiert werden. Worin besteht ihre bestimmte Qualität und in welcher Relation stehen sie zu den vorpandemischen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Die Autorinnen und Autoren sind nicht einem gemeinsamen theoretischen Konzept verpflichtet, sondern bearbeiten die von ihnen gewählte Thematik aus dem ihnen eigenen theoretischen und politischen Blickwinkel. Sie gehen rassistischen und nationalistischen Entsolidarisierungsprozessen nach oder analysieren, wie ein technokratisch geleiteter »Solutionismus« im automatisierten Bevölkerungsmanagement eine Ungleichbehandlung festschreibt – ja sogar zur neuen Gerechtigkeitsvorstellung sich vertiefen könnte.

Sie fragen: Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die weitere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse? Wie verändert die durch Corona induzierte bzw. maßgeblich beschleunigte Digitalisierung den Bildungs- und Arbeitsbereich? Wie lässt sich die vertiefte Entwicklung von sozialen Ungleichheitsverhältnissen beschreiben? Wie erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Verschwörungsmythen? Wie reagiert die politische Rechte auf die veränderten Konstellationen?

2. UNTERSTÜTZUNGSANFORDERUNG VON MINDERJÄHRIGEN FLÜCHTLINGEN IM FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNGSKONTEXT

Zahraa wurde in einem Aufnahmelager in Deutschland gefragt, ob sie als Sozialhelferin arbeiten wolle. Ihre Ablehnung begründete sie so:

> *„Ich haben die Arbeit in Lagern nicht akzeptiert, weil der Umgang mit den Bewohnern schwierig ist. Ich weiß nicht, was ihre Reaktion wäre, wenn man ihnen sagt, dass die Asylverfahren länger dauern könnten. Sie akzeptieren das nicht. Sie wollen ihre Familien schnell zu sich holen. Ich schlage deswegen vor: Die minderjährigen Kinder, die ohne ihre Eltern kommen, müssen bezüglich der Familienzusammenführung mehr unterstützt werden“* (Zahraa)

Es wäre wichtig, dass die Regierungen und Behörden diese Schwierigkeiten erkennen und Maßnahmen ergreifen, um den Prozess der Familienzusammenführung zu erleichtern. Das kann durch die Bereitstellung von klaren Richtlinien, Unterstützung bei der Beschaffung von Dokumenten und die Reduzierung von bürokratischen Hürden geschehen.

Tatsächlich sind Familienzusammenführungen mit verschiedenen Schwierigkeiten verbunden. Zahraa nimmt an, dass eine Verzögerung negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Betroffenen habe und zu schweren psychischen Verletzungen führen könne.

Zu den Herausforderungen, die auftreten können, gehören: 1.) Bürokratische Hürden: Der Prozess der Familienzusammenführung kann sehr komplex und bürokratisch sein. Es erfordert oft eine Vielzahl von Dokumenten und Nachweisen, die beschafft werden müssen, und es können lange Wartezeiten auftreten. 2.) Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Dokumenten: Es kann schwierig sein, alle erforderlichen Dokumente für die Familienzusammenführung zu beschaffen, insbesondere wenn die Flüchtlinge aus Ländern kommen, in denen die Verwaltungssysteme zerstört oder nicht gut organisiert sind.

Deshalb fordert Zahraa erhebliche Unterstützung für junge Flüchtlinge, um ihre Erlebnisse zu verarbeiten und mit ihren Familienmitgliedern ein sicheres Leben zu genießen. Diese Forderungen zielen darauf ab, junge Flüchtlinge bestmöglich zu unterstützen und ihnen die Chance zu geben, sich in ihrer neuen Heimat zu integrieren und ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Es wird deutlich, dass Zahraa großen Wert auf die Unterstützung junger Flüchtlinge legt. Dies kann zwei Gründe haben: Einerseits hat sie selbst schwierige Situationen erlebt oder aus ihrem Familienkreis davon gehört. Andererseits kann das als ein Zeichen für den Zusammenhalt und die Solidarität mit ihrem Mitmenschen verstanden werden.

3.ANSPRUCH AUF ERLERNEN DER SPRACHE MUSS UNABHÄNGIG VON EINER AUFENTHALTSERLAUBNIS SEIN

Auffällig sind Zahraas deutlichen Forderungen nach Sprachkursen:

> *„Alle fragen: Warum willst du noch studieren? Du bist zu alt! Der wahre Grund seid ihr. Das ist eure Schuld. Also ohne Aufenthaltserlaubnis darf man nicht an Sprachkursen teilnehmen. Mein zweiter Wunsch wäre: frühe Angebote zum Erlernen der Sprache. Was meine ich damit? Ich habe zwei Jahre gebraucht, bis die Aufenthaltserlaubnis kam und ich die Sprache lernen durfte. Also zwei Jahre meines Lebens sind unnötig vergangen und das ist der Punkt, an dem sie sich verbessern müssen.“* (Zahraa)

Zahraa kritisiert fehlende Sprachkurse als Hindernis für die Integration und Teilhabe am Arbeitsmarkt. Sie betont diese Forderung, da sie implizit auf die Schwierigkeiten abhebt, mit denen ausländische junge Personen mit Universitätsabschlüssen und einem hohen akademischen Leistungsniveau konfrontiert sind. Für sie sei das Erlernen der Sprache und das Erreichen eines hohen Sprachniveaus besonders wichtig, was viel Mühe und viel zu viel Zeit kostet.

Es ist vorgesehen, dass Migrant*innen Anspruch auf den Besuch von Sprachkursen erst ab dem Erhalt der Aufenthaltserlaubnis haben, was in manchen Fällen zwei oder drei Jahren dauern kann. Das hat auch Zahraa erlebt. Dies hat bei ihr dazu geführt, dass sie erst verspätet, ihr Studium angefangen hat. Eindrucksvoll beschreibt sie die Reaktionen von Anderen in ihrer Studienumfeld. Ihr wird vorgeworfen, es wäre ihre Schuld, so spät mit dem Studium zu beginnen. Sie beschreibt ihre Wut und Trauer über das, was sie ständig gesagt bekommt.

Dementsprechend gibt es eine große Unstimmigkeit zwischen diesen Einschränkungen und den unberechtigten Vorwürfen von Anderen im sozialen Feld. Nicht alle Menschen können die gesetzlichen Einschränkungen für Flüchtlinge verstehen. Sie betrachten dies als ein Versagen des Flüchtlings selbst und vergessen die strengen Gesetze, die für ihn gelten, die seine Freiheit einschränken und ihn von der Teilnahme am Arbeits- oder Studienleben abhalten.

4. FORDERUNGEN NACH SOZIOKULTURELLEN INITIATIVEN UND MEHR ORIENTIERUNGSHILFEN

> *„Da wir am Anfang in einem kleinen Dorf waren, gab es niemanden, der uns anleitete oder uns orientierte. Wir waren einfach orientierungslos. Meiner Meinung nach sollte es einen Spezialisten in jeder Stadt geben, um die Flüchtlinge anzuleiten.“* (Zahraa)

Hier wird deutlich, wie schwierig die ersten Schritte in der neuen Umgebung für Flüchtlinge sind. Dabei sieht Zahraa deutliche Probleme bei der fehlenden Initiative von Deutschen. In einfachen Worten: Sie lassen sie allein. Außerdem kritisiert sie fehlendes Verständnis für ihr Kultur am Beispiel von Frauen, die sich um ihre Kinder kümmern und denen dann vorgeworfen wird, nicht berufstätig zu sein.

> *„Meine Mutter ist zum Beispiel alt, sie kann nicht mehr arbeiten. Es ist so, dass die Frauen in unsere Gesellschaft viele Kinder haben. Die Kindererziehungsschwierigkeiten wirken auf das Leben der Eltern, vor allem kosten sie ihnen im Alter Kraft. Kindererziehung sollte berücksichtigt werden. Oder besser gesagt, es sollte von Spezialisten klar gemacht werden, dass unsere Kultur und Lebensumstände andere sind. Es ist selbstverständlich für uns alle, dass wir früher oder später im Arbeitsleben beitragen sollen. Und um ein gerechtes Gleichgewicht erreichen zu können, profitiert die Gesellschaft zwar nicht von diesen älteren Menschen, aber von ihren Kindern.“* (Zahraa)

Zahraa kritisiert hier, dass nicht gesehen wird, dass sich das Leben in Ländern des Nahen Osten stark von dem in europäischen unterscheiden kann. Es sollte akzeptiert werden, wenn ältere Frauen ihre Rolle nur in der Kindererziehung sehen. Die Gesellschaft profitiere auch von diesen, da sie ihre Kinder für den Arbeitsmarkt vorbereiten.

Würden Zahraas Vorschläge umgesetzt, wäre das eine deutliche Verbesserung. Leider fehlt dazu der politische Wille. Trotzdem zieht Zahraa insgesamt ein positives Fazit:

> *„Ich bin froh, dass ich da bin, wir sind alle gleich.“* (Zahraa)

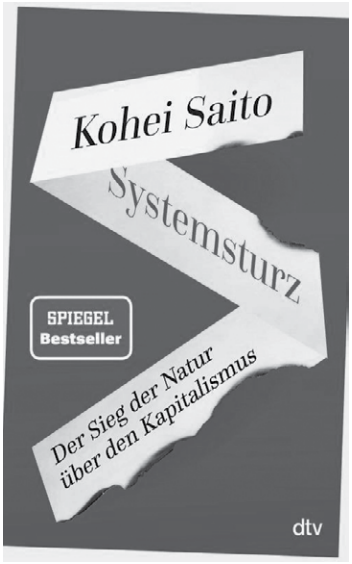
Deutschland habe ihr und allen syrischen Flüchtlingen viel geholfen und öffne Karrieremöglichkeiten für alle Altersgruppen auch bei Ausländer*innen. Die Muslime würden als Teil der Gesellschaft gesehen. Und weil Deutschland viel getan hat, muss derjenige, der nimmt, auch etwas geben. Irgendwo werden sie aktiv sein und genau das geben, was sie genommen haben.

Berivan Slemann studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen, obwohl die Behörden ihr als Geflüchtete strikt davon abgeraten haben und sie in einer Ausbildung sehen wollten. Im Frühjahr 2023 absolvierte sie ein Praktikum im DISS, in dem dieses Interview entstanden ist.

Die Notwendigkeit des „Degrowth-Kommunismus“

KOHEI SAITO NEUES BUCH „SYSTEMSTURZ“

Rezension von Wolfgang Kastrup



Kohei Saito: Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus, München: dtv 2023, 316 Seiten, 25 Euro, ISBN 978-3-423-28369-4

Der japanische Wissenschaftler Kohei Saito, Associate Professor für Philosophie an der Universität von Tokio, hat nach dem 2016 erschienenen Buch *Natur gegen Kapital* wieder ein neues Werk veröffentlicht, das in Japan im Original über eine halbe Million Mal verkauft wurde. Der prägnante Titel lautet *Systemsturz. Der Sieg der Natur über den Kapitalismus*. Es geht in der Analyse des Buches um die Verflechtung von Kapital, Gesellschaft und Natur im Anthropozän, wobei dieses Zeitalter, wie er zum Schluss schreibt, besser „Kapitalozän“ (277) genannt werden sollte, da der Kapitalismus den Planeten zerstört, die Ursachen des Klimawandels also im System des Kapitalismus zu suchen sind. Um es vorweg zu sagen: Mit den theoretischen Grundlagen des späten Karl Marx kommt Saito zu dem Ergebnis, dass nur mit dem „Degrowth-Kommunismus“ die einzige Option vorhanden ist, die Krise zu überwinden und eine gerechte und nachhaltige Gesellschaft zu verwirklichen. (273)

Aber der Reihe nach: Saito beschreibt die von Menschen gemachten Katastrophen, seien es die von BP verursachte Ölpest im Golf von Mexiko, die Waldbrände im Amazonasgebiet, hervorgerufen durch das multinationale Agribusiness, oder der Einsturz des Gewerbegebäudes mit fünf Textilfabriken in Bangladesch, der über 1000 Menschenleben kostete. Diese Katastrophen sind auf kapitalistische Strukturen zurückzuführen. Der Autor bezieht sich auf die Soziologen Ulrich Brand und Markus Wissen, die auf eine „imperiale Lebensweise“ in den Industrieländern verweisen, die ohne Ausbeutung von Rohstoffen und ohne die Energie des globalen Südens nicht möglich wäre. (22) Des Weiteren führt er den Soziologen Stephan Lessenich und dessen Begriff der „Externalisierungsgesellschaft“ an, der das Abwälzen von Kosten bzw. auch Kompensationszahlungen in die Peripherien sowie das Unsichtbarmachen für den „Wohlstand“ in den Industrieländern zum Inhalt hat. „Die Externalisierungsgesellschaft schafft unaufhörlich Peripherien, wohin Belastungen abgewälzt werden. Dadurch ist unsere Gesellschaft zu Wohlstand gekommen.“ (24) Ebenfalls positiv bezieht sich Saito auf die „Weltsystemtheorie“ des US-amerikanischen Soziologen Immanuel Wallerstein, der, vereinfacht formuliert, den Kapitalismus in „Zentrum“ und „Peripherie“ differenziert: Billige Arbeitskräfte werden in der Peripherie bzw. im Globalen Süden ausgebeutet, wodurch die Güterpreise gedrückt werden, während im Zentrum die Güter mit einer großen Gewinnspanne verkauft werden. (24) Leider versäumt es Saito, zu den erwähnten Theorien der unterschiedlichen Soziologen auch kritische Stimmen in der wissenschaftlichen Literatur zu erwähnen. Vielleicht liegt das aber auch daran, dass das Buch sich an eine große Leserschaft wendet und deshalb in sehr verständlicher Sprache geschrieben ist, worunter gelegentlich die analytische Schärfe leidet.

Saito kritisiert den inneren Wachstumszwang des Kapitalismus als eine Grundproblematik der menschengemachten und kapitalgetriebenen Klimakatastrophe. Da der Kapitalismus nach „Selbstvermehrung des Kapitals“ strebt, besteht für den Autor „die einzige Möglichkeit, um das Wirtschaftswachstum zu unterbinden und sich der Klimakrise entgegenzustellen, den Kapitalismus aus eigener Kraft zu stoppen sowie einen großen Wandel hin zu einem postkapitalistischen Degrowth zu vollziehen“. (90) Saito strebt keinen Degrowth-Kapitalismus an. Da es um eine freie, gleiche, gerechte und nachhaltige Gesellschaft geht, müsse man sich einer „viel radikaleren Kritik bedienen: des Kommunismus“. (104f.) Allerdings hat sein Begriff davon aber auch gar nichts mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung zu tun. Vielmehr bemüht sich der Autor um eine Zusammenführung von Marx'scher Theorie und Degrowth. (105)

Saito entdeckt neue Pfade der Diskussion bei Marx und leistet eine plausible Exegese verschiedener Marx-Quellen, unveröffentlichter Schriften, die, so der Autor, nahelegen, dass Marx missverstanden wurde. Dabei bezieht er sich auf die *Marx-Engels-Gesamtausgabe* (MEGA), dessen Mitarbeiter er ist. Dank der in der MEGA „enthaltenen großen Menge an Manuskripten und Notizen [ist es] nun endlich möglich, den Fokus auf die in Vergessenheit geratene ökologische Kapitalismuskritik des späten Marx zu richten“. (122)

Saito will deutlich machen, dass der späte Marx sein progressives Geschichtsbild und den darin enthaltenen Eurozentrismus der früheren Jahre aufgegeben hatte. „Dem Marxschen progressiven Geschichtsbild zufolge ist vor allem die Entwicklung der Produktivkräfte die Triebfeder der menschlichen Entwicklungsgeschichte. Daraus folgt, dass jedes Land zuerst eine Industrialisierung nach dem Modell des westeuropäischen Kapitalismus durchlaufen muss, um die Produktivität zu erhöhen. In diesem Sinne setzt das progressive Geschichtsbild also den Produktivismus voraus, doch dieser legitimiert wiederum den Eurozentrismus.“ (125) Als Beleg für dieses progressive Geschichtsbild und den Eurozentrismus führt Saito ein Zitat von Marx aus dem *Kapital* an: „Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen

Zukunft.“ (MEW 23, 12) In dem Brief von Marx an die russische Revolutionärin Vera Sassulitsch vom 8. März 1881, zwei Jahre vor seinem Tod, (*Brief an V.I. Sassulitsch*), sieht Saito den „Kristallisationspunkt der Philosophie des späten Marx versteckt“ liegen, da Marx hier sein progressives Geschichtsbild erkennbar kritisiert. (130) Marx zufolge beschränkt sich die Analyse in seinem Werk *Das Kapital* „*ausdrücklich* auf die *Länder Westeuropas*“. (MEW 19, 242) Als weiteren Beleg führt Saito Ausführungen von Marx aus der *Vorrede zur russischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests* von 1882 an, in denen es heißt: „Wird die russische Revolution das Signal einer proletarischen Revolution im Westen, so daß beide einander ergänzen, so kann das jetzige russische Gemeineigentum am Boden zum Ausgangspunkt einer kommunistischen Entwicklung dienen.“ (MEW 4, 576) Kohei Saito schreibt dazu: „Ohne diese Vorrede würde das in Marx‘ jungen Jahren verfasste ‚Manifest der Kommunistischen Partei‘ als Lobrede auf das progressive Geschichtsbild missverstanden werden, einer Gefahr, der sich der späte Marx ausreichend bewusst war.“ (131) Deutlich wird das in den Aussagen von Marx, dass die russische Dorfgemeinschaft keine kapitalistische Entwicklung durchlaufen müsse, um zum Kommunismus zu gelangen. Für Saito ist dies ein Beweis, dass sich Marx‘ Geschichtsauffassung in erheblicher Weise gewandelt hatte. (132) Durch seine Forschungen über Naturwissenschaften und Kommunen ist Marx in späten Jahren zu diesen Erkenntnissen gelangt. Für Marxologen, so der Autor, ist das allerdings nichts Neues. (133)

Saito beansprucht etwas grundsätzlich Neues, gewissermaßen ein Alleinstellungsmerkmal, indem er das Konzept des Degrowth mit den Forschungen von Marx zu Ökologie und Kommunen verbindet. „So weit, Marx als ‚Degrowth-Kommunisten‘ zu denken, ist bisher jedoch noch niemand gegangen.“ (148) Der Autor versteht dieses Konzept als „ein Werkzeug für den Entwurf der zukünftigen Gesellschaft“. (149) Dieser zukünftige Kommunismus ist durch einen „genossenschaftlichen Reichtum“ gekennzeichnet, der kollektiv verwaltet wird. Mit diesem Begriff bezieht sich Saito auf eine Textstelle von Marx aus dessen Werk *Kritik des Gothaer Programms* (MEW 19, 21). Genossenschaftlicher Reichtum wird hier dem Autor zufolge als ein „Common“ gedeutet. (150)

Die Überschrift von Kapitel 7 „Der Degrowth-Kommunismus rettet die Welt“ hat dann in ihrer Formulierung etwas Missionarisches. Hier verkündet er die fünf zentralen Säulen: 1. Wandel zur Gebrauchswirtschaft, also eine Abkehr von kapitalistischen Verhältnissen, wo der Wert in Form der Ware das Wichtigste ist. 2. Verkürzung der Arbeitszeit: Für weniger Arbeitszeit und mehr Lebensqualität. 3. Aufhebung uniformer Arbeitsteilung: Für die Wiederherstellung der Kreativität der Arbeit. 4. Demokratisierung des Produktionsprozesses: Je demokratischer der Produktionsprozess, desto langsamer die Wirtschaft. 5. Fokus auf systemrelevante Arbeit: Für einen Wandel zur Gebrauchswertwirtschaft und die Wertschätzung arbeitsintensiver systemrelevanter Arbeit. (224-235) Forderungen, die in früheren Zeiten auch schon mal von Gewerkschaften und sozialistischen Bewegungen erhoben wurden.

In seinem Schlusswort bekräftigt Kohei Saito nochmals den Zusammenhang von Kapitalismus und Klimakrise. Der beste Weg aus der Klimakrise ist seiner Argumentation zufolge der „gedankliche Kristallisationspunkt des späten Marx, also der Degrowth-Kommunismus“. (273) Einer möglichen Ratlosigkeit für einen Systemwandel zu begegnen, also Mehrheiten für einen solchen Degrowth-Kommunismus zu finden, beantwortet er mit der Zahl der „3,5 Prozent“, wobei er sich auf die Harvard-Politologin Erica Chenoweth bezieht. Wenn 3,5 Prozent der Menschen gewaltlos und entschlossen aufbegehren, kommt es einer Studie dieser Politologin zufolge zu großen gesellschaftlichen Umwälzungen. (275) Saito bezieht sich hier u.a. auf die Occupy-Wall-Street-Bewegung („Wir sind die 99 Prozent“) und die globale soziale Klimastreikbewegung Fridays for Future. „Solche mutigen Protestbewegungen führen zu großen gesellschaftlichen Veränderungen. Die Demos wachsen auf Zehntausende, dann Hunderttausende Menschen an. Videos erreichen in den sozialen Medien Millionen. Bei den Wahlen schlägt sich das dann in Millionen Stimmen nieder, der Weg zur Umwälzung wird frei.“ (275f.)

BREXITANNIA
Robert Tonks, Zakaria Rahmani
Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49
ISBN: 978-3-89771-778-7
Preis 19,80

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast Brexitannia, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als ›Erfinder des Brexit‹ gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehängten und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?

Dass diese Protestbewegungen mutig waren bzw. sind und viele Menschen erreicht und überzeugt haben, ist sicherlich richtig, große gesellschaftliche Veränderungen sind jedoch in keiner Weise erfolgt. Auch die Zahl 3,5 Prozent der aufbegehrenden Menschen erscheint sehr willkürlich. Hier kommt in seinem Schlusswort eine missionarische Rhetorik zur Rettung der Welt zum Ausdruck, die das gesellschaftliche und kapitalistische Kräfteverhältnis deutlich verkennt. Richtig und absolut verdienstvoll ist das Buch in seiner Analyse über die Verflechtung von Kapital, Gesellschaft und Natur. Dies bezieht sich auch auf die Darlegungen des Autors über die Erkenntnisse des späten Marx zu Natur, Ökologie und Kommunen. Recht hat Kohei Saito zudem mit folgender Bemerkung über die SDGs (Sustainable Development Goals, Ziele für nachhaltige Entwicklung), den Green New Deal und das Geoengineering: „Der Klima-Keynesianismus verspricht uns ein grünes Wirtschaftswachstum, doch auch er kann zu nichts anderem führen als einer weiteren Durchdringung der Gesellschaft mit der imperialen Lebensweise und dem ökologischen Imperialismus.“ (274)

„Die Gegenwart als Werden erfassen“

Rezension von Wolfgang Kastrup

Karl Lauschke: „Die Gegenwart als Werden erfassen“. Inhalt, politischer Kontext und Rezeption von Georg Lukács' Geschichte und Klassenbewusstsein, Münster: Westfälisches Dampfboot 2023, 528 Seiten, 38 Euro, ISBN 978-3-89691-085-1

Karl Lauschke, Sozial- und Wirtschaftshistoriker, hat sich mit seinem aktuell im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienenen Buch *„Die Gegenwart als Werden erfassen“. Inhalt, politischer Kontext und Rezeption von Georg Lukács' Geschichte und Klassenbewusstsein der Aufgabe gestellt, das berühmte Werk von Lukács „als ein*e Monographie zu betrachten, also als ein Buch, das ein Thema behandelt, Schritt für Schritt analysiert und auch hätte heißen können: ‚Die Bedeutung des Klassenbewusstseins im Klassenkampf des Proletariats‘“ (13). Obwohl sich Georg Lukács (1885-1971), ungarischer Philosoph und Parteimitglied der ungarischen KP, von seinem bekanntesten Buch *Geschichte und Klassenbewusstsein*, 1923 im Malik Verlag in Berlin erschienen, selbstkritisch wegen der u.a. zu großen Nähe zur Hegels Philosophie distanzierte und, so Lauschke, Lukács zitierend, „für überholt und in vielerlei Hinsicht falsch“ (10) hielt, setzte die Rezeption seines Werkes in Deutschland und auch international in den 1960er Jahren ein. Verbunden war damit die Hoffnung auf „einen bahnbrechenden Neuanfang unorthodoxer marxistischer Theoriebildung, dazu geeignet, eine radikale Kritik an der kapitalistischen Gesellschaft zu leisten und sich zugleich vom realen Sozialismus abzugrenzen“ (12). Lauschke kritisiert nachvollziehbar, dass in der umfangreichen Literatur zu *Geschichte und Klassenbewusstsein* mehr und mehr der politische Zusammenhang, in dem dieses Buch entstand, ausgeblendet wird. Auch die fast ausschließliche Konzentration auf den Mittelteil des Buches mit dem Aufsatz *Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats* hält er inhaltlich für nicht angemessen. (12f.) Dies ist auch für den Autor dieser Zeilen neu und überraschend, denn auch ich habe das Buch schwerpunktmäßig unter dem erwähnten Aufsatz der „Verdinglichung“ gelesen. Lauschke zufolge ist aber nach dem Sinn der Reihenfolge der verschiedenen Aufsätze (u.a. *Was ist orthodoxer Marxismus?, Rosa Luxemburg als Marxist, Klassenbewusstsein, Legalität und Illegalität*) in diesem Buch zu fragen, wobei er sich auf ein Zitat von Lukács bezieht, der auf einen sachlichen Zusammenhang in der Abfolge der Texte hinwies. (15) Für Lauschke ist diese Aufsatzsammlung kein philosophisches Werk für linke Intellektuelle, sondern Lukács, so betont er, wollte in die Diskussion eingreifen, die sich mit den Fragen revolutionärer Politik beschäftigt. (16) Dabei geht es in den Texten zentral um die Frage der dialektischen Methode, um die Gegenwart zu erkennen und die richtigen politischen Antworten zu geben. Mit Gegenwart meint Lukács, Lauschke zufolge, Krieg, Krise, das langsame Tempo der Revolution und die neue ökonomische Politik Sowjetrusslands. (16) Die Absicht von Karl Lauschke ist es, *Geschichte und Klassenbewusstsein* „als historische Quelle zu behandeln“, die Gedanken darzulegen, zu analysieren, um so Lukács zu verstehen. (18)

Der Autor arbeitet sehr stringent heraus, dass für Lukács „die Quintessenz des Marxismus“ nicht in einzelnen Aussagen zu finden ist, nicht in dem Glauben an ein „heiliges Buch“ von Marx, sondern einzig und allein, wie oben erwähnt, in der dialektischen Methode. Nur auf diese Methode bezogen ergibt sich eine Orthodoxie des Marxismus, und zwar ausschließlich. (21) Der Marxismus ist für Lukács integraler Teil des Klassenkampfes, zu der die Arbeiterklasse durch die kapitalistischen Verhältnisse genötigt wird. Die marxistische Theorie kann „ihr praktisches Wesen entfalten, indem sie diese Klasse in die Lage versetzt, mit dem Bewusstsein ihrer besonderen Lage zugleich den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zu erkennen, der sie in den Kampf zwingt, welcher schließlich über die bestehende Ordnung hinaus treibt, will sich die Klasse tatsächlich behaupten“. (22) Nur wenn, wie Lukács schreibt, *„die dialektische Beziehung des Subjekts und Objekts im Geschichtsprozess*“ in den Mittelpunkt gerückt wird, ist die dialektische Methode eine revolutionäre Methode. (23)

Der für das Buch verfasste Aufsatz *Die Verdinglichung und das Bewusstsein des Proletariats* ist gegenüber den anderen Texten der längste und sicherlich auch der bekannteste. Der Begriff „Verdinglichung“ ist einer der wirkmächtigsten Begriffe in der

Sozial- und Kulturkritik im „westlichen Marxismus“ des deutschsprachigen Raums. Er ist auch heute noch Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Auseinandersetzungen. Die kapitalistische Produktionsweise wird hier als verursachend für die soziale Verdinglichung der Lebensformen gemacht. Lukács, so Lauschke, greift hier auf die Ausführungen von Karl Marx in *Der Fetischcharakter der Ware und sein Geheimnis* (Das Kapital, Bd. 23, 85ff.) zurück, ein „Schlüssel zum Verständnis bürgerlichen Denkens“. (100) Die Zentralität der Kategorie der Ware im Marxschen *Kapital* für die kapitalistische Gesellschaft wird dabei betont. „Erst mit dem Kapitalismus wird die in der Warenform angelegte Verdinglichung zur vorherrschenden Erscheinungsweise der Gesellschaft […]“ (ebd.), indem das Verhältnis zwischen Personen den Charakter einer Dinghaftigkeit erhält. Das bedeutet: Wenn gesellschaftliche Beziehungen als dingliche Eigenschaften in Erscheinung treten, verhüllt der fetischistische Schein die Wirklichkeit, bleibt für das Alltagsbewusstsein undurchsichtig und lässt gesellschaftliche Verhältnisse als naturalisiert erscheinen. Da die warenförmige Durchdringung alle Lebensbereiche erfasst, so auch die der Arbeiter, die ihre Arbeitskraft als Ware verkaufen müssen, kann deren Schicksal auf die ganze Gesellschaft verallgemeinert werden, sodass die Verdinglichung als über den Produktionsprozess hinausgreifend zu verstehen ist. (Vgl. 102)

Wenn von den Arbeitern die kapitalistischen Verhältnisse begriffen werden, also eine Aufhebung der Verdinglichung erfolgt, können sie ihre partikularen und vorübergehenden Interessen überwinden und sich ihrer gesellschaftlichen Lage bewusst werden. Gefasst werden kann dieses Klassenbewusstsein nur dialektisch. (Vgl. 474) Nur in der Kommunistischen Partei nimmt das Klassenbewusstsein des Proletariats als revolutionäre Bewegung „wirklich Gestalt an“ als Verkörperung des revolutionären Sinns des Proletariats. (475) Nur durch „das praktisch-kritische Handeln der Partei“ wird die Trennung von Form und Inhalt durch die Praxis aufgehoben, sodass das Proletariat ein Bewusstsein von sich selbst als Klasse, als kollektives Bewusstsein, in einer kapitalistischen Gesellschaft erlangt. (Ebd.) Hier wird die bedeutende Rolle der Kommunistischen Partei deutlich, in der Lukács ab 1918 in Ungarn aktiv wurde und wichtige Funktionen übernahm. Auch nach der Niederschlagung der ungarischen Räterepublik hat er, wie er in späteren Jahren erklärte, nie den Glauben an revolutionäre Umwälzungen in europäischen Ländern verloren. Lauschke erläutert, dass für Lukács „Organisationsformen, die aus dem Klassenkampf spontan entstehen“, in der Unmittelbarkeit verbleiben. Sie sind nicht in der Lage, verborgene Zusammenhänge zu erkennen, sodass das Proletariat sich seiner Lage nicht bewusst werden kann. Dies ist als Kritik an der Position von Rosa Luxemburg zu verstehen. (476) Die Kommunistische Partei war für Lukács unverzichtbar, ein Austritt, auch wenn die Partei in Ungarn zerstritten war und nicht immer seinen Vorstellungen entsprach, war für ihn keine Option. Für Lauschke ist *Geschichte und Klassenbewusstsein* „ein durch und durch politisches Buch, das von einem führenden Kommunisten im Rahmen seiner politischen Tätigkeit zur eigenen Selbstverständigung, aber auch für eine Leserschaft geschrieben wurde, die an theoretischen Fragen der revolutionären Bewegung interessiert war“. (501) Die einzelnen Aufsätze sind Lauschke zufolge so aufgebaut, dass „sukzessiv eine marxistische Revolutions- und Parteitheorie entworfen wird“. (Ebd.) Somit ist es nicht möglich, seine theoretische Argumentation von seiner parteipolitischen Tätigkeit zu trennen. Wenn Karl Lauschke seinem Buch ein Zitat von Lukács als Titel gibt, so will er damit den Anspruch von Georg Lukács deutlich machen, die Gegenwart als ein Werden zu erfassen.

Lauschke gelingt es durch seine umfangreiche philologische und historische Prüfung in sehr nachzuvollziehender Weise, das Buch *Geschichte und Klassenbewusstsein* als ein durch und durch politisches Buch zu behandeln und nicht als ein vorwiegend philosophisches Werk, wie es so oft in der Literatur dargestellt wird, indem man sich fast ausschließlich auf den Aufsatz über die Verdinglichung konzentriert. Auch dem Autor dieser Zeilen ist es bisher so ergangen, sodass jetzt durch das Buch von Karl Lauschke eine überraschend neue Perspektive entstanden ist. Dies macht das Buch absolut verdienstvoll. Es ist zu hoffen, dass das Werk von Karl Lauschke „*Die Gegenwart als Werden erfassen*“ über *Geschichte und Klassenbewusstsein* von Georg Lukács nicht nur in Universitätsseminaren und studentischen Zirkeln gelesen wird, sondern eine breitere Leserschaft erlangt.

Unrast-Verlag, 2022
Edition DISS Band 47
310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter*innen als deutsche Held*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.

Lesetipps zum Ukrainekrieg

Von Wolfgang Kastrup

FREERK HUISKEN: FRIEDEN. EINE KRITIK

Freerk Huisken: Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass, Hamburg: VSA 2023, 150 Seiten, 12,00 Euro, ISBN 978-3-96488-193-9

Aus Anlass des Ukrainekrieges hat Freerk Huisken, Professor im Ruhestand an der Universität Bremen, ein neues Buch *Frieden. Eine Kritik. Aus aktuellem Anlass* herausgegeben. Wie der Titel schon deutlich macht, kommen hier abweichende Meinungen zum Thema Frieden zum Ausdruck. Es geht dem Autor um die Frage, was Friedenspropaganda, -appelle und -politik, von denen gesprochen wird, beinhalten, und weshalb im Ukrainekrieg die westliche Friedensordnung militärisch verteidigt wird.

Die Rede vom Frieden beherrscht die hiesige politische Debatte als moralische Rechtfertigung der westlichen bzw. deutschen Kriegsbeteiligung gegen „das Böse" in Gestalt der Russischen Föderation und im Besonderen in Gestalt des russischen Präsidenten Putin. Aus der Friedensmoral wird für Huisken eine *Kriegsmoral*. (11) „Die moralische Befassung mit dem Krieg ist identisch mit einer *Weigerung*, sich irgendeinen freien Gedanken über *politische Anliegen* von hochgerüsteten Staaten und ihre *Gründe* dafür zu machen, warum sie sich im Krieg mit wechselseitiger Zerstörung von Menschenmassen, Rüstungspotenzial, Infrastruktur usw. Niederlagen beibringen wollen." (12) Bei der vorherrschenden moralischen Einschätzung des Krieges wird mit dem Stellen der Schuldfrage diese zugleich entschieden, sodass politische Gründe für das Handeln des Schuldigen durch „moralisch vorgefertigte *Rechts*kategorien *ersetzt* werden. (13) Allerdings, so hebt der Autor hervor, bestimmt nicht die Moral das politische Handeln, sondern umgekehrt lassen sich für politische Handlungen von Staaten immer moralische Rechtfertigungen finden. „Das ist eben das Praktische an moralischer Argumentation: Es findet sich zur Legitimation jedes politischen Interesses immer die passende Moral." (20)

Freerk Huisken befasst sich neben der Friedensmoral und der Friedensbewegung mit Friedensappellen von links, rechts und aus der „Mitte der Gesellschaft". An dem *Manifest für den Frieden* von Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht beispielsweise kritisiert der Autor u.a., dass hier „Humanität und Vernunft zu den eigentlichen Prinzipien deutscher Politik erklärt" werden und es deshalb *patriotisch* ausgefallen ist. Dass Schwarzer, Wagenknecht und die vielen weiteren Unterzeichner Elend, Tod und Verwüstung in der Ukraine beklagen, ist natürlich nachvollziehbar. „Aber dieselbe Empathie vom Kanzler zu verlangen, ist hanebüchen! Wenn der Kanzler Leichenberge und Verwüstungen nicht ertragen könnte, hätte er mit der Kriegsunterstützung gar nicht erst *beginnen* dürfen! Im Krieg – man muss offenbar die brutale Wahrheit noch einmal wiederholen – sind solche Gemetzel die *Mittel*, um den Gegner in die Knie zu zwingen." (66)

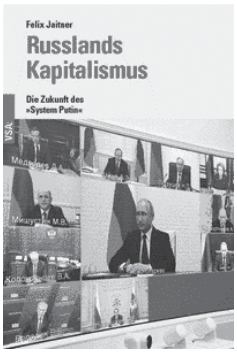
Huisken zufolge ist die „*Konkurrenz* auf dem Weltmarkt" das „*ökonomische Herzstück*" der vielbeschworenen Friedensordnung, für deren Sicherung die westlichen Länder, im Besonderen die USA, bereit sind, Kriege zu führen. (95) Die Nutzbringung des Weltmarkts durch die Staatenkonkurrenz *unterstellt* die politische, militärische und ökonomische Hegemonie der USA. Die anderen Staaten lassen sich auf diese *Konkurrenzordnung* ein, um sich selbst an den Reichtümern des globalen Kapitalismus zu bedienen. (118) Die Weltfriedensordnung wird von der Weltmacht USA als ihr Werk betrachtet. (122) Wenn allerdings China als ernstzunehmender Konkurrent bezüglich der Nutzung des Weltmarkts den USA den Rang streitig macht, wird China mit Militärstützpunkten eingekreist, werden militärische Bündnisse im Indopazifik gegen China gegründet, die Taiwan-Frage provokativ verschärft und die Geschäfte mit China in besonders sensiblen Bereichen eingeschränkt.

Wenn Staaten beständig aufrüsten und große Teile des nationalen Reichtums in Kriegsgerät investieren, wie es aktuell weltweit geschieht, dann rechnen sie mit Kriegen, die ja auch dann in unschöner Regelmäßigkeit zwischen Staaten ausbrechen. Der Frieden in dieser Welt kommt offensichtlich nicht ohne Krieg aus. Krieg und Frieden schließen sich also nicht aus. Die abweichende Meinung von Huisken zum Ukraine-Krieg kommt im Schlussteil nochmals deutlich pointiert zum Ausdruck:

„Dass ‚der Westen' die *freiheitliche Friedensordnung* im Ukrainekrieg *verteidigt*, ist also *keine Lüge*, sondern kapitalistische *Wahrheit*. Die Lüge liegt allein in der moralischen Schönfärberei dieser Friedensordnung zu einem Hort der schönsten Werte. Es geht dem Westen in diesem Krieg um die Wiederherstellung von ‚zivilen Beziehungen' im kapitalistischen Verkehr zwischen Staaten, für den die USA ein Russland mit eigenen imperialistischen Ansprüchen auch dann nicht dulden will, wenn die vergleichsweise begrenzt sind." (146)

Freerk Huisken unterzieht in seinem Buch aus aktuellem Anlass die herrschende Friedensmoral, die Friedensbewegung, die unterschiedlichen Friedensappellen und die westlich geprägte hegemoniale Friedensordnung einer eindeutigen und prägnanten Kritik. Wer in einer Zeit der herrschenden Kriegsmoral eine abweichende Meinung zum Thema Frieden lesen möchte und sich mit Gründen und politischen Absichten von kriegführenden Staaten befassen möchte, für den ist das Buch von Freerk Huisken sehr aufschlussreich.

FELIX JAITNER: RUSSLANDS KAPITALISMUS



Felix Jaitner: Russlands Kapitalismus. Die Zukunft des „System Putin", Hamburg: VSA 2023, 183 Seiten, 16,80 Euro, ISBN 978-3-96488-162-5

Der Politikwissenschaftler und ausgewiesene Russland-Experte Felix Jaitner hat im VSA Verlag das Buch Russlands Kapitalismus mit dem Untertitel Die Zukunft des „System Putin" veröffentlicht. Das Besondere an dieser Analyse ist, dass der Autor eine Sichtweise auf den Ukraine-Krieg wirft, die „im westlichen Mainstream als auch in der linken Debatte nur unzureichend berücksichtigt" wird. (9) Er meint damit, dass die immer expansiver werdende russische Außenpolitik als Reaktion des Machtblocks zu verstehen ist, und zwar auf die vielen Krisen in Russland und auch im postsowjetischen Raum. Jaitner betont dabei, dass diese Sichtweise nicht im Widerspruch zu dem Argument steht, dass die Politik Russlands darauf ausgerichtet ist, ihre hegemoniale Position im postsowjetischen Raum zu erhalten. Konkret bezieht sich das auf die militärischen Interventionen in Georgien (2008), in Kasachstan (2021/2022) und aktuell seit 2022 in der Ukraine. „Allerdings sind die spezifischen Entwicklungen und innergesellschaftlichen Dynamiken der einzelnen Länder wichtige Erklärungsfaktoren für die wiederkehrenden Konflikte in der Region, so auch für den Krieg in der Ukraine." (Ebd.) Auch die so beliebte Personalisierung der russischen Politik, dargestellt im „System Putin", wird den Herrschaftsverhältnissen, die Putin repräsentiert, nicht gerecht. Für Jaitner muss die Regierungspolitik von Putin als eine spezifische Antwort des Machtblocks gesehen werden, die sich aus der Transformationsphase der 1990er Jahre ergibt. Die daraus resultierenden strukturellen Widersprüche des radikal eingeführten russischen Kapitalismus („Schocktherapie") unter Boris Jelzin wirken bis heute nach. (10) Dem Autor zufolge setzte die autoritäre Entwicklung in Russland spätestens 1993 ein, als die Regierung unter Jelzin das Parlament durch loyale Truppen beschießen ließ und eine „präsidentielle Verfassung" einsetzte. Es ging um die entscheidende Frage, wie die neue Wirtschaftsordnung umgesetzt wird. „Das Entstehen autoritärer Herrschaftsverhältnisse steht folglich in einem engen Zusammenhang mit der Etablierung der neuen Wirtschaftsordnung." (11)

Jaitner widerspricht der Ansicht, dass die Einführung des Kapitalismus mit der Auflösung der Sowjetunion alternativlos gewesen ist. (12) Bezüglich der Auflösung der Sowjetunion bezieht sich Jaitner auf ein Treffen am 8. Dezember 1991, der sog. Belowescher Vereinbarung, wo die Präsidenten der russischen, ukrainischen und belorussischen Teilrepubliken Boris Jelzin, Leonid Krawtschuk und Stanislaw Schuschkewitsch beschlossen, die Sowjetunion aufzulösen. „Dabei trafen sie sich weder im Rahmen eines institutionalisierten Gremiums des Unionsverhandlungsprozesses noch hatten die sowjetische Regierung unter Michail Gorbatschow oder das Parlament (Oberster Sowjet) den Teilnehmern entsprechende Entscheidungsvollmachten erteilt. Die Auflösung der Sowjetunion forcierte die Sezessionsdynamik, die die Legitimität multiethnischer Staaten bedrohte und die meisten Nachfolgestaaten erfasste." (Ebd.) Dies ist in der Tat eine schlüssige Argumentation von Felix Jaitner, die in der wissenschaftlichen Literatur kaum erwähnt wird und deshalb zur Erklärung von Entwicklungsprozessen im postsowjetischen Raum wichtig ist. Denn in der Infragestellung des multiethnischen Charakters der ukrainischen Gesellschaft liegt für den Autor eine wichtige Ursache des aktuellen Konflikts in der Ukraine. (12) So erhoffte sich die ethnisch-nationale Elite in der Ukraine durch die staatliche Unabhängigkeit eine Stärkung ihrer politischen und ökonomischen Position, um so u.a. den einsetzenden Privatisierungsprozess zu ihrem Vorteil zu beeinflussen. (13) Die vorangetriebenen Nationalstaatsbildungen nutzten ethnische Minderheiten, um Unabhängigkeitsforderungen zu stellen. Der Autor bezieht dieses Phänomen auf den russischen Nordkaukasus, auf die Ostukraine, auf Georgien (Südossetien, Abchasien), auf Moldawien (Transnistrien) und auf Zentralasien. „Die Antwort der Regierungen in allen Konflikten ist fast ausschließlich repressiv." (165)

Jaitner zufolge zeigen der Krieg in der Ukraine und die zunehmende politische Repression in Russland, „dass zentrale gesellschaftliche Widersprüche im Verlauf der letzten 30 Jahre nicht gelöst, sondern im Zuge der Transformation verstetigt und vertieft wurden". (15) Dabei muss die Einführung des Kapitalismus „als zentrale Konfliktlinie in der russischen Gesellschaft der 1990er-Jahre" gesehen werden, die bis heute eine demokratische Entwicklung behindert. (Ebd.) Die daraus folgenden Wirtschaftskrisen („Vielfachkrise") mit einer einhergehenden großen sozialen Ungleichheit führten weniger zu sozialen Protesten, sondern zu einer Zunahme nationalistischer und rassistischer Bewegungen und Parteien. (19) Jaitner zitiert diesbezüglich den Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge: „Der Nationalismus ist sowohl ein ideologisches Zerfallsprodukt als auch Resultat der Umbruchsituation, allerdings kein organisch gewachsener, sondern ein etwa in Russland seitens nationaler Machteliten zur Ablenkung von unsozialen Folgen der Transformationskrise eingesetztes Manipulationsinstrument." (127)

Die in der Jelzin-Ära einsetzende Privatisierungspolitik und die damit verbundene Deregulierung des Finanzsektors führten zur „Entstehung einer korrupten Bourgeoisie, die getrieben von ihrer kurzfristigen Profitorientierung aktiv dazu beitrug, staatliche Institutionen und demokratische Prozesse zu unterminieren" (166). In der Präsidentschaft von Wladimir Putin ist der autoritäre Sicherheitsstaat etabliert worden. Jaitner spricht hier von einer „oligarchisch-etatistische[n] Ordnung". Das bedeutet eine starke Kontrolle des politischen Systems und der Zivilgesellschaft; Staatsbürokratie und Oligarchie sind die zentralen Träger und bilden „eine gemeinsame herrschende Klasse" (168f.). Durch die autoritäre Machtpolitik in Russland werden nicht nur gesellschaftliche Auseinandersetzungen unterdrückt, die Konflikte werden stattdessen verstetigt und durch die imperiale Machtpolitik wird der gesamte postsowjetische Raum destabilisiert. (173)

Felix Jaitner analysiert in seinem Buch Russlands Kapitalismus, dass neben dem Argument von Russlands aggressiver hegemonialer Politik im postsowjetischen Raum, und damit des Krieges gegen die Ukraine, eine Sichtweise hinzugefügt werden muss, nämlich die der Reaktion des russischen Machtblocks

auf die vielen Krisen in Russland und in angrenzenden Staaten der ehemaligen UdSSR. Die Reaktion zeigt sich in einer immer expansiver werdenden Außenpolitik. Es ist das Verdienst von Jaitner, eine solche Sichtweise in die Debatte um das Verstehen (nicht Verständnis!) der russischen Politik einzubringen. Jaitner verfolgt den Prozess der Durchsetzung des Kapitalismus in Russland („Schocktherapie") und zeigt die oligarchischen Strukturen, die Korruption in der Umgebung von Putin und die Defizite in den sozialstaatlichen Institutionen auf. Dem Buch und seinem Autor ist eine große Aufmerksamkeit zu wünschen.

Einladung zum Jahreskolloquium

„GESELLSCHAFTLICHE UND POLITISCHE ASPEKTE DER VIELFACHKRISE"

Samstag, den 18.11.2023 von 9:00 – 19:00 Uhr
in der Jugendherberge Duisburg Sportpark,
Kruppstraße 9, 47055 Duisburg

Covid-Pandemie, Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Lieferkettenausfälle, Wirtschaftskrieg, Inflation, Umweltkatastrophen, Verschärfung der sozialen Ungleichheit, Armuts- und Flüchtlingselend, zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft, Arbeits- und Konsumdruck als individuelle Auswirkungen, gefährliche geopolitische Konflikte um die Weltordnung usw. Wahrlich, unser Leben geht „finsteren Zeiten" (Bertolt Brecht) entgegen. Krisen sind nicht mehr nur auf einzelne Bereiche beschränkt, sondern sie betreffen „die gesamte gesellschaftliche Ordnung" (Nancy Fraser). So gibt es nicht nur eine ökonomische und ökologische, nicht nur eine politische Krise, „sondern all diese Phänomene laufen zusammen und verschärfen sich gegenseitig" (Nancy Fraser). Ist es eine „Krise der Hegemonie", ist es eine „organische Krise", von der Antonio Gramsci gesprochen hat?

Die immer schnellere Abfolge von Krisen – Vielfachkrise wird zur katastrophischen Krise (Alex Demirović), epochale Krise mit systemischem Charakter (Nancy Fraser) – gibt Anlass, über politische, ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Krisenursachen sowie über gesellschaftliche und staatliche Reaktionen und Konsequenzen nachzudenken. Steuern wir auf einen polit-ökonomischen Paradigmenwechsel zu, der mehr statt weniger staatliche Eingriffe beinhaltet?

Und international gesehen gilt es auch einen Zusammenhang herzustellen, der der Frage einer multi- versus unipolaren Weltordnung nachgeht. Der Krieg in der Ukraine und der sich verschärfende Konflikt zwischen dem ‚Westen', hier speziell den Vereinigten Staaten, und der Volksrepublik China sind dafür zentrale Stichworte. Es wird abschließend auch um die Frage gehen, welche Möglichkeiten für emanzipatorische und antikapitalistische Politik sich aus der Krisenanalyse ergeben.

Bankverbindung DISS: Stadtsparkasse Duisburg,
BLZ 350 500 00, Kto.-Nr.: 209 011 667

ABLAUFPLAN

9.00-9.30	*Helmut Kellershohn* (DISS): Begrüßung und Einführung
9.30-10.45	*Tino Heim* (Leipzig): Klimakrise: Ökonomie und Ökologie im „Kapitalozän"
10.45-12.00	*Christa Wichterich* (Bonn): Krisen im Reproduktionsbereich
12.00-13.30	Mittagspause
13.30-14.45	*Sebastian Friedrich* (Hamburg): Krise der ideologischen Reproduktion der Lohnarbeit
14.45-16.00	*Janina Puder* (Duisburg/Essen): Globalisierung, Überausbeutung, Migration
16.00-16.30	Pause
16.30-17.45	*Uwe Hoering* (Bonn): Ukrainekrieg, Verwerfungen in der Weltwirtschaft und die Rückkehr der Geopolitik
17.45-18.00	Pause
18.00-19.00	Abschlussdiskussion

Unsere Veranstaltung wird von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) dankenswerterweise unterstützt. Dadurch ist es möglich, den Tagungsbeitrag auf 50 € zu beschränken. Sollten dennoch Probleme bei der Finanzierung entstehen, gebt uns bitte Bescheid, damit wir evtl. einen Sonderpreis vereinbaren können.

Die Zahl der Teilnehmenden ist auf 40 beschränkt. Bitte schickt uns Eure Anmeldung *bis spätestens zum 5.11.2022* und teilt uns eure Vorlieben bezüglich der Essensbestellungen am Tagungsort mit. Lasst uns bitte auch wissen, ob ihr an einem abendlichen Treffen im Restaurant (nicht in der Teilnahmegebühr enthalten) und an einem sonntäglichen Frühstück teilnehmen wollt.

Anmeldungen bitte an: *iris.tonks@diss-duisburg.de*.
Solltet Ihr eine Übernachtungsmöglichkeit brauchen, so könnt Ihr diese direkt in der Jugendherberge oder einer anderen Unterkunft buchen oder uns nach privaten Übernachtungsmöglichkeiten fragen.

Herzliche Grüße im Namen des gesamten DISS-Teams:
Iris Tonks

Neues aus dem Institut

NEU IN DER EDITION DISS

Im Juni dieses Jahres ist in der Edition als *Band 51* eine systematische Untersuchung kindeswohlgefährdender Merkmale völkisch-neonazistischer Jugendbünde erschienen:

Rebecca Folke: Von der Wiege bis zur Bahre. Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, Münster: Unrast 2023, 128 Seiten, 16 €, ISBN 978-3-89771-781-7 (siehe Anzeige in diesem Heft)

Anfang November erscheint als *Band 52* der Reader zum letztjährigen Kolloquium des DISS. Aktualisiert und um einige Beiträge erweitert, befasst er sich mit dem Ukrainekrieg *(siehe die Einleitung in diesem Heft)*:

Wolfgang Kastrup & Helmut Kellershohn (Hg.): Der Krieg in der Ukraine. Weltordnungskrieg und „Zeitenwende", Münster: Unrast 2023, ca. 240 Seiten, ca. 19,80 €, ISBN 978-3-89771-780-0

FEST DER VIELEN

Auch dieses Jahr präsentierte sich das DISS am 20. August mit einem Bücherstand auf dem Fest der Vielen im Rheinpark Hochfeld.

DISS-JAHRESKOLLOQUIUM 2023

Das diesjährige Kolloquium des DISS findet wie letztes Jahr in der Jugendherberge Duisburg Sportpark statt *(siehe Programm in diesem Heft)*.

„Gesellschaftliche und politische Aspekte der Vielfachkrise"
Sa, 18.11.2023, 9:00 – 19:00 Uhr,
Jugendherberge Duisburg Sportpark
Gefördert von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
www.diss-duisburg.de/jahreskolloquien

NEUER WORKSHOP IM DISS

Perspektivwechsel. Von der Antisemitismus-Analyse zur jüdischen Sozialethik

Antisemitismus-kritische Didaktiken haben oft das Problem, die Spezifik antisemitischer Herabsetzung gegenüber anderen (z.B. rassistischen etc.) Varianten kognitiv nachvollziehbar zu machen. Darüber hinaus wird oft übersehen, dass man mit Antisemitismuskritik den Blick auf die Mehrheitsgesellschaft richtet, aber noch nicht auf Jüdinnen/Juden und Judentum. Damit aber bleibt Fremdheit, eine Grundlage des Antisemitismus, erhalten. Das neue DISS-Workshop-Konzept möchte diese Aporien vermeiden.

Der Workshop entstand im Rahmen von FoNA21, des *Forschungsnetzwerks Antisemitismus im 21. Jahrhundert*, gefördert vom Bundesministerium für Forschung und Bildung. Er richtet sich an Studierende, LehrerInnen, UniversitätslehrerInnen und institutionelle MultiplikatorInnen, daneben an alle am Thema Interessierten.

Der nächste Workshop findet am **20./21.11.2023** in den Räumen des DISS statt. Referenten sind Jobst Paul, Yossi Dobrovych und Benno Nothardt.

Zu den Inhalten und zum Ablauf des Workshops siehe:
http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/08/Einladung-Workshop-Perspektivwechsel.pdf.

Anmeldungen bitte richten an Dr. Jobst Paul:
jobstpaul@diss-duisburg.de

ABSAGE

Den für den 26.10.2023 angekündigten Vortrag von Jobst Paul über „*Liebe und Gerechtigkeit: Jüdische Positionen zur Sozialethik*" müssen wir leider absagen.

MIGRATION UND POLIZEI. DISSERTATION VON A. GRAEVSKAIA

Die dieses Jahr abgeschlossene Dissertation unserer ehemaligen Mitarbeiterin Alexandra Graevskaia (Universität Duisburg-Essen) geht der Frage nach, wie das Dispositiv ‚interkultureller Öffnung' (IKÖ) in der Polizei wirksam wird. Dabei werden die Entstehung und Umsetzung des IKÖ-Konzepts sowie seine Folgen aus einer dispositivanalytischen und rassismuskritischen Perspektive untersucht.

Alexandra Graevskaia: Polizei in der postmigrantischen Gesellschaft. ‚Interkulturelle Öffnung' zwischen Anerkennung und Rassismus. Eine dispositivanalytische Perspektive. Open Access 2023. doi.org/10.17185/duepublico/78739

„REKORDMIGRATION" UND „FLÜCHTLINGSSTRÖME"

Rebecca Sawicki im Dialog mit Jobst Paul in *watson*:
politik.watson.de/deutschland/analyse/800980879-migration-sozialtourismus-und-asylmissbrauch-wie-uns-sprache-beeinflusst

Krisen

DISS-Kolloquium *„Gesellschaftliche und politische Aspekte der Vielfachkrise“* 18.11.2023:

„Covid-Pandemie, Krieg in der Ukraine, Angriff der Hamas auf Israel, Energiekrise, Lieferkettenausfälle, Wirtschaftskrieg, Inflation, Umweltkatastrophen, Verschärfung der sozialen Ungleichheit, Armuts- und Flüchtlingselend, zunehmende Verrohung und Gewaltbereitschaft, Arbeits- und Konsumdruck als individuelle Auswirkungen, gefährliche geopolitische Konflikte um die Weltordnung usw. usf. Wahrlich, unser Leben gleicht finsteren Zeiten“. *(Wolfgang Kastrup)*

„Aus der Perspektive des Einzelkapitals ist die Ausweitung der Produktion, soweit sie diesem Einzelkapital erlaubt, seine Konkurrenten zu unterbieten, unmittelbar auch eine Ausweitung des Marktes. Auf der Ebene der Totalität führt dies aber zu einer allgemeinen Überproduktion. Eine Krise entsteht also aus dem Widerspruch zwischen dem, was aus der Sicht des einzelnen Kapitals rational ist, und dem, was aus der Sicht des kapitalistischen Systems als Ganzes rational ist.“ (299)

Mau, Søren 2021: Stummer Zwang. Eine marxistische Analyse der ökonomischen Macht im Kapitalismus, Berlin.

„Erstens ist die Krise nicht auf einzelne Sektoren beschränkt, sondern betrifft die gesamte gesellschaftliche Ordnung. Sie ist nicht nur eine ökonomische oder ökologische, nicht ‚nur‘ eine Krise der Politik oder des Care-Bereichs, sondern all diese Phänomene laufen zusammen und verschärfen sich gegenseitig. […]

Der zweite Grund ist der systemische Charakter dieser Krise. All das Irrationale und Dysfunktionale, das wir erleben, entsteht nicht zufällig, sondern ist tief in den Strukturen unserer kapitalistischen Gesellschaftsform verwurzelt […].“ (42)

Fraser, Nancy 2022: Gegen den Kannibalismus des Kapitals, in: LuXemburg, 3, Berlin, 42-47.